

Siegfried Gorgius

Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung

Fünf-Punkte-Plan zum Wiederaufstieg



Stuttgart, im Spätherbst 2008: Zeitgenosse 2030.
Alle Rechte vorbehalten. Weitergabe und Vervielfältigung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort.....	5
II. Einleitung	7
III. Unwille als Prinzip	12
IV. Fünf-Punkte-Plan zum Wiederaufstieg	16
1. Demographische Abwärtsspirale aufhalten	17
2. Geistige Degeneration rückgängig machen.....	25
3. Eigenverantwortlichkeit zurückbringen	35
4. Entfremdung und Gruppenhass vorbeugen.....	41
5. Teilautarkie in der globalisierten Welt anstreben.....	60
V. Schlusswort	70
VI. Anhang	73

I. Vorwort

Im Jahre 1806 veröffentlichte ein Buchhändler namens Johann Phillip Palm in Nürnberg eine Schrift mit dem Titel „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“. Das tausend Jahre alte Reich war soeben untergegangen und Napoleon hatte deutsche Länder eigenhändig zu Königreichen erhoben, welche finanziell am Tropfe Frankreichs hingen, und die ihm auf Verlangen Soldaten für seine Eroberungszüge bereitstellen mussten. Der Glanz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, welches nach damaliger Interpretation einer alten biblischen Prophezeiung der Statthalter des antiken römischen Reiches zur Aufschiebung der Apokalypse¹ war, war endgültig der Kleinstaaterei des vielzitierten Flickenteppichs² gewichen, von Fremdinteressen geleitet und für andere Länder auf deren Wunsch hin die eigene Bevölkerung in den Tod schickend. Tatsächlich stellten Deutsche in Napoleons Russlandfeldzug später auch die Hälfte seines Riesenheeres und einen Großteil der Opfer.³

Diese Situation musste dem Verleger Palm als die größtmögliche Erniedrigung seines Landes erscheinen. Er konnte auch schwerlich ahnen, wie es dort 200 Jahre später aussehen würde.

Palm wurde noch im selben Jahr von Napoleon verhaftet und in Braunau am Inn hingerichtet.

Heute werden keine physischen Todesurteile mehr vollstreckt, was nicht bedeutet, dass man sich gegen Kassandrarufer und andere unerwünschte Spiegel-Vorhalter nicht zu helfen wüsste. Die Todesurteile sind heute politische und gesellschaftliche Todesurteile, und das Erschießungskommando ist heute die Plakatierung einer Person oder eines Gedankens als „rechts“. Für den neutralen Beobachter zuweilen recht amüsant, weiß dieser freilich trotzdem, dass die Wahrheit eine Beschäftigung wert ist, und den Anspruch, letztere möglichst treffend darzustellen, hat diese Abhandlung, in gnadenloser Rücksichtslosigkeit darauf, was dem polit-medial konstruierten Zeitgeist gerade als opportun erscheint.

Aber so wie der Titel nicht ganz neu ist, ist auch die Idee, eine Trauerrede auf den allgemeinen Zustand der Nation dieser Tage zu halten, nicht ganz neu. Daher werden

¹ Die Prophezeiungen im Buch Daniel (7. Kapitel) von den vier Tieren, die den vier Weltreichen entsprachen, nach denen das göttliche Gericht gehalten werde, wurden so ausgelegt, dass dieses letzte der vier Weltreiche das römische Reich sei. Da der gute Christ (vgl. den Begriff des Katechons) bemüht sein muss, die Apokalypse aufzuhalten, verstanden sich die Deutschen gemäß der Idee der *translatio imperii* als Statthalter der römischen Kaiser.

² Was sich schon seit dem Westfälischen Frieden unter dem Diktat der Siegermächte in den Ansätzen so darstellte, weshalb es unter den Habsburgern nie mehr einen starken Kaiser wie etwa zu Zeiten des alten Reiches von den Ottonen bis zu den Staufern gab.

³ So starben etwa allein von den 30.000 Bayern, die gen Moskau ziehen mussten, 27.000.

zusätzlich auch wirksame Wege aus der Krise formuliert. Auch dies wurde freilich schon zur Genüge versucht, aber die Resultate waren meist Allerweltsplattitüden wie die Forderung nach mehr Geld für „Bildung“, „besserer Integration“ usw.

Die Lösungen, die hier dargeboten werden, sind stattdessen für einen Großteil der Bevölkerung ziemlich unangenehm, erfordern sie doch den radikalen Bruch mit dem seit Jahrzehnten Gewohnten. Aber dem Waldbrand kommt man eben nicht mit dem Pumpzerstäuber bei. Dies ist die schlechteste aller Möglichkeiten. Besser wäre da sogar das Öl, denn bekanntlich ist das beschleunigte Ende mit Schrecken dem endlosen letzteren vorzuziehen. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht dagegen selbstverständlich eher das Löschflugzeug. Es gibt Hoffnung, denn die Baupläne dafür gibt es, und sie werden im Folgenden im Groben skizziert. Die Frage ist nur, ob sich auch jemand das Fliegen zutraut.

II. Einleitung

Es gibt wichtige, und es gibt weniger wichtige Fragen. Sie können viele oder wenige Menschen betreffen. Haarausfall, Familientragödien, Rentenerhöhung, Klimawandel und mehr lassen sich anhand der zwei Variablen „Wichtigkeit“ und „Anzahl der Betroffenen“ in einem zweidimensionalen Diagramm verorten. Ganz rechts oben in der Ecke dieses Diagramms sind die Fragen, welche die höchste Aggregationsstufe der sozialen Wirklichkeit betreffen – die Gesamtgesellschaft –, und welche für diese Gesamtgesellschaft von größtmöglicher Wichtigkeit sind, was bedeutet, dass sie über Fortbestehen oder Ende ihrer Existenz entscheiden. Um diese Fragen geht es hier.

Die Menschen schenken ihre begrenzte Aufmerksamkeit den unterschiedlichsten Phänomenen, die dann Gegenstand von Überlegungen daheim, Gesprächen am Stammtisch, Diskussionen in Talkshows und Debatten im Bundestag sind. Was dabei wie wichtig ist, hängt meist vom Standpunkt des Einzelnen ab, und sicher ist es eine interessante Sache, die Relevanz und Wichtigkeit von Klatsch und Tratsch über die Royals von England, Tiernachwuchs in Berliner Zoos, Unwetter, Wirtschaftswachstum, Spielekonsolen, Fußball, Jugendkriminalität und Kunstepochen zu diskutieren. Die *großen Fragen*, um die es hier geht, bedürfen jedoch keiner solcher Diskussion. Sie sind kein Gegenstand sozialkonstruktivistischer Analysen, man braucht keine Zuschreibungsprozesse ihrer Wichtigkeit durch soziale Gruppen identifizieren, denn sie sind existent, unabhängig davon, ob wir sie beachten, und sie sind existenziell, weshalb wir sie besser beachten sollten.

Es erübrigen sich für den Höhlenmenschen, dem der Säbelzahn tiger gegenübersteht, alle spieltheoretischen Analyseansätze über die Logik der Situation der beiden Akteure, alle Philosophiestreits über die grundsätzlich gute oder böse Natur eines Menschen und eines Säbelzahn tigers, alle Erklärungen über die Wahrnehmung des Anderen als Feind rein aufgrund eines subjektiven „Labelling“-Prozesses, welcher sich aus Vorurteilen und durch die herrschende Klasse durchgesetzten Begriffsbedeutungen speist, denn die Bedrohung ist da, sie ist existenziell, und jetzt kann er entweder handeln oder sterben. Entscheidend ist, dass die Bedrohung durch den Tiger unabhängig davon ist, ob der Höhlenmensch dies wahrnimmt, sich damit beschäftigen will, oder nicht. Die Bedrohung *an sich* kann nicht wegdiskutiert werden, es ist Anliegen dieser Abhandlung, dies ins Bewusstsein zu rufen.

Die fortgeschrittene Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften und Berufsfelder hat bei uns dazu geführt, dass sich heute der Spezialist für ägyptische Mythen

zwischen dem 22. und dem 21. vorchristlichen Jahrhundert nur zu letzteren Phänomenen äußern kann und will, und der Diplom-Politikwissenschaftler, der sich intensiv mit den Unterschieden zwischen den politischen Systemen Frankreichs und Botswanas befasst hat, wiederum nur zu diesem Gebiet befragt werden kann und wird, und letzterer hat sich außerdem zu hüten, irgendwo das alte Reich Ägyptens zu erwähnen, da dies das Fachgebiet des Ersteren ist. Der Sinn fürs Ganze, für die großen, wichtigen Zusammenhänge, geht da verloren. Die großen Fragen, welche die Gesellschaft existenziell bedrohen, machen aber nicht vor Fachgrenzen halt, und werden nicht dadurch eindimensional, dass der Ethnomethodologe sie zu einem rein kulturellen, der Rassismusforscher zu einem rein psychologisch-projektorischen, der Neogramscianer zu einem rein materiell-verteilungs-politischen Problem erklärt. Auch weil jeder befürchtet, die Deutungshoheit auf „seinem“ Gebiet zu verlieren, verlässt keiner den Elfenbeinturm.

Abhandlungen wie diese werden gerne zuallererst danach untersucht, in welche ideologische Ecke man sie stellen kann. Je nach dem ob man sie als links, rechts, konservativ, liberalistisch, kommunitaristisch oder sonstwie einstuft, erhält sie für einen persönlich mehr oder weniger Relevanz. Dies ist nicht der Sinn dieser Sache. Es geht hier um die großen Fragen der Zeit, und die werden nicht kleiner, wenn man sie „links“ oder „rechts“ nennt. Diese großen Fragen, namentlich die Angelegenheiten, die über Fortbestand oder Ende der Gesellschaft entscheiden können (vgl. Anhang 2: Was ist das Gemeinwohl?), und auch die potenziellen Antworten auf diese Fragen, können nicht ideologiegeleitet behandelt werden. Vielmehr folgt ihre Bearbeitung einem streng logischen Muster:

- (1) Eine Variable, die über die Persistenz des physischen Seins entscheiden kann, wird gesucht.
- (2) Die Ausprägung der Variable, welche dysfunktional für das Fortbestehen der Existenz ist, wird ermittelt.
- (3) Die Bedingungen, unter welchen (2) eintritt, werden erörtert.

Es ist nun unabhängig vom ideologischen Standpunkt, sogar unabhängig von der persönlichen Meinung darüber, ob die Persistenz der Gesellschaft überhaupt gewünscht wird oder gar das Gegenteil, eine rein analytische Angelegenheit, Handlungsoptionen zu formulieren, welche (3) begünstigen oder abwehren. Der Höhlenmensch vor dem Säbelzahn tiger kann einschlafen, dies würde (3) begünstigen. Greift er zu einer Fackel, wird (3) unwahrscheinlicher. Ob man einschlafen aus ideologischen Gründen für gerechter, schöner, fortschrittlicher, gottgefälliger oder sonstwas hält, steht hier nicht zur Debatte. Darüber soll jeder diskutieren dürfen, der daran Freude findet, aber an dieser Stelle wird der Notwendigkeit Rechnung getragen, aus drängenden Problemen analytisch Schlüsse zu ziehen, die lediglich *korrekt* oder *nicht korrekt* sein können, gemäß den Gesetzen der Logik, von

politischen und philosophischen Standpunkten aber unabhängig sind. Darauf beruht der hier formulierte Fünf-Punkte-Plan.

Schlussendlich bleibt also festzuhalten, dass Politik, Philosophie und mediale Öffentlichkeit sich gerne auch Dingen mit mehr oder weniger provinziellem Charakter widmen dürfen und sollen. Es kann ja auch ein gutes Zeichen sein, wenn Streiks, Rentenkürzungen und Promi-Ehen die mediale Agenda bestimmen, denn das hieße, dass gerade offenbar über keine wirklichen Probleme, wie etwa eine sich anbahnende demographische Katastrophe, die vollendete Verdummung der Gesellschaft oder die Transformation eines Nationalstaates in ein unsouveränes Vielvölkergemisch, mit allen ökonomischen und sozialen Folgen, berichtet werden müsste. Das *hieße* es.

In den kommenden 20 Jahren wird eine Reihe existenzieller Aufgaben auf uns zukommen, von denen hier fünf der zentralsten beantwortet werden. Dies soll nicht eine weitere eindimensionale Zukunftsvision von einem vollends technisierten, degenerierten oder islamisierten Deutschland sein, sondern diejenigen Fragen ansprechen, deren Antworten die Persistenz unserer Gesellschaft mittelfristig sichern sollen.

Diese Maßnahmen können nur dann ergriffen werden, die Fragen als solche überhaupt nur dann erkannt werden, wenn sich die Art und Weise, wie die mediale Öffentlichkeit, aber auch die Sozialwissenschaften, die Welt betrachten, grundlegend ändert. Die westliche Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist weder das Ziel oder der Weg zum Ziel aller menschlichen Entwicklung, noch sind ihre technischen, politischen und sozialen Strukturen irreversibel. Die gesellschaftliche Evolution kennt kein Ziel und keine Richtung, die dem Menschen heute bekannten Umstände werden nicht zwangsläufig so bleiben, schon gar nicht sich stetig zum besseren entwickeln im Sinne eines „Fortschritts“, nur weil es dem heutigen Betrachter aufgrund seines beschränkten Erfahrungshorizontes so vorkommt. Die meisten Probleme werden schon allein deshalb nicht gelöst, weil die Menschen ihre Konsequenzen für unrealistisch halten, weil für „rückständig“ gehaltene Phänomene „längst überwunden“ geglaubt sind, und weil man sich schnell an Zustände des Friedens, des Wohlstandes, der Bequemlichkeit gewöhnt, und die Geschichte dann irrtümlich derart interpretiert, dass sie in einer linearen Entwicklung auf eben diesen heutigen bequemen Zustand hinausgelaufen ist. Nach der „Moderne“ könne folglich nur die „Postmoderne“ kommen, die alle positiven Eigenschaften der vorigen Epoche kumulativ beinhaltet, ein „Rückschritt“ aber sei ausgeschlossen.

Alles vom Menschen Erschaffene (d.h. kultivierte) tendiert stattdessen dazu, in seinen natürlichen Zustand zurückzuverfallen, wenn es nicht durch einen ständigen Aufwand aufrechterhalten wird. Acker und Wald verwildern, Straßen reißen auf, Häuser verstauben

und verschimmeln. Kultur ist immer Anstrengung wider die Natur: Würden alle Menschen in Deutschland augenblicklich verschwinden, so würden in naher Zukunft dichte Wälder die ehemals parzellierten Vorgärten durchziehen. Das diametral zu dieser Evidenz stehende Fortschrittsdenken jedoch, das sich in der Moderne durchgesetzt hat, postuliert eine unwiderrufliche Errungenschaft der kulturellen Zustände als Basis einer sogar stetig fortschreitenden Entwicklung. Höchstens könne diesem Weltbild nach eine Kultur einen mutwillig herbeigeführten „Rückfall“ ins „Mittelalter“ oder sonst wohin erleben. Dies ist eine fatale Fehleinschätzung, denn alles Menschgemachte tendiert nicht nur dann zum Verfall, wenn jemand aktiv daran arbeitet, sondern auch immer dann, wenn niemand aktiv daran arbeitet, dass es *nicht* verfällt. Jede Errungenschaft muss mit Mühe und Anstrengung aufrechterhalten werden. So wie Straßen und Äcker ständig aufs Neue gepflegt, gesäubert, entwildert werden müssen, so müssen auch Wissen, handwerkliche Fähigkeiten, Ethik, Sitten und andere Kulturerscheinungen ständig mit beträchtlichem Aufwand gepflegt werden – oder sie verfallen. Wenn nicht institutionell in Familien, Schulen, Ämtern an der Aufrechterhaltung – geschweige denn der Weiterentwicklung – von Kultur gearbeitet wird, dann verfällt sie in Richtung eines Naturzustandes. Wo der Wille oder die Kraft zur Lenkung und Gestaltung der Kultur fehlt, tritt dieser Verfall zwangsläufig ein. „Bitte“ und „Danke“ zu sagen etwa ist keine Institution, die nur durch aktiven Eingriff zerstört werden kann, sondern eine, die von Natur aus verschwindet, wenn nicht aktiv an ihrer Aufrechterhaltung und Tradierung gearbeitet wird. Alles ist vergänglich, Kultur zählt dazu. Laissez-faire bedeutet immer den Verfall hin zur Natur.

Besonders anschaulich wird das etwa, wenn sich im Jahre 2004 nach Christus Muslime und Christen in Nigeria gegenseitig umbringen und Kirchen abgebrannt werden, trotz vorherigem Appell der nigerianischen Regierung ans Volk, Ruhe zu bewahren, die erwartete Sonnenfinsternis bedeute nicht das Ende der Welt. Nun haben allerdings schon Jahrhunderte vor Christus die Menschen in Mesopotamien Sonnenfinsternisse erklären und voraussagen können. Der Glaube, der liberale, säkulare, rationale Zeitgeist werde sich von der unsichtbaren Hand gesteuert über die ganze Welt ausbreiten, ist genauso irrig wie die Auffassung, in „rückständigen“ Gebieten mit „rückständigen“ Völkern würden eben Kirchen abgebrannt und Menschen getötet, aber Europa bleibe für alle Ewigkeit die Insel der Aufklärung und der Moderne.

Wenn diese okzident-zentrische, teleologische Weltsicht abgelegt ist, ist der nächste Schritt, von der Boden- in eine Vogelperspektive zu wechseln, welche einen Blick in größeren räumlichen wie zeitlichen Dimensionen auf das Zeitgeschehen erlaubt. So kristallisieren sich die großen Fragen heraus, denen man sich nun auf unbefangene Weise nähern kann.

Zunächst ist die grundlegende Herangehensweise dieser Abhandlung derart, dass danach gefragt wird, wer die hier identifizierten Probleme unserer Zeit bearbeiten kann. Behandelt werden hier soziale Phänomene, folglich ist die Politik, welche Entscheidungen über das Soziale zur Aufgabe hat, als zuständiger Akteur ausgemacht. Nicht behandelt werden hier diejenigen Phänomene, deren Ursprung außerhalb der sozialen Welt liegen, die gleichwohl auch entscheidenden Einfluss auf die Existenz der Gesellschaft haben können, etwa Naturkatastrophen. In welchem Maße der Klimawandel anthropogen ist, ist daher an dieser Stelle nicht entscheidend, da hier nur Phänomene diskutiert werden, welche ausschließlich soziale Wechselwirkungen aufzeigen. Diese Selektion mag zwar willkürlich sein, sie stellt aber sicher, dass diejenigen sozialen Phänomene, welchen hier Aufmerksamkeit zuteil gebracht wird, auch vollständig gesellschaftlich, namentlich von der Politik, gesteuert werden können. Welche Einflussmöglichkeiten man der Politik auf anthropologische Konstanten oder das Schicksal auch immer zuschreiben möchte, das Axiom dieser Abhandlung lautet: Soziale Phänomene sind durch soziale Phänomene beeinflussbar, wodurch der Politik unterstellt wird, die nach diesem Kriterium selektierten gesellschaftlichen Bedrohungen grundsätzlich abwehren zu *können*.

Hier ergibt sich bereits die erste große Frage unserer Zeit, denn wenn die Möglichkeit der prinzipiellen Machtlosigkeit der Politik gegenüber einer dieser Bedrohungen qua definitione ausgeschlossen ist, so ist ein wie auch immer zustande gekommener Wille, ein soziales Problem politisch zu lösen, unabdingbar. Fehlt dieser Wille, so ist jede Handlungsempfehlung Zeitverschwendung, weshalb der Unwille als erstes großes Problem identifiziert wird.

Letzten Endes ist es unmöglich, eine vollständige Auflistung sozialer Existenzbedrohungen zu erstellen. Der Anspruch dieser kurzen Darstellung ist, die Aufmerksamkeit des Lesers auf die grundsätzliche Notwendigkeit einer Beschäftigung mit ihnen zu lenken, gleich ob sich die Vorhersage bewahrheitet, dass die hier vorgestellten die drängendsten sein werden.

III. Unwille als Prinzip

Als erste dieser großen Fragen wird also die Frage nach der Herangehensweise an diese großen Fragen unserer Zeit selbst identifiziert: Die Frage nach dem Willen eines politischen Systems, auf die herrschenden sozialen Umstände Einfluss zu nehmen. Ohne diesen Willen erübrigt sich die darauffolgende Betrachtung der anderen existenziellen Bedrohungen, wodurch der Unwille selbst eine existenzielle Bedrohung für die Gesellschaft wird.

Triumph des Unwillens

Das politische ist gängiger Definitionen zufolge dasjenige gesellschaftliche System, welchem die exklusive Aufgabe zukommt, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Soziale Probleme veranlassen als „Inputs“ einen Prozess, infolge dessen ein politisches Ziel, eine Idee, ein Wille in bestimmten Maßnahmen implementiert wird.⁴ In einer Demokratie kommt hierbei hinzu, dass dieser Wille möglichst der des Souveräns - des Volkes – sein sollte, dann gilt er als demokratisch legitim. Es gibt auch elitäristische Sichtweisen, die einen politischen Willen schon dann für legitim halten, wenn die „Outputs“, also die Maßnahmen, in denen er sich zeigt, erfolgreich sind. Diese Standpunkte räumen dementsprechend dieser „systemischen“ Leistungsfähigkeit, also der generellen Wirksamkeit der politischen Maßnahmen hinsichtlich der wichtigsten Politikfelder und Probleme, einen höheren Stellenwert ein als der „demokratischen“ Leistungsfähigkeit. Dem entgegen halten insbesondere Vertreter basisdemokratischer Konzepte, legitim könne nur sein, was direkt vom Volkswillen abgeleitet wird.

Alle Perspektiven und Standpunkte setzen aber voraus, dass es einen solchen Willen überhaupt *gibt*. Um ein Problem zu bewältigen braucht es neben der Idee und der Möglichkeit eben auch den Willen, die Möglichkeit der Idee entsprechend zu nutzen. Sieht man sich die öffentliche Meinung, wiedergespiegelt in der Presse, in einem Längsschnitt der letzten vierzig Jahre Bundesrepublik an, so fällt auf, dass viele zentrale Probleme und Anliegen in der Gesellschaft stets die gleichen sind. Die Menschen sorgen und sorgen sich heute noch angesichts inakzeptabler sozialer Ungleichheit, Sittenverfall, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kulturverlust, Bildungsmisere, Extremismus, demographischer Katastrophe, Überfremdung, Globalisierung, Ghettoisierung, Verrohung, architektonischer und städtebaulicher Unästhetik, ungesundem, chemieüberladendem Essen. Die Liste ließe

sich fortsetzen, aber schnell wird deutlich, dass ein jahrzehntelanges Fortbestehen, teilweise auch die Verschärfung bestimmter Probleme, welche grundsätzlich lösbar sein könnten, nur auf ein Fehlen eines der oben genannten Punkte: Idee, Möglichkeit und Willen zurückzuführen ist. An Ideen mangelt es nicht im Land, über das Ausmaß an politischen Möglichkeiten mag gestritten werden können, klar ist aber: Wenn ein politisches System nicht mit explizit ihm beauftragten Anliegen wie der Bildung fertig wird, schwächt das seine Daseinsberechtigung. Kultusministerin Anette Schavan forderte beispielsweise 2008 – wie viele andere – angesichts des wachsenden Fachkräftemangels eine verstärkte Anwerbung aus dem Ausland. Wohlgemerkt fehlt es in Deutschland allerdings nicht grundsätzlich an Menschen, sondern an Fachkräften. Die steigenden Mengen ungelerner Schulabgänger, ohne Arbeit, ohne Perspektive, scheint die Bildungsministerin nicht bilden zu wollen.⁵ Hier könnte eingewandt werden, dies zeige dann zwar an, dass Frau Schavan etwas Zweifelhafes will, aber zumindest wolle sie überhaupt etwas. Aber auch das erweist sich als haltlos, denn vorgegeben, zu wollen hat schon so mancher, wirklich gewollt selten, und es geschafft, dass nennenswerte Mengen ausländischer *Fachkräfte* ins Land kommen, hat noch niemand.

Eine Detailveränderung hier, ein zusätzlicher Absatz dort, ein Reförmchen und ein Gegenreförmchen – auf die drängenden Fragen der Zeit fand und findet der Staat keine Antwort. Je länger die BRD bestand, desto kleiner und unbedeutender wurden die Ergebnisse ihrer Führung. Eine Reform, die sich noch mit Recht eine solche nennen durfte, war Adenauers Rentenreform. „Kinder kriegen die Leute immer“ rechtfertigte der „Alte“ die über den „Generationenvertrag“ finanzierte, rücklagenlose Rentenversicherung. Wenige Jahre nachdem der erste Bundeskanzler verstarb, widerlegten die Deutschen seine Prophezeiung. Seit nunmehr fast vierzig Jahren ist die Geburtenrate unter dem bestandserhaltenden Niveau, seit diesen fast vierzig Jahren ist das Problem bekannt, seit diesen fast vierzig Jahren reagieren Politiker mit einem Steuerprozentpunkt hier, einer Kürzung dort, vor allem nehmen sie neue Kredite auf. Eine Antwort auf die Entwicklung haben sie nicht, sie schieben die Frage nur weiter auf, korrigieren die kurzfristigen Statistiken leicht, um es als Fortschritt verkaufen zu können, geben den schwarzen Peter schließlich nach der Legislaturperiode weiter. In Stiftungen, Kommissionen, Expertenrunden werden seit jeher Alternativmodelle diskutiert. Es ist nicht so, dass es an Ideen fehle. Es fehlt schlicht am Willen. Das, was der eiserne einst ein- und der erste Bundeskanzler weitergeführt hatten, ist zu einem vorgezeichneten Pfad geworden, auf dem der führungslose Wagen BRD immer weiter abwärts rollt, denn anstatt einen anderen Weg einzuschlagen, werfen die Politiker nur stets

⁴ vgl. etwa David Easton 1974: *The Political System*, Cambridge University Press.

⁵ Auf die Möglichkeiten, weniger begabte Kinder bilden zu können, wird noch einzugehen sein. Für den Moment reicht es, zu konstatieren, dass weder Bildungs- noch entsprechende Bevölkerungspolitik betrieben wird.

Ressourcen auf die Bremse, die den Abstieg leicht verlangsamen, aber letztlich nicht verhindern.

Von Manfred Rommel stammt der Satz: „Ich trete überall, wo das notwendig ist, der Meinung entgegen, der Umstand, dass die Diktatur zu allem fähig war, berechtige dazu, die Demokratie zu allem unfähig zu machen.“⁶

Nun ist die deutsche Demokratie ihrer Konstruktion nach alles andere als unfähig. Die Parlamentsmehrheit stellt die Regierung, und diese zwei Akteure können einen Großteil der Gesetze ganz alleine durchbringen. Haben die Regierungsparteien zufällig auch eine Bundesratsmehrheit, können auch die zustimmungspflichtigen Gesetzesbereiche problemlos nach eigenen Vorstellungen verändert werden.⁷ Dass die ewigen Verbände und andere Interessengruppen zufriedengestellt und Opposition und Presse nicht auf die Barrikaden gebracht werden wollen, dass es eine stetig wachsende Gesetzesflut zur Regulierung von Details und Lappalien mit Ausnahmen, Zusätzen und Sonderregelungen für alles und jeden gibt, das ist größtenteils vermeidbar und von der bundesrepublikanischen Verfasstheit nur bedingt determiniert. Man muss Reformen aber eben auch wollen. Sich darauf verlassen, dass schon alles gut gehen wird, dass sich Wohlstand von selbst erhält, die Welt friedlich wird, die Umwelt sich selbst schützt, und vor allem, dass die Menschen diese Apathie in ihrem Wahlgang weiterhin anstandslos honorieren werden, das sind leider höchst zweifelhafte Annahmen.⁸

Staatliche Schönredensbehörde

Dieser Triumph des Unwillens führt nicht nur dazu, dass notwendige Entscheidungen nicht getroffen werden, sondern er hat ebenfalls zur Folge, dass die sozialen Umstände aus der Not heraus, die eigene politische Arbeit nicht als unzulänglich verkaufen zu wollen, wenigstens verbal gerechtfertigt werden müssen. Die Politik verkommt so vom Interveneur zum Kommentator, zu einer Art demokratisch legitimierten Pressestimme, einer staatlichen Schönredensbehörde, die gewählt wird, um den Wählern rhetorisch den schönen Schein zu bewahren. Werden gesellschaftliche Umstände den Bürgern als unabänderliche Realität verkauft, so entledigen sich Politiker ihrer eigenen Daseinsberechtigung und werden

⁶ zit. nach Ulrich Frank-Planitz 1988: Manfred Rommels gesammelte Sprüche. Stuttgart: Engelhorn Verlag.

⁷ Dass sich Bund- und Länderinteressen überschneiden können, sei dahingestellt. Die „Blockadeinstitution“ Bundesrat wird ohnehin überbewertet hinsichtlich ihrer destruktiven Kraft. Von etwa 10.000 Gesetzesentwürfen in der BRD-Geschichte scheiterten nicht einmal 100 am Widerstand des Bundesrates. Zwar mag eingewandt werden, dass oft „faule Kompromisse“ zustande kämen, letztlich sind aber 4.000 Gesetzesentwürfe aus ganz anderen Gründen gescheitert.

⁸ Mit einigem Recht mag man einwenden, dass empirisch betrachtet der letzte dieser in der Aufzählung genannten Aspekte wohl nicht ganz so zweifelhaft sei.

stattdessen zu parlamentarischen Zeitzeugen, deren zunehmend einzige Tätigkeit es ist, in regelmäßigen Abständen politische Vorkommnisse zu „begrüßen“ oder „aufs Schärfste zu verurteilen“. Ein Vorstandsmitglied, das der Aktionärshauptversammlung und dem Betriebsrat erklärt, diese hätten sich gefälligst mit den Umständen abzufinden, die zu gestalten eigentlich seine Aufgabe ist, wäre untragbar für ein Unternehmen. Die Voraussetzung dafür, dass es sich überhaupt lohnt, die großen Fragen unserer Zeit zu betrachten, ist die reelle Möglichkeit, dass es einen souveränen Akteur gibt, der willens ist, diese Probleme zu lösen. Damit ist die Frage nach dem Willen eine Angelegenheit auf der Metaebene in der dieser Abhandlung zugrundeliegenden Logik, da sie danach fragt, wie die großen Fragen überhaupt angegangen werden. Ohne eine Änderung der gegenwärtigen Herangehensweise werden alle im Folgenden vorgetragenen Handlungsempfehlungen ohnehin obsolet.

IV. Fünf-Punkte-Plan zum Wiederaufstieg

Die folgenden fünf Punkte sind Schlagwörter, die für sich alleine genommen nicht sonderlich viel aussagen. Wer würde *nicht* die „demographische Abwärtsspirale aufhalten“ oder „Eigenverantwortlichkeit zurückbringen“ wollen? Nur in der Zusammenschau mit den jeweils zugehörigen Programmen wird der praktische Charakter dieser Schlagwörter ersichtlich. Die Überschriften könnten meist auch aus dem Munde eines jeden Politiker der vergangenen Jahrzehnte kommen. Die praktischen Implikationen, die hier dargelegt werden, umzusetzen hat jedoch noch keiner ernsthaft versucht. Es kann hier nicht erörtert werden, inwieweit derart tiefgreifende Reformen im gegenwärtigen Institutionengefüge umgesetzt werden *könnten*. Es wird hier lediglich dem Umstand Rechnung getragen, dass auf die drängenden Probleme dieser Gesellschaft mit langfristig ausgelegten, effizienten Maßnahmen begegnet werden *muss*, wenn der Staat an seiner Persistenz interessiert ist. Weitere minimalste Abänderungen des Status quo durch „Reformen“, die den Namen nicht verdienen, unter Ausklammerung und Tabuisierung⁹ der tiefgreifenden Ursachen und Folgen der wichtigsten Aspekte, wären nicht nur fatal, sondern müssten eigentlich einen Straftatbestand konstituieren.

Manch einer mag angesichts dieser Trägheit des politischen Systems resignieren und gar auf den endgültigen Zusammenbruch hoffen, aus dem dann eine von Grund auf erneuerte Gesellschaft erwachsen solle.¹⁰ Derartige Ansätze können hier nicht weiter behandelt werden. Ausgangspunkt dieser Schrift war es, auf die die Fortexistenz bedrohenden

⁹ Vgl. schon Armin Mohler (Hrsg.) 1986: Wirklichkeit als Tabu. München: R. Oldenbourg Verlag GmbH. Drängende, langfristige Probleme wie der demographische Rückgang, die Asylproblematik, tiefgreifende Wandel in Wirtschaft- oder Religionsstrukturen werden in diesem Band als von der Öffentlichkeit tabuisiert identifiziert. An diesem Umstand hat sich bis heute kaum etwas geändert. Diverse Aspekte des jeweiligen Themenkomplexes treten zwar dann und wann auf die Tagesordnung, werden jedoch aufgrund politischer Korrektheit und der kurzfristigen Natur der Tagespolitik höchstens peripher angeschnitten, nie aber einer ernsthaften Analyse unterzogen, geschweige denn je umfassend zu lösen versucht.

¹⁰ Man könnte etwa argumentieren, wer den Niedergang jetzt noch aufzuhalten versuche, obwohl eine überwältigende Mehrheit dem erkennbar indifferent gegenüberstehe, was sich u.a. in den Wahlergebnissen äußere, vergeude nur seine Kraft und Nerven und solle nicht versuchen, zu retten, wer offenbar gar nicht gerettet werden will. Geschichtsdeterministische Ansichten, die einen Zusammenbruch als zwingend notwendig sehen, bevor eine wie auch immer geartete „neue Gesellschaft“ entstehen könnte, mögen diejenigen, die versuchen, die gegenwärtige Lage durch Reformen zu erhalten, sogar mit der biblischen Figur des *Katechon* vergleichen, der trotz guter Intention, die Apokalypse aufzuhalten, letztlich das auf den Zusammenbruch folgende, ersehnte Ereignis, nämlich den Sieg des Reich Gottes über das Böse, hinauszögert. Solche geschichtsdeterministischen Ansätze finden sich etwa bei Spengler (der Nietzsches Formel der „*amor fati*“, der Schicksalsliebe, auf seine Zyklentheorie des Auf- und Abstieges der Kulturen überträgt: Man könne sich die Zeit, in die man hineingeboren wird, nicht aussuchen, und wenn es eine des Niedergangs sei, so gelte es, dies anzunehmen), oder auch bei Julius Evola, der ebenfalls einen unaufhaltsamen Zyklus sieht, in welchem der Einzelne jedoch auszuharren versuchen und seine Traditionen und Lebensweisen über den Zusammenbruch hinaus zu bewahren versuchen sollte: „Geht ein Zyklus einer Zivilisation auf sein Ende zu, so ist es schwierig, durch Widerstand oder offene Opposition zu den herrschenden Kräften irgend etwas zu erreichen. Der Strom ist zu stark, man würde mitgerissen werden. Wesentlich ist aber, sich von der vermeintlichen Allmacht und dem vermeintlichen Triumph der Kräfte der Zeit nicht beeindrucken zu lassen.“ (Cavalcare la Tigre, 2. Kapitel).

Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft logisch schlüssige Gegenmaßnahmen zu identifizieren, und nicht, darauf zu spekulieren, was nach einem etwaigen völligen Zusammenbruch noch neu aufzubauen möglich wäre.

1. Demographische Abwärtsspirale aufhalten

Der demographische Abstieg vollzieht sich quantitativ und qualitativ. Letzteres wird selten beachtet, ersteres ist mittlerweile zur Binsenweisheit geworden: Um eine Population stabil zu halten, muss jede Frau in ihrem Leben im Schnitt etwa 2,1 Kinder gebären. Liegt der Wert, wie in Deutschland im Moment, bei etwa 1,2, so bedeutet dies, dass jede Generation etwa 40% kleiner ist als die vorangegangene. Die Enkelgeneration ist nur noch etwa ein Drittel der Großelterngeneration, und die Urenkelgeneration nur noch ungefähr 20% davon. Dies sind keine rechnerischen Spielereien über eine doch überhaupt nicht einschätzbare Zukunft, sondern in Deutschland längst beobachtbare Wirklichkeit¹¹: Kamen 1963 noch 1,35 Millionen Neugeborene zur Welt, so waren es 2005 nur noch ca. 685.000, und das, obwohl ein Drittel davon bereits Migranten gebären.¹² Das bedeutet natürlich, dass der 2005er-Jahrgang 25-30 Jahre später auch nur halb soviel potentielle Eltern aufweisen kann wie der 1963er-Jahrgang. Die Geburtenzahl pro Frau müsste sich also auf über 4 Kinder fast vervierfachen, wenn um das Jahr 2030 herum so viel Kinder zur Welt gebracht werden sollten wie 1963. Um den seit Anfang der 1970er Jahre bestehenden Geburtenschwund wieder auszugleichen, müssten die Frauen in Deutschland in Zukunft also mehr Kinder bekommen als 2008 die Frauen im Irak.¹³

Da dies kaum einer für möglich hält, bleiben die Optionen: Bevölkerung sinken lassen, oder Bevölkerungszahl durch Zuwanderung konstant zu halten. Letzteres ist rein technisch natürlich möglich, in der Praxis würde es dazu führen, dass der Migrantenanteil an Kindern, der 2005 bei 35% lag¹⁴, 2035 auf über 80% ansteigen müsste. In westdeutschen Großstädten, in denen Migranten schon 2005 bei den unter 6-Jährigen eine Zweidrittelmehrheit besaßen¹⁵, würde deren Anteil dann nahe an der 100%-Marke liegen. Die Implikationen davon werden noch zu diskutieren sein.

¹¹ Vgl. auch Anhang 1: Sterben die Deutschen aus? Eine Modellrechnung.

¹² Vgl. Statistisches Bundesamt 2007: Zusammenfassende Übersichten

¹³ Geburtenrate des Iraks 2008: 3,9, vgl. CIA World Fact Book 2008

¹⁴ Statistisches Bundesamt 2006, vgl.: Tagesschau 2006: www.tagesschau.de/inland/meldung34348.html

¹⁵ Nürnberg: 67%, Frankfurt: 65%, Stuttgart: 64%, Düsseldorf: 64%, vgl. Tagesschau 2006 [Fn. 14]

Ohne Migranten dagegen würde sich bei gleichbleibender Geburtenrate die Tatsache, dass sich jede Generation der Deutschen nahezu halbiert (1,1 Kinder pro deutscher Frau), dazu führen, dass die Bevölkerung bis Mitte dieses Jahrhunderts unweigerlich auf etwa 50 Millionen fällt, angesichts der gegenwärtigen Abwanderung von über 150.000 meist jungen Deutschen pro Jahr eher noch etliche Millionen weniger.

Dies muss für sich genommen nicht den Untergang des Abendlandes markieren; bedenkt man die hohe Bevölkerungsdichte, könnte ein Rückgang ja durchaus als Steigerung der allgemeinen Lebensqualität empfunden werden: Naherholungsgebiete würden nicht mehr vor Menschen überlaufen, die seit Tacitus berühmten dichten Wälder könnten Teile Deutschlands zurückerobert, die Umwelt würde entlastet werden. Diese Ansichten verdrängen jedoch die strukturellen Probleme, die auftauchen, wenn ein junger Jahrgang nicht nur sich selbst, sondern auch seinen dreimal stärkeren Großelternjahrgang ernähren muss. Schon 2007 mussten durchschnittlich 51 Cent jedes verdienten Euro an den Staat zurückgezahlt werden.¹⁶ Die Abgabenlast müsste unweigerlich noch deutlich ansteigen. Am schwersten wiegt aber die Tatsache, dass ein Land nicht im Vakuum altert und schrumpft. Wer will die jungen Deutschen, die die eben skizzierte Abgabenlast zu tragen hätten, am Auswandern hindern? 2005 waren dies etwa 150.000, 2008 werden es etwa 180.000 sein. Und wer will die Menschenmassen, durch die Bevölkerungsexplosion in der übrigen Welt¹⁷ hervorgebracht, daran hindern, in die sich entleerenden Gebiete zu strömen, zumal in Zeiten von Schengen über verwaiste deutsche Grenzen?¹⁸ Im Jahre 1972 wurden in Deutschland 901.657 Menschen geboren, aber 965.689 starben. Seitdem starben in jedem einzelnen Jahr mehr Menschen als geboren wurden. Trotzdem wuchs die Bevölkerung kontinuierlich an, da zeitweise (Anfang der 1990er) über eine Million Menschen jährlich nach Deutschland strömten. Ohne die Migranten hätte Deutschland heute etwa 66 statt 82 Millionen Einwohner.

Festzuhalten ist also: Nur weil die Deutschen das Gebären einstellen, tun dies andere noch lange nicht. Damit ist jedes Vorhaben, den Kindermangel als heilsames, oder gar umweltfreundliches Schrumpfen zu begrüßen, blanker Unsinn. In den letzten 15 Jahren betrug der kumulierte Sterbeüberschuss der Deutschen etwa 1,5 Millionen, dafür gebären allein die Frauen im Gazastreifen bei einer Geburtenrate von zeitweise 7,2 Kindern pro Frau über 2 Millionen Kinder. Rein quantitativ ist der Verzicht der Deutschen auf Nachkommen

¹⁶ Mitteilung des Bundes der Steuerzahler 2007.

¹⁷ Die Weltbevölkerung schnellte in nur hundert Jahren von 1,5 Milliarden (1900) auf über 6 Milliarden (2000) hoch. Die islamische Welt verzehnfachte sich in dieser Zeit (von 150 Millionen auf 1,5 Milliarden). War die Weltbevölkerung jahrzehntausendlang nur mäßig angewachsen, explodierte sie nun infolge aberwitzig hoher Geburtenraten in den Entwicklungs- und Schwellenländer verbunden mit westlicher Medizin.

¹⁸ Die EU-Außengrenzen sind freilich nicht verwaist, aber die riesigen Grenzgebiete, etwa zwischen Polen und der Ukraine oder im Südosten nach Schengenbeitritt Bulgariens und Rumäniens, sind kaum überwachbar. Auch der Seeweg wird bekannterweise verstärkt in Anspruch genommen, unter Inkaufnahme menschlicher Tragödien.

also global schlicht nicht spürbar, lokal zieht er den angedeuteten Kollaps der Sozialsysteme nach sich. Würde es gelingen, die deutsche Geburtenrate auf die bestandserhaltenden 2,1 Kinder pro Frau zu erhöhen, so könnte sich die Bevölkerungszahl auf stabilem, etwas niedrigeren Niveau einpendeln, und das Verhältnis von Alten und Jungen wäre nach einer teuren Übergangsphase wieder normalisiert.

Qualitativ hingegen sprechen noch ganz andere Gründe für eine zumindest bestandserhaltende Geburtenrate der Deutschen. Dazu muss betrachtet werden, *wer* die Kinder in diesem Land bekommt. Zwei Entwicklungen sollten die Aufmerksamkeit haben:

- a) 19% der Bevölkerung (die Menschen mit Migrationshintergrund) bekommen 2005 35% der Kinder.
- b) 40% der Akademikerinnen sind kinderlos, Hochqualifizierte bekommen im Schnitt etwa 0,9 Kinder.

Punkt a) impliziert den nüchternen Befund, dass, wenn alle Faktoren konstant bleiben, durch jüngere Altersstruktur, höhere Geburtenraten und positives Wanderungssaldo Migranten¹⁹ spätestens um das Jahr 2025 herum die Mehrheit der Kinder gebären. Damit ist Deutschland zum Vielvölkerstaat mit deutscher Minderheit geworden.²⁰ Vielvölkerstaaten müssen nicht zwangsläufig in Bürgerkriegen, ethnischen Säuberungen und schließlich Segregationen und Abspaltungen enden. Sie tun es aber leider in letzter Zeit ziemlich oft. Ganz aktuell im Jahre 2008 etwa: Abchasien, Südossetien, Kosovo, Montenegro, Tibet, chinesische Uigurengebiete, und natürlich Irak, Libanon und Israel, sowie unzählige andere ethnisch-kulturell bedingte Konfliktregionen.²¹ Auf die Gründe dafür wird im Kapitel 4 eingegangen werden. Für den Moment genügt die Erkenntnis, dass eine Bevölkerungspolitik es besser vermeiden sollte, mutwillig solche Zustände herbeizuführen.

Punkt b) ist nicht minder heikel und gleichwohl heutzutage auch nicht minder tabuisiert. Schon 1969 stellte Prof. Arthur Jensen von der University of California die Frage: „Wie weit können wir den Intelligenzquotienten erhöhen und schulische Leistungen verbessern?“, und beantwortete sie nüchtern: Da Intelligenz leider von der biologischen Herkunft abhängt,

¹⁹ Gemeint sind hier der gängigen Definition des Statistischen Bundesamtes folgend die Personen, die seit 1950 in die Bundesrepublik eingewandert sind und deren Nachkommen.

²⁰ Rein juristisch freilich bleiben die Deutschen die große Mehrheit, da nach dem geänderten Staatsangehörigkeitsrecht von 2000 fast alle hier geborenen Kinder von Ausländern das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben. In manchen Fällen mag der Identitätstransfer via rechtlicher Zuschreibung gelingen. In den allermeisten Fällen aber behalten die Migranten ihre nicht-deutsche Herkunft zumindest als „Bindestrich“-Identität bei. Je größer die Volksgruppen ihres nicht-deutschen Ursprungs in ihrer Umgebung werden, um so geringer die Notwendigkeit, sich eine „deutsche“ Identität anzueignen, zumal letzteres deutlich schwieriger ist, denn was türkische Kultur, Sprache, Volkstum, Traditionen, etc. ist, darüber wird es keine Unklarheiten geben, aber „deutsche Kultur“, „deutsches Volk“, „deutsche Traditionen“ etc. werden ja schon von den meisten Deutschen als nicht-existent zurückgewiesen, und was wollen sie mit einer Identität, die aus einem Vakuum besteht? (Siehe auch die Ausführungen in Kapitel 4.)

²¹ dazu Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) in einem Interview mit der ZEIT 2004: „Schauen Sie auf den Balkan, nach Uganda, Burundi oder Nigeria. Wohin auf der Welt Sie gucken: Sie finden dieselbe Eigenart, dass

lasse sie sich durch Umwelteinflüsse nur geringfügig ändern.²² Daraufhin musste Prof. Jensen Leibwächter anheuern und konnte fortan keine Veranstaltung mehr ohne wütende Proteste, Demonstrationen und Angriffe abhalten. Was Jensen anhand von Statistiken vermutet hatte, ist heute neurowissenschaftlich belegte Gewissheit. 40-80% der Varianz der geistigen Begabungen zwischen den Menschen werden über deren genetische Anlagen determiniert.²³ Wer diese Tatsache schade, unfair oder sonst wie findet, darf gerne mit der Natur, Gott und der Welt hadern. Es aber zu *leugnen*, oder die Erkenntnisse aus dieser Wahrheit in entsprechenden Überlegungen bewusst nicht mit einzubeziehen, disqualifiziert jeden Diskutanten ohne jeden Zweifel. Die *Einsicht* in diese Wahrheit, ob man nun darüber erfreut ist oder nicht, oder ihr Außenvorlassen, unterscheidet eine potenziell hilfreiche Analyse von einer in Phantasiewelten abhandelnden, am Leben vorbei fabulierenden. Jede Problembetrachtung und erst recht jede Handlungsempfehlung in diesem Bereich *muss* zur Basis haben, dass Intelligenz erblich ist. Erst darauf aufbauend können sinnvolle Argumente erschlossen werden.

Wenn heute Fachstellen unbesetzt bleiben, gleichzeitig aber immer mehr Jugendliche direkt nach der Schule ins Sozialhilfenetz fallen, während Politik und Wirtschaft nach ausländischen Fachkräften rufen, so hat dies alles hauptsächlich diese eine bittere demographische Wahrheit zur Ursache: Zuwenig Menschen in Deutschland bekommen Kinder, und die, die es tun, sind überproportional schwach Begabte in kulturell und sozial prekärem Umfeld, deren Kinder neben schwachen Anlagen auch noch überproportional oft mit kulturellen Schwierigkeiten (Sprache, Mentalität etc.) und schlechten sozialen Umwelteinflüssen zurechtkommen müssen. Das scheinbare Paradoxon, dass trotz drei Millionen Sockel-Arbeitslosigkeit und acht Millionen von Sozialhilfe lebender Menschen immer mehr Stellen unbesetzt bleiben, lässt sich über die qualitative Demographie erklären.

Um eins vorwegzunehmen: Kein Rechtsstaat kann und darf auf diese Umstände mit eugenischen Maßnahmen reagieren, indem er bestimmten Leuten die Fortpflanzung verbietet oder andere dazu zwingt. Dies ist auch nicht notwendig, wie gezeigt werden wird. Den Menschen, die mit schwächeren Begabungen und in einem ungünstigerem Umfeld zur Welt kommen, muss nach Kräften versucht werden, Bildung und Aufstiegschancen zuteil kommen zu lassen. Aber dies reicht eben nicht aus, denn das kann zwar eine Maßnahme zur Korrektur der schlechten Startbedingungen sein, aber keine *alleinige* gesellschafts-

gewachsene Kulturen die Angst vor Überfremdung durch eine andere Kultur entwickeln.“ (22. April 2004, nachlesbar unter: www.zeit.de/2004/18/Deutschland_2fSchmidt_18?page=all [26.11.2008].

²² vgl. Richard Herrnstein 1971: I.Q. in the Meritocracy. Boston – Toronto: Little, Brown and Company.

²³ vgl. exemplarisch: Danielle Posthuma et. al 2005 : A Genomewide Scan for Intelligence Identifies Quantitative Trait Loci on 2q and 6p, in : American Journal for Human Genetics 77, S. 318-326; vgl. Auch Dieter E. Zimmer

politische Strategie. Denn aufgrund des begrenzten Einflusses von „Qualifizierungsmaßnahmen“ aller Art auf die genetisch bedingten Begabungen der Menschen ist es ein sinnloses Unterfangen, mit Lehrern und Sozialarbeitern unter schwach Begabten diejenigen Talente heran„bilden“ zu wollen, welche unter Hochbegabten nicht geboren werden. Es muss also neben einer Bildungspolitik zwingend auch eine Bevölkerungspolitik geben, andernfalls wird viel Geld aufgrund ideologisch motiviertem Augenverschließen vor der Wahrheit zum Fenster hinausgeworfen.

In der modernen, arbeitsteiligen Industriegesellschaft mit hohem Wohlstandsniveau haben Kinder weder zur Alterssicherung noch zum Zwecke der Übernahme des Bauernhofes oder Kleinbetriebes noch eine nennenswerte Funktionalität. Im Gegenteil: Wer sich für Kinder entscheidet, erleidet neben den direkten finanziellen Kosten vor allem die strategischen Nachteile auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt der geringeren Flexibilität, des Verzichts auf Kontinuität im Berufslebenslauf sowie der entgangenen Zeit für Weiterbildung und Berufserfahrung. Auch abseits des Arbeitsmarkt stellen Kinder im Lichte der grundgesetzlich zugesicherten Selbstverwirklichung (Art. 2 GG) Last, Aufwand, Verzicht dar, für die aufzubringen der emotionale Mutter- (bzw. Vater-)trieb immer seltener ausreicht. Kinder sind für die Privatperson auf den Gebieten beruflicher Aufstieg und freizeitliche Selbstverwirklichung *nachteilige Standortfaktoren*. Dies ist auf den Punkt gebracht der bedeutendste Grund für den Kindermangel in Deutschland wie auch anderswo. Daher wird die Geburtenrate, zumal unter höheren Bildungsschichten, nie signifikant gesteigert werden können durch erhöhte Kindergeldzahlungen. Selbst eine Verdopplung des Kindergeldes auf, sagen wir, 400 Euro pro Kind und Monat würde für den/die ambitionierte Selbstverwirklicher/in keine hinreichend attraktive Opportunität darstellen, und die Minimalerhöhungen, die immer wieder gerne diskutiert werden, schon gar nicht. Wer mit Ende 20 aus der Universität kommt und nach Ableistung einiger Praktika und Auslandsaufenthalten mit 32 den Berufseinstieg vornimmt, wird weder den Personalmanager noch sich selbst ernsthaft mit dem Gedanken anfreunden können, nun im Alter von 34, 36 und 38 Jahren jeweils ein Kind zu bekommen. Gegenüber dem Konkurrenten, der zielstrebig genug ist, auf derartige Lasten zu verzichten, würden offensichtlich Nachteile entstehen beim „Run“ auf die besten Positionen. Aber auch unterhalb der Bildungselite will bei voller Geburtenkontrolle durch präventive und ex post Empfängnisverhütungsmethoden kaum jemand seinen Lebensstil und seine Aufstiegschancen willkürlich beeinträchtigen, nur um der emotionalen Vergütung der Elternschaft willen.²⁴

1998: Der Streit um Gene und Intelligenz ist entschieden, in: Die ZEIT 17/1998:
<http://images.zeit.de/text/1998/17/iq.txt.19980416.xml> [26.09.2007]

²⁴ vgl. schon z.B. Arsène Dumont 1890: *Dépopulation et civilisation – Etude démographique*. Darin stellt Dumont die Regel auf, dass die Geburtenrate einer Bevölkerung sich umgekehrt proportional zur Rate des sozialen Aufstiegs, und damit des individuellen Lebensgenusses, ihrer Mitglieder verhält; vgl. Robert Hepp 1986: *Der Aufstieg in die Dekadenz. Bevölkerungsrückgang als politisches Problem*, in: Armin Mohler [Hrsg.] 1986:

Man kann diese „Versachlichung“, dieses gnadenlos rationale Abwägen des finanziellen und privatbeglückenden „Lohnens“ der Fortpflanzung verdammen mögen, aber man muss es als Realität anerkennen. Folglich können *mittelfristig* nur dann Erfolge bezüglich höherer Geburtenraten erzielt werden, wenn auf eben diesem Gebiet einschneidend eingegriffen wird. Da Kinder als „Standortfaktor“ im Berufs- und Freizeitleben begriffen werden, gilt es, diesen Standortfaktor aufzuwerten. Dies geschieht ebenfalls über die immanente Logik des nutzenmaximierenden *homo oeconomicus*: primär finanziell.

Zunächst ist darauf zu achten, dass Kinder zu bekommen kein Primäreinkommen für gänzlich vom Staat abhängige Gesellschaftsschichten sein darf. Es sollte klar vermittelt werden: Der Staat hilft auch den sozial Schwachen bei der Erfüllung ihres Mutterwunsches. Wer aber Nachkommen in größerer Zahl zeugen will, der sollte auch in der Lage sein, diese zu ernähren, und nicht die völlig groteske Umkehrung dieses Prinzips eintreten lassen: die Ernährung des Erzeugers durch die hohe Zahl von Nachkommen aufgrund der damit verbundenen staatlichen Zahlungen.

Die entsprechende Handlungsempfehlung ist einfach ausgesprochen: Kindergeld wird auf zwei Kinder begrenzt. Darüber hinaus darf Kinder bekommen, wer es sich leisten kann. Damit die, die es sich leisten können, aber auch einen Anreiz dazu bekommen, muss parallel zu dieser Maßnahme die oben angesprochene Aufwertung des „Standortfaktors“ Kinder vorgenommen werden. Dies geschieht, indem Lohnnebenkosten, insbesondere die Rentenbeiträge, nach Zahl der Kinder gestaffelt werden. Der Clou daran ist, dass dies für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerbeiträge gilt. Kinderlose werden dabei nicht mit erhöhten Beiträgen abgestraft, da Kinderlosigkeit selbstverständlich auch ungewollt sein kann, stattdessen werden Eltern entlastet.²⁵ Beispielsweise könnten die Rentenbeiträge folgendermaßen aufgestaffelt sein (bei einem Standard-Rentenbeitrag von ca. 20%):

Tabelle 1: Rentenbeiträge (Arbeitgeber- und -nehmeranteile) nach Kinderzahl gestaffelt:

	Ohne Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 und mehr
Arbeitgeberanteil:	10%	9%	7%	5%	4%	3%
Arbeitnehmeranteil:	10%	9%	7%	5%	4%	3%

Wirklichkeit als Tabu. München: R. Oldenbourg Verlag, S. 201. Vgl. auch Meinhard Miegel/ Stefanie Wahl 1996: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst. München: Aktuell.

²⁵ Man mag hier einwenden, dass jede Bevorzugung immer auch eine Benachteiligung des nicht Bevorzugten impliziert. Das stimmt natürlich. Grundgedanke muss aber sein, dass eine bislang bestehende Benachteiligung auszugleichen versucht wird, etwa wie im Falle bevorzugter Einstellungen für Frauen oder Schwerbehinderte. Zudem haben Begünstigungen für Kinderreiche eine andere psychologische Wirkung als es etwa explizite Strafsteuern für Kinderlose haben würden. Diese Art von Anreizen sind nicht unüblich, und der Unfruchtbare wird dagegen genauso wenig klagen können, dass er diesem Anreiz ja gar nicht nachkommen könne, wie der Mann dagegen klagen könnte, dass er ja nunmal keine Frau sei, wenn eine solche statt ihm eingestellt wurde.

Dies wäre auch theoretisch rechtfertigbar, denn Kinder sind selbstverständlich eine Entlastung der zukünftigen Rentenkasse. Mit einer derartigen Staffelung würde der Vermerk „drei Kinder“ in einer Bewerbung auf den Personalchef einen komplett umgekehrten Eindruck machen wie bisher. Bislang bedeutet Kinderreichtum beim potenziellen Angestellten: Inflexibilität, Familienstress, Ausfallrisiko (bei Krankheit der Kinder etc.). Von nun an würde Kinderreichtum beim potenziellen Angestellten bedeuten: Inflexibilität, Familienstress, Ausfallrisiko... - aber bis zu 70% weniger Rentenbeitragskosten als beim kinderlosen Mitbewerber. Was wird wohl das ausschlaggebende Argument sein?

Damit wäre also der „Standortfaktor Kinderreichtum“ hinreichend aufgewertet, sodass vor allem berufstätige Menschen (die Tarife gälten natürlich für Mann und Frau gleichermaßen) aus Mittel- und Oberschicht, die bislang die niedrigsten Geburtenraten aufwiesen, wieder mehr Nachwuchs gebären dürften. Dies reichert auch den Intelligenzpool der Gesellschaft wieder mit mehr Talenten an und entzieht jeglicher Rhetorik, Zuwanderer als Kompensation für den Fachkräftemangel anwerben zu *müssen*, die Grundlage.

Die Frage, auf welches Niveau die Geburtenrate denn ansteigen sollte, dürfte eine umstrittene sein. Man möchte meinen, *zuviel* Nachwuchs *könne* das Land im Moment gar nicht bekommen. Allerdings ist zu bedenken, dass bei einer Geburtenrate, die die bestandserhaltenden 2,1 weit übersteigt, eine Elterngeneration nicht nur eine viel größere Großelterngeneration finanzieren muss, sondern dann auch eine größere Kindergeneration als ihre eigene. Dies wird kurzfristig kaum zu verkraften sein. In besonders starken Kinderjahrgängen liegt zudem immer auch ein Risiko für die gesellschaftliche Stabilität.²⁶ Aber den Luxus, über die Folgen von zuviel Nachwuchs zu spekulieren, kann sich dieses Land im Moment ohnehin nicht erlauben. Welche Steigerung die hier dargelegten Methoden erlauben, ist kaum prognostizierbar und wird sich empirisch zeigen. Die Politik hat daraufhin die Parameter dieser Methoden einem gewünschten Zielwert entsprechend ad hoc anzupassen.

Die Finanzierbarkeit solcher Maßnahmen dürfte entsprechend des rational-ökonomischen Charakters der Moderne weit häufiger Angriffspunkt von Kritikern sein als etwa die Frage nach der Gerechtigkeit dieses Programms (vgl. dazu Fn. 25). Die jetzigen Zustände würden da allerdings keine größeren Probleme bereiten: Die 0,9 Kinder, die berufstätige Akademikerinnen gebären, würden der Rentenkasse keine nennenswert hohen Beiträge vorenthalten. Aber natürlich würde der gewünschte Anstieg auf etwa zwei Kinder pro Frau eine starke kurz- und mittelfristige Belastung der öffentlichen Kassen darstellen. Hier ist es aber unmöglich, Kompromisse zu finden. Der Staat zahlt es besser heute, egal woher, als

²⁶ vgl. das Standardwerk hierzu, Gunnar Heinsohn 2003: Söhne und Weltmacht.

dass morgen seine Sozialsysteme endgültig kollabieren, weil statt niedrigeren Beiträgen schlicht keine Beitragszahler mehr da sind. Zusätzlich bewirkt die Einstellung der Zahlungen für dritte, vierte und fünfte Kinder an erwerbslose Familien eine leichte finanzielle Entlastung der öffentlichen Haushalte, welche wohl übertroffen wird von der gesellschaftlichen Entlastung durch die dadurch erfolgende Reduktion der bekannten Probleme Bildungsferne, Kriminalität, allgemeine Integrationsschwierigkeiten, welche bei dieser Personengruppe nicht zwangsläufig, aber überrepräsentiert auftauchen, durch Verringerung der Personengruppe selbst.

Diesem Politikfeld muss nachvollziehbarerweise die allerhöchstmögliche Priorität zukommen. Einem nunmehr fast 40 Jahre langen Versäumnis ist eben nicht mit Kleinkorrekturen beizukommen, sondern nur mit großangelegten Reformen, die eine ernsthaft gewollte Zielsetzung mit hinreichender Radikalität der Änderungen realistisch erreichen lassen. Ein Konstanthalten der aktuellen Bevölkerung lässt sich wie erwähnt auch durch eine Steigerung der Geburtenziffer auf 2,1 nicht erreichen, da die niedrigen Geburtenzahlen der vergangenen 40 Jahre heute zu kleineren Kohorten der unter 40-Jährigen geführt haben, mit anderen Worten: Die Kinder, die gestern nicht geboren wurden, fehlen heute als Eltern. Auch die Alterung der Gesellschaft wird dies kurzfristig nicht aufhalten können, da die heute 40-65-Jährigen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, viel zahlreicher sind, als die unter 25-jährigen, die schon geboren sind und deren Zahl nicht mehr korrigiert werden kann. Ein heutiges Umschwenken aber stoppt die Spirale zumindest langfristig auf einem tieferen Niveau, eine konstante Geburtenrate wie die heutige jedoch bewirkt eine *dauernde* Überalterung und eine nie endende Schrumpfung, da jede Generation *noch* kleiner ist als die schon im Verhältnis zur Großelterngeneration viel zu kleine Elterngeneration. Gelingt es heute, eine stabile Nettoerzeugung zu erreichen, so wird nach einer schmerzhaften Übergangszeit, in der eine Elterngeneration sowohl ihre ebenso große Kindergeneration als auch ihre deutlich größere Großelterngeneration finanzieren muss, langfristig eine Normalisierung möglich sein.

2. Geistige Degeneration rückgängig machen

Einleitung: Die Brücke zum Übervollidioten

Der Mensch ist etwas, das überwunden werden muss. Daher wird allerorts institutionell an der Brücke gebaut, die dereinst seinen Nachfolger hervorbringen soll: den Übervollidioten. In allen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, dessen Offensichtlichkeit nur durch sein Tempo und seine Dynamik übertroffen wird.

Der Mensch ist ein tragisches Wesen, er ist ständig auf der Suche, ohne zu finden, ihn zieht es in höhere Sphären, er verlangt stets nach mehr, er ist neugierig und größenwahnsinnig, er verrennt sich in ideologischen Irrgärten. Der Übervollidiot dagegen sucht nicht, er wüsste auch nicht wonach, sein Garten ist ein englischer Rasen. Der Mensch ist provinziell, ihm fehlt der Blick fürs Ganze, er ist gefangen in seiner die Komplexität der Realität vereinfachenden, reduktionistischen Subjektivität, er sucht den Durchblick, doch seine Beschränktheit lässt ihn die Welt nicht durchschauen. Der Übervollidiot ist universell, universell blind, er nimmt die Welt nicht vereinfachend wahr, er nimmt sie gar nicht wahr.

Drei Verwandlungen des Geistes sind da. Der menschliche Geist wird zuerst zum Fachidioten, darnach zum Vollidioten, und schlussendlich zum Übervollidioten.

Der Geist ist überfordert angesichts der komplexen Welt, also will er sich spezialisieren. Er verzichtet auf große Zusammenhänge, kauert sich stattdessen in eine bestimmte geistige Nische, die er nicht mehr verlässt, hier sucht er fortan nach Ertrag, nun aber ist er zum Fachidioten geworden. Dieser kauert nun in seiner Nische, und irgendwann vergisst er, was ihn hier hin geführt hat, er ist zwar noch da, weiß aber nicht mehr warum, er würde den Weg hier hin nicht mehr alleine finden. Er zehrt fortan von der Vergangenheit, indem er routineartig in seiner Höhle wohnhaft bleibt, die Außenwelt aber kennt er nicht mehr, und weiter in den Berg hineingraben hat er auch verlernt. Nun also ist er zum Vollidioten geworden. Die Wanderung des Geistes ist in der Gestalt des Vollidioten nun vollständig zum Stillstand gelangt, aber zumindest hat er noch seine Behausung. Er hat seine schöpferische Kraft verloren, doch er besitzt noch Sicherheit, noch Wahrheit. Jetzt aber gibt er die auf, ohne draußen lebensfähig zu sein. Er verwirft das letzte Bisschen Gewissheit, Halt, Routine, und wandelt von nun an ziellos umher; war der Geist noch überall zu Hause, ist's der Vollidiot nun nirgendwo mehr, und da wird er also zum Übervollidioten, einem dahinvegetierenden Subjekt, seines Zieles und seiner Mittel beraubt, er weiß nichts mehr mit sich anzufangen, er

ist ein Schiff, das hin und her treibt, dessen Motoren noch Benzin fressen, aber das in keine intendierte Richtung fahren kann, weil der Kapitän und die Besatzung an der Reling stehen und Möwen füttern.

Ein teleologischer Fehlschluss ist eine fälschliche Unterstellung einer Zielgerichtetheit in eine Entwicklung hinein, welche in Wahrheit kein angebbares Ziel verfolgt. Die Dynamik der Natur ist eine solche Entwicklung. Sie verändert sich, aber sie verändert sich in keine bestimmte Richtung. Die Natur, oder Gott, sie haben den Menschen nicht zum logischen Endstadium der Evolution erkoren. Dass der Mensch nicht das unabänderliche Endstadium der natürlichen Entwicklung ist, heißt nicht, dass ihm etwas folgt, welches besser, höher entwickelt, oder fortgeschrittener ist. Eine Kategorie des Fortschritts kennt die Natur nicht, es gibt nur den wertfreien Begriff der Veränderung. Ein Mensch kann drei Tage ohne Wasser überleben, ein Kamel kann länger. Das kann es nicht, weil die Natur, oder Gott, das Auskommen ohne Wasser für eine besonders fortgeschrittene oder hochwertige Eigenschaft hält, es entspricht lediglich den Umständen seiner Lebenswelt. Der Mensch hat kein hochkomplexes Gehirn samt bestimmter kognitiver Fähigkeiten, weil die Natur oder Gott es für besonders toll befanden, genausowenig ist die Entwicklung hin zu mehr Hirnvolumen seit unseren Vorfahren ein Prozess, der sich naturgemäß fortsetzen muss. Der Mensch ist ohne den Wasserspeicher eines Kamels überlebensfähig; würden die Wüsten verschwinden und tropische Verhältnisse im Lebensraum der Kamele Einzug erhalten, würden sich ihre Wasserspeicher womöglich zurückbilden. Ähnlich ist es mit den kognitiven Fähigkeiten des Menschen. Hätte er sie nicht gehabt, hätte er nicht überlebt, so aber konnte er sich mithilfe von Werkzeugen, Erfindungen, Kultur, Sprache und damit Wissenstransfer an die natürlichen Bedingungen anpassen. Heute findet sich der Geist in einer ähnlichen Situation wieder wie der Wasserspeicher des Kamels, dessen Umgebung sich in einen tropischen Regenwald verwandelt hat: Er wird zu großen Teilen nicht mehr benötigt. Ein Dahinvegetieren ohne jeglichen kognitiven Ressourceneinsatz oder kulturelle Bindungen ist möglich, ein parasitäres Profitieren von anderer und vergangener Geister Ideen und Errungenschaften, eine Existenz im Überfluss, die den Mechanismus der Notwendigkeit geistiger Fähigkeiten nicht mehr braucht.

Ist der Einzug des Übervollidioten aufhaltsam? Ist es wünschenswert, die materiellen Zustände derart zu verändern, dass sein Siegeszug gestoppt wird? Kann und sollte der Mensch überhaupt in die natürliche oder göttliche Entwicklung eingreifen, seine Verschrottung auf dem Platz der evolutionären Auslaufmodelle eigenhändig und auf

widernatürliche Art verhindern? Fragen über Fragen. Ist mir zu kompliziert, sagt der Mensch, und läuft über die Brücke.²⁷

Analyse und Gegenmaßnahmen

Der durchschnittliche Intelligenzquotient der Deutschen sinkt.²⁸ Dies ist insofern erstaunlich, als die vorherrschende Meinung stets war, durch die „Bildungsexpansion“ und die steigende generelle Vertrautheit der Menschen mit derartigen Tests würde der IQ in den Industrienationen beständig steigen. Weniger erstaunlich ist es, wenn man die Zusammenhänge kennt, die bereits im vorigen Kapitel belegt wurden, nämlich dass erstens Intelligenz in hohem Maße erblich ist, und zweitens die Intelligenten in Deutschland weit weniger Nachwuchs bekommen als die schwächer begabten Schichten.²⁹ Diese ungünstigen Anlagen werden durch weniger förderliches Verhalten, etwa ausufernden passiven Medienkonsum, noch verschlechtert.³⁰ Hinzu kommt, dass die Einwanderer nach Deutschland, anders als in anderen westlichen Staaten, das Niveau des Ziellandes nicht heben, sondern senken. Beim Wissensstand seiner Migranten bildet Deutschland zusammen mit Österreich das Schlusslicht aller Industriestaaten.³¹ Jeder zweite junge Migrant in Deutschland gilt als „bildungsarm“, während es unter den Deutschen nur jeder siebte ist. Dagegen haben nur 5% der kanadischen jungen Migranten derartige Bildungsmängel.³² Dies liegt nur in zweiter Linie an einer „mangelhaften Bildungspolitik“, denn letztere kann auf die schlechteren Anlagen der deutschen im Vergleich zu den kanadischen Einwanderern keinen Einfluss nehmen. Und die Türkei, aus der der größte Teil der Immigranten in Deutschland kommt, schneidet bei internationalen Vergleichsstudien unterdurchschnittlich ab.³³

²⁷ Der Leser, der sich von diesem Abschnitt generell nicht angesprochen fühlen muss, wird wohl bemerkt haben, dass die Einleitung an Nietzsches Zarathustra (Erster Teil, Vorrede, 3 ff.) angelehnt ist. Anschaulich dargestellt hat die Folgen des gegenwärtigen Prozesses der US-Satirefilm „Idiocracy“ (2006).

²⁸ „Seit 1999 sinkt die Intelligenz unserer Gesellschaft kontinuierlich“, sagt Deutschlands führender Intelligenzforscher Siegfried Lehl“, zit. nach Mannheimer Morgen, 22. März 2008

²⁹ Dies ist historisch gesehen alles andere als eine Normalität. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts war es eher die Regel, dass höhere Bevölkerungsschichten mehr Kinder aufzogen als niedrigere. Gründe dafür waren vor allem die höhere Kindersterblichkeit in den ärmeren Familien, aber auch der höhere Anreiz für die besitzende Klasse, ihren Besitz durch Erben zu sichern. Beachtet werden muss gleichwohl, dass Intelligenz und sozialer Status damals wohl weniger korrelierten als heute und letzterer mehr von Stand und Herkunft bestimmt wurde. Zwar dominiert auch heute noch das Gerede von der „sozialen Herkunft“ die Debatte über „Bildungschancen“, womit suggeriert wird, der Reichtum der Eltern bestimme die Chancen des Kindes, allerdings würde der Faktor Intelligenz der Eltern eine weit höhere Erklärungskraft offenbaren, wenn er nicht aus ideologischer Verblendetheit und Angst vor „biologistischen“ Argumentationen beständig ausgeklammert werden würde.

³⁰ vgl. Lehl 2008 [Fn. 28].

³¹ zit. nach Alexander von Gersdorff 2008: Die Flaschen wandern ein, in: RP Online, 27. Juni 2008: www.rp-online.de/public/article/wirtschaft/news/583632/Die-Falschen-wandern-ein.html

³² vgl. ebd. [Fn. 31].

³³ vgl. Lehl 2008 [Fn. 28].

Diese demographischen, immigrationspolitischen und kulturellen Faktoren können also als die wichtigsten Ursachen identifiziert werden. Auf die Folgen – der beschriebene Rückgang der Intelligenz – wird von Seiten der Politik dilettantisch reagiert. Keiner der angesprochenen Hauptgründe wird thematisiert, geschweige denn angegangen. Aus dem nicht Wahrhaben wollen der Wahrheit – Erbllichkeit der Intelligenz, negativer Effekt der Immigration etc. – folgt der Trugschluss, das Ganze läge einzig und allein am Bildungssystem, welches „gerechter“ werden müsse. Unter „gerecht“ wird dann üblicherweise verstanden, dass so viele Abiturzeugnisse als möglich verteilt werden, um dann über eine hohe Abiturientenquote zu „belegen“, das Bildungsniveau sei angestiegen. Um dies zu erreichen, wird selbst vor den absurdesten Maßnahmen nicht zurückgeschreckt. In Nordrhein-Westfalen wurde 2007 das Niveau des Abiturwissens mit folgenden Auswirkungen gesenkt:

„In Geschichte beschränkt sich die ‚Weimarer Republik‘ im Unterricht auf deren Untergang. Themen wie ‚Friedenssicherung‘ oder ‚Europa als Traditionsraum‘ fallen komplett weg. Die griechische Antike wird nur noch reduziert vermittelt. [...] In Mathematik gibt es Abstriche im Bereich Algebra. Der Umgang mit Logarithmen wird nicht mehr erwartet. Auch in der Geometrie wird auf Unterrichtsstoff verzichtet“.³⁴

Mit derartigen Methoden lässt sich dann die nominelle Anzahl an Abiturienten wirksam erhöhen. An deren unzureichendem Bildungsstand und niedriger Begabung ändert dies selbstverständlich wenig: „Die Abiturientenrate taugt nicht für die Anhebung der Intelligenz. Bremen hat die meisten Abiturienten, aber auch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit.“³⁵ Dagegen gilt: „Je höher der IQ einer Region, desto weniger Arbeitslosigkeit dort.“³⁶

Man verteilt also an eine immer schwächer begabte Jugend eine steigende Zahl an unter leichteren Bedingungen zustande gekommenen Abiturzeugnissen, und redet sich damit ein, am Intelligenzverfall etwas ausrichten zu können. Eine absurde Art des Selbstbetruges. Die Folgen lassen nicht lange auf sich warten: Arbeitgeber klagen über „[d]ie erschreckenden Mängel der Berufseinsteiger“³⁷ und beginnen zunehmend, eigene Auswahltests und Kurse einzurichten, da die Zeugnisse nicht mehr aussagekräftig genug sind. In der freien Wirtschaft genügt es eben nicht, einen unzureichend begabten und ausgebildeten Mitarbeiter einfach per Wisch als „fähig“ zu deklarieren, um Kunden und Partnern so einen Schein vorgaukeln zu wollen.

³⁴ zit. nach Helmut Frangenberg/ Heinz Tutt 2008: NRW senkt Niveau des Abiturwissens, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 29. Februar 2008: www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1203599321372.

³⁵ zit. nach Lehl 2008 [Fn. 28].

³⁶ vgl. ebd. [Fn. 28]

³⁷ So der Titel eines Artikels von Steffen Fründt in: Berliner Morgenpost, 28. Juli 2008: www.morgenpost.de/wirtschaft/article736919/Die_erschreckenden_Maengel_der_Berufseinsteiger.html.

Im Zuge der als eine Art Naturgesetz angesehenen Globalisierung und deren Folgen, zu denen etwa die Abwanderung von Stellen mit geringen Bildungsanforderungen in „Niedriglohnländer“ gehört, wird Deutschland mit seinen geringen Bodenschätzen gerne als „High Tech-Nation“ angesehen, welche allein von seinen klugen Köpfen lebe. Dann wird proklamiert, wenn uns die einfachen Tätigkeiten ausgehen, müssten wir eben in „Bildung“ investieren. Diese „Bildung“ sieht so aus: Wir schaffen die Hauptschulen ab³⁸, „nutzen“ das „Potenzial“ insbesondere der jungen Migranten, und können letzten Endes international wettbewerbsfähig bleiben, ohne lästige Bauern- oder Handwerkerarbeit leisten zu müssen, da wir dann quasi nur noch aus hochgebildeten Experten bestehen. Ein imponierenderer Fall von Wirklichkeitsverdrängung ist bisher wohl nicht bekannt. Da immer mehr schwach Begabte aus sozial prekären Verhältnissen den Ansprüchen der höheren Schulen nicht gerecht werden, werden die niedrig bewerteten Schulabschlüsse kurzerhand „abgeschafft“, den immer noch genauso schwach Begabten werden einfach bessere Abschlüsse in die Hand gedrückt und damit glaubt man, wird die Volkswirtschaft nun durch innovative Höchstleistungen angekurbelt.

Der tatsächliche Niedergang der Hauptschule hat folgenden Grund: Im Jahre 1960 machten 6% eines westdeutschen Jahrgangs das Abitur. Im Jahre 1993 waren es schon 26%.³⁹ Die Hauptschule beherbergte damals den weitaus größten Teil aller Schüler, heute sind es fast nur noch kognitiv Benachteiligte, sozial und kulturell schwer Integrierbare, zu einem großen Teil Migranten. Dadurch, dass eine große Zahl Schüler aus den niedrigeren Schulformen herausgenommen und in die höheren hineingesteckt wurde, wurden sowohl Hauptschule als auch Gymnasium *abgewertet*. Der Hauptschulabschluss, einst gesellschaftliche Normalität, war nun zum Nachweis der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Minderheit aus schwach Begabten, schwer Erziehbaren und Sprachfernen geworden. Das Abitur dagegen ist nicht mehr Beweis für die Zugehörigkeit zur Bildungselite, sondern hat durch die „Bildungsinflation“ derart Schaden genommen, dass Hochschulen und Betriebe ihre eigenen Auswahlverfahren entwickeln, um aus den Abiturienten die Geeigneten herauszusieben.

Wenn nun das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen gesucht wird, wird der Trend der Entwertung *aller* Schulabschlüsse verstärkt. Abhilfe würde dagegen das genaue Gegenteil dessen, was im Moment getan wird, schaffen: nämlich, das Niveau auf den Gymnasien derart empfindlich anzuheben, dass höchstens 15% eines Jahrgangs diesen Schulweg bestehen. Damit wird das Abiturzeugnis wieder aufgewertet, denn die Inhaber haben tatsächlich geleistet, was die wenigsten ihres Jahrgangs zu erreichen in der Lage waren.

³⁸ Meldung der „Tagesschau“ vom 30. August 2008: SPD will Hauptschulen abschaffen.

Gleichzeitig werden aber auch Real- und Hauptschulabschlüsse wieder aufgewertet, denn diese Schulwege erhalten wieder eine Normalität dadurch, dass sie auch von durchschnittlich begabten Schülern besucht werden, und fortan nicht mehr das Prestige des Horts all derer, die für den erklärten Standard der „Wissensgesellschaft“, das Abitur, zu blöde sind, tragen müssen. Man muss sich damit abfinden, dass in einer Gesellschaft nur eine Minderheit zu einem anspruchsvollen Hochschulstudium fähig ist. Der beste Weg, damit umzugehen, ist es, auch die niedrigeren Abschlüsse anzuerkennen, anstatt mit aller Gewalt alles und jeden in Gymnasium und Universität treiben zu wollen, wodurch der Rest unweigerlich als Versager gelten muss.

Stattdessen „fordert die Türkische Gemeinde mehr Ganztagschulen, mehr Deutschunterricht für Zuwanderer“. Denn: „Das dreigliedrige Schulsystem benachteiligt Kinder aus der Unterschicht und damit vor allem Kinder aus Migrantenfamilien“, so Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland.⁴⁰ Benachteiligt sind sie tatsächlich, allerdings in erster Linie durch ihre im Schnitt (!) schwächeren Anlagen, wie oben gezeigt wurde. Das schließt nicht aus, dass es auch strukturelle Diskriminierung gibt, etwa, dass Lehrer Kindern mit Migrationshintergrund bei gleicher Leistung seltener Empfehlungen für das Gymnasium aussprechen. Diese und andere Faktoren können also tatsächlich zu einer Chancenungleichheit beitragen, was im entsprechenden Einzelfall verständlicherweise frustrierend ist. Dem kann man am besten entgegenreten, indem man das Schulsystem so durchlässig als möglich macht, damit z.B. Fehleinschätzungen von Lehrern später wieder korrigiert werden können. Aber diese Diskriminierungen können unmöglich die frappierende Divergenz zwischen den Bildungsständen der deutschstämmigen und der Einwandererkinder, oder auch der Einwandererkinder anderer Länder, wie oben gezeigt, erklären.

Diese Unterschiede stellten sich der Hamburger Untersuchung LAU 5 wie folgt dar:

³⁹ vgl. Volkmar Weiss 2000: Die IQ-Falle, S. 134.

⁴⁰ Günther Lachmann 2008: Migranten wollen lebenslange doppelte Staatsbürgerschaft, in: Welt, 30. August 2008: www.welt.de/welt_print/article2372518/Migranten-wollen-lebenslange-doppelte-Staatsbuergerschaft.html

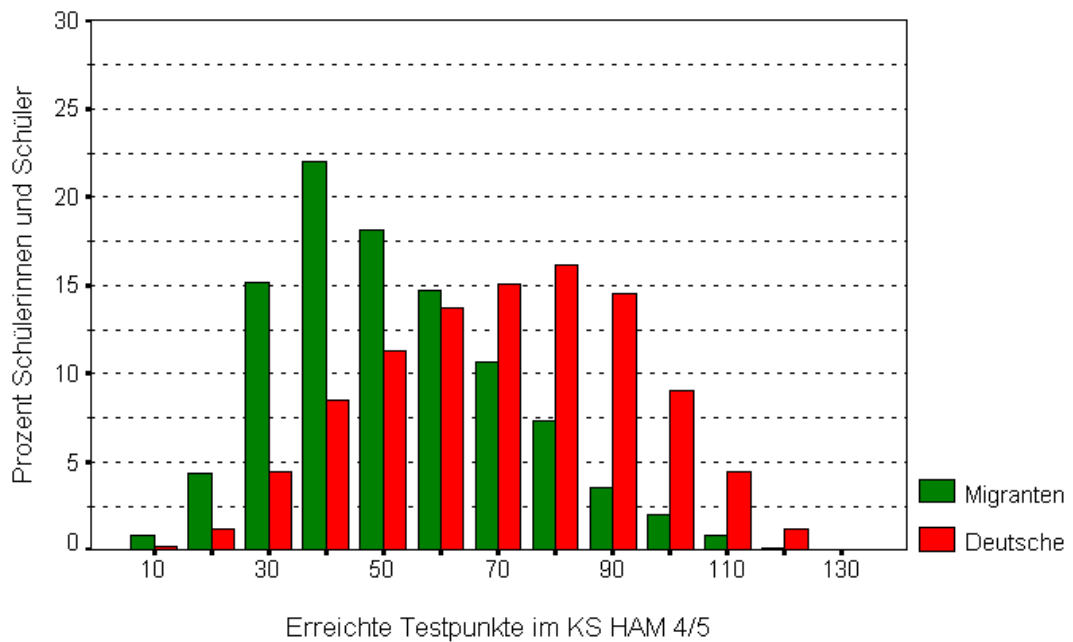


Abbildung 1: Schulleistungen von Deutschen und Migranten in Hamburg (Quelle: LAU 5⁴¹)

Diese riesigen Unterschiede sind ganz eindeutig auf die selektive Einwanderungspolitik anderer Staaten im Gegensatz zur nicht-selektiven Deutschlands zurückzuführen, welche entsprechende Auswirkungen auf die Verteilung der Begabungen hat. Dies will natürlich kaum einer aussprechen, aber es wird dadurch ebenso natürlich leider nicht weniger wahr. Es ist kein „Biologismus“ oder gar „Rassismus“, dies nüchtern zu konstatieren, sondern wirklichkeitsblind, es zu leugnen, und stattdessen die Ergebnisungleichheit als Chancenungleichheit zu werten.⁴² Denn da sich Intelligenz zu großen Teilen vererbt, werden *im Schnitt* weniger begabte Eltern eben auch *im Schnitt* weniger begabte Kinder bekommen. Dies zu beklagen mag nachvollziehbar sein, da es selbstverständlich mit gewissen Weltbildern kollidiert, aber da ist dann eben das Weltbild der realen Welt anzupassen und nicht das sinnlose umgekehrte Unterfangen zu versuchen. Hundert Kinder von Dirk Nowitzki und Claudia Schiffer werden im Schnitt größer sein als hundert Kinder von Phillip Lahm und der Sängerin Shakira, auch wenn Ausreißer nach oben und unten dabei sein können, aber im Schnitt, im Aggregat, ist dies eine sichere Prognose. Ebenso verhält es sich in der Tendenz mit der Intelligenz. Zwar besteht kein deterministischer Zusammenhang zwischen

⁴¹ Rainer H. Lehmann , Rainer Peek 1997: LAU (Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung) 5, Humboldt-Universität zu Berlin . Kapitel 4.3, Abbildung 4.8

⁴² Untersuchungen äußern sogar die Vermutung, dass Migranten in Punkto Chancengleichheit im Schnitt keinerlei strukturelle Nachteile erfahren, sondern teilweise eher bevorzugt werden: „Zwar erhalten Ausländerkinder eindeutig seltener als deutsche eine Gymnasialempfehlung, doch die Analyse legt den Schluß nahe, daß bei ihnen nicht von einer Bildungsbenachteiligung gesprochen werden kann. Der für sie geltende Standard ist deutlich niedriger als der für deutsche Kinder. [...] Als Erklärung kommt [...] der Umstand in Frage, daß Migrantenkinder häufiger in Grundschulen mit eher niedrigerem Leistungsstand und einer liberaleren Empfehlungspraxis anzutreffen sind. Es ist zu vermuten, daß Migrantenkindern darüber hinaus ein gewisser

der Intelligenz von Eltern und der ihrer Kinder, und Umwelteinflüsse haben selbstverständlich auch eine gewisse Wirkung, aber der Löwenanteil der Varianz der Begabungsniveaus geht eben auf die Erbanlagen zurück. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass in Untersuchungen der IQ von siebenjährigen Kindern signifikant mit dem Niveau ihrer späteren Schul- und Hochschulabschlüsse korrelierte.⁴³ Da kann man jetzt das „System“ verändern wollen und Ungerechtigkeit beklagen, ebenso wie Lahm und Shakiras Kinder „Benachteiligung“ beklagen könnten, aber letztendlich hat das für den einsichtigen Beobachter eher komödiantischen Charakter.

Über eine Verlängerung der Grundschule auf sechs Jahre oder andere kleinere Änderungen kann diskutiert werden. Entscheidend aber sind größere, grundlegendere Eingriffe. Die im vorigen Kapitel dargelegte Bevölkerungspolitik ist die Voraussetzung für bessere Anlagen. Die oben ausgeführte Verkleinerung des Anteils eines Jahrgangs, der das Gymnasium besucht, wertet Schulsystem und Abschlüsse auf. Komplettiert werden muss der Maßnahmenkatalog durch wirtschaftlich-strukturelle und kulturelle Programme, die noch zu besprechen sind.

Zunächst ist der sinkenden Abiturientenzahl Rechnung zu tragen. Hier muss klargestellt werden, dass diese sinkende Zahl natürlich keine sinkende Qualität der Schulabgänger bedeutet, ebenso wenig wie der Anstieg der Gymnasiasten einen Qualitätsanstieg mit sich brachte, wie oben bewiesen wurde. Sowohl Abitur als auch Haupt- und Realschulabschlüsse sind nun wieder aufgewertet. Mit einem Hauptschulabschluss kann man sich wieder auf Ausbildungsstellen bewerben, weil den Ausbildern die Hauptschule nicht mehr nur als Synonym für bildungsferne Intensivtäter gilt, sondern wieder eine gesellschaftliche Normalität darstellt. Damit muss man sich aber von der Illusion verabschieden, eine Nation aus Akademikern aufbauen können. Die freien Stellen für Fachkräfte, die es gegenwärtig gibt, sind ja nicht unbesetzt, weil es *zu wenig* Abiturienten gibt, sondern weil die Schulabgänger trotz Abitur unzureichende Fähigkeiten aufweisen. Durch die Erhöhung der Anforderungen an das Abitur wird sichergestellt, dass diejenigen, die es von nun an schaffen, auch wirklich fähig sind. Momentan besuchen derart viele zu schwach Begabte das Gymnasium, dass auf dem ohnehin schon niedrigen Niveau gute Noten oft als „uncool“ gelten. Es ist anzunehmen, dass eine Halbierung der dortigen Schülerzahl Atmosphäre und Leistungen der Verbliebenen verbessert. Gleichzeitig müssen genügend Ausbildungsberufe zur Verfügung stehen, um der sinkenden Zahl von Studierenden gerecht zu werden. Die Strukturmaßnahmen, die dafür im Wirtschaftssystem notwendig sind, werden in Kapitel 5 genauer erläutert.

Bonus seitens der Lehrkräfte gegeben wird, die auf fortschreitende sprachliche und soziale Integration dieser Schülerinnen und Schüler setzen.“ (zit. nach Lehmann/ Peek 1997 (Fn. 41)), Kapitel 5.

⁴³ McCall 1977, zit. nach Volkmar Weiss 2000: Die IQ-Falle, S. 54

Eine sinkende Anzahl Abiturienten und Studenten hat zudem einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die demographische Entwicklung. Wenn statt 35% nur noch vielleicht 15% einer Gesellschaft ihre fruchtbarsten Lebensjahre auf der Universität verbringen, dann ist zumindest die Voraussetzung dafür gegeben, dass etwas mehr Menschen in ihren Zwanzigern Babys statt ihren Durst auf Studentenwohnheimpartys stillen. Dass der Uni-Besuch bis weit über die 30 hinaus, von einigen Studiengangwechseln und Auslandspraktika begleitet, die Phase der „Jugend“ bis in immer wahnwitzigere Altersregionen langziehend, dysfunktional für eine Gesellschaft sein kann, zeigen am deutlichsten die Geburtenrate der Akademikerinnen, deren Nachkommen nicht einmal mehr die Hälfte der Zahl ihrer Eltern ausmachen.

Bereits angesprochen wurde der negative Effekt bestimmten Freizeitverhaltens, etwa exzessiven Medienkonsums, auf die Intelligenz. Hier gilt grundsätzlich die Devise: Wer sich aus freien Stücken dazu entscheidet, grundlos vor dem Fernseher oder der Spielekonsole zu degenerieren, den kann man nicht durch irgendeine höchstrichterliche Entscheidung davon abhalten. Genausowenig wie der Staat jemandem verbieten kann, sich zwei Wochen lang mit zehn Schnapsflaschen und drei Stangen Zigaretten in seiner Speisekammer einzuschließen. Aber es gibt einen Unterschied zwischen den aufgeführten Beispielen: Während der Staat Tabak und Alkohol als Genussmittel deklariert hat, deren potenziell schädliche Folgen der Konsument mit einer Steuer aufzuwiegen hat, wird das dezidiert gehirnfeindliche Dahinvegetieren vor ellenlangen Werbeblocks mit gelegentlichen Unterbrechungen durch Dummschows oder Gewaltorgien bislang nicht derart sanktioniert. Die entsprechende Maßnahme, dies nachzuholen, wäre es, eine „Verblödungssteuer“ auf bestimmte Produkte einzuführen – dies ist selbstverständlich nur der Arbeitstitel, der zuständigen Behörde wird schon etwas Wohlklingenderes einfallen, etwa: „Steuer für kognitionsbeungünstigende Medienprodukte“ (SteukoM). Dies würde sich so darstellen, dass – etwa in je nach „Schwere“ des Falles abgestufter Art und Weise – der Produzent eines Produktes, etwa einer TV-Sendung, eines Computerspiels oder einer Musik-CD, das nach Ansicht eines Fachgremiums die Gehirnleistungen des Endverbrauchers signifikant abzuschwächen droht, eine Extrasteuer auf die dadurch erzielten Einnahmen zahlt. Dadurch kann der Konsument wie im Pendant der Alkoholika weiterhin auch unvernünftig handeln. Aber der Hersteller erhält womöglich einen Anreiz, das Niveau seiner Produktionen gewinnbringend anzuheben. In jedem Falle erhält der Staat Geld, welches er z.B. für die Förderung von Hochbegabten oder die Ausstattung von Bibliotheken ausgeben kann.

Es ist natürlich leichter, eine Spirituose zu definieren, indem man ihren Alkoholgehalt misst, als eine verblörende TV-Sendung von einer nicht-verblörenden zu unterscheiden, da sich der Verblödungscharakter nicht irgendwie objektiv nachvollziehbar metrisch messen lässt. Das kann aber natürlich kein Gegenargument sein. Die Feindseligkeit zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ kann auch nicht auf irgendeiner digitalen Anzeige abgelesen werden, und trotzdem will niemand den Verfassungsschutz mangels tragbarem Extremismussmesser abschaffen. Es ist hier wie dort eine schwierige Einschätzungssache. Aber es gibt natürlich Indikatoren, an denen man sich orientieren kann. So wie tendenziell alles, was auffällig häufig Begriffe wie „Volk“, „deutsch“ oder „Nation“ beinhaltet, als verdächtig „rechtsextremistisch“ gilt (es sei denn es handelt sich dabei um das Grundgesetz), so kann etwa bei einer Involvierung einer Figur wie Dirk Bach mit großer Sicherheit auf einen SteukoM-Fall geschlossen werden.

3. Eigenverantwortlichkeit zurückbringen

Eine der drängendsten Angelegenheiten der heutigen Sozialstaaten ist das Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und staatlicher Intervention.

Die klassische Auseinandersetzung dabei war ursprünglich diejenige, dass die Bürger individuelle Freiheiten für sich einforderten, während die Regierenden sie gerne weiterhin bevormunden wollten. Soweit zur Normalität, möchte man meinen, scheint dies doch in der Natur der Beteiligten zu liegen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Auseinandersetzung groteskerweise in ihr völliges Gegenteil verkehrt: Weder will das Individuum Selbstverantwortung übernehmen, noch wollen oder können es ihm der Staat oder andere Institutionen wirkungsvoll abnehmen. Wird ein verhungertes Kind gefunden, schreien die Bürger nach dem Staat und verlangen eine Ausweitung der in ihre persönliche Freiheit eingreifenden Kompetenzen etwa des Jugendamtes, was der Staat wiederum, meist aus finanziellen Gründen, nicht leisten kann. Der Streit entzündet sich also nicht mehr daran, dass beide Seiten eine bestimmte Kompetenz für sich beanspruchen, sondern daran, dass beide diese nicht innehaben wollen und dem jeweils anderen zuschieben.

So kommt es, dass ein Berliner Innensenator einen Speiseplan für Arbeitslose und Arme erstellt, und sich daraufhin alle entzürnen, aber nicht etwa ob der Tatsache, dass die Politik sie bevormundet und in ihre individuellen Angelegenheiten eingreift, sondern größtenteils daran, dass dieser Speiseplan nicht abwechslungsreich genug sei oder zeige, dass die staatlichen Aufwendungen noch nicht hoch genug seien.

Glaubt man den gängigen Argumenten amerikanischer Konservativer, so stellt sich das Dilemma recht einfach dar: „Big government“, wie es gerne heißt, sei nie eine Lösung, sondern Teil des Problems. „Government social programs are a security threat because they weaken the ultimate line of defense: the free-born citizen whose responsibilities are not subcontracted to the government.“⁴⁴ Aber dies verkennt die Komplexität des Sachverhaltes, die sich in folgender fataler Spirale ausdrückt:

- (1) Ein gesellschaftliches Phänomen tritt auf, das allgemein als nicht wünschenswert angesehen wird. Beispiele sind etwa: schlechtes deutsch, überbordender Medienkonsum, schlechte Ernährung von Schulkindern.

- (2) Diese Entwicklungen lassen die Bürger nach dem Staate rufen, und um sich nicht Untätigkeit vorwerfen lassen zu müssen⁴⁵, entwerfen Politiker Vorschriften, Richtlinien, Verbote. So werden in Schulen Sprachkurse angeboten, „Killerspiele“ verboten, steuerfinanzierte Kampagnen und Richtlinien für bessere Ernährung entworfen.
- (3) Dadurch aber werden die Individuen erkennbar weiter ihrer Verantwortung entbunden, etwa ihren Kindern die Landessprache beizubringen, auf deren Medienkonsum zu achten oder ihnen eine ausgewogene Ernährung nach bewährten Rezepten zu vermitteln. Sie weichen auf den Feldern ihrer vormaligen alleinigen Souveränität weiter zurück und der Staat muss nachrücken. Nun beginnt dieser Kreislauf von neuem.

Die Spirale ist damit in Gang gesetzt, die im Extremfall in den totalitären Staat mündet, der von der Kindererziehung über die Medien bis hin zu persönlichen Daten und Vorlieben alles einst Private kontrolliert. Hat nun aber Punkt 1 der Spirale eingesetzt, so ist es auch nicht sonderlich hilfreich, einfach „less government“ zu fordern. Innerhalb eines halben Jahres gab es 2008 in London eine zweistellige Zahl an erstochenen Jugendlichen. Ein *laissez-faire* gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen hat, anders als die scheinbar einfachen „less government“-Lösungen weismachen wollen, selbstverständlich keinerlei irgendwie geartete natürliche Immanenz, diese Entwicklungen zum besseren kehren zu lassen. Die Kräfte, die diese Spirale in Gang setzen, haben meist sozio-kulturelle Ursachen. Staatliche Eingriffe, die abmildernd wirken sollen, verschlimmern die Entwicklungen in der Regel aber mindestens genauso wie Nichteingriffe.

Jeder Staat ist mit diesem Dilemma zwangsläufig dann konfrontiert, wenn die gesellschaftlichen Subsysteme wie Religion, Kultur, Familie, Tradition aufhören, die ihnen eigenen Funktionen zu übernehmen. Die zentrale Erkenntnis daraus lautet: Ein Staat kann nur dann nicht „totalitär“ sein, wenn all diejenigen Aufgaben, die in einer Gesellschaft erfüllt werden müssen, und die nicht unter diese „Totalität“ fallen sollen, tatsächlich auch von einer entsprechenden nicht-staatlichen Institution, also Familie, Religion, Nachbarschaft, Vereine, Sittensystem etc., hinreichend erledigt werden. Anderenfalls muss es notwendigerweise zu einer ausufernden Politik kommen, da die Funktionen, die von den zurückweichenden anderen Subsystemen nicht mehr wahrgenommen werden, nicht in einem Vakuum zurückgelassen werden können. Politik aber ist ihrem Wesen nach autoritäre Entscheidungs-

⁴⁴ Mark Steyn 2006: *America Alone*. Washington, D.C.: Regnery Publishing, S. 51

⁴⁵ Sonderbarerweise scheint dies bei den großen Problemen der Zeit kein handlungsleitendes Kriterium für die Politik zu sein. Offenbar kennt sie dort bereits aus Erfahrung den zurückhaltenden Zusammenhang zwischen Untätigkeit und Abstrafung bei den folgenden Wahlen, was in den kurzfristigen Angelegenheiten weniger der Fall zu sein scheint.

findung, und damit werden unweigerlich Aufgaben, Befugnisse und auch Pflichten vom Individuum und seiner sozialen Umgebung zu „denen da oben“, dem unpersönlichen Staat transferiert. Die „Kolonisierung der Lebenswelten“, die Habermas anprangerte, entspringt größtenteils nicht etwa einer staatlichen Willkür und Machtgier, wie man annehmen könnte, sondern passiert heutzutage eigentlich eher wider Willen, notgedrungen, weil die Institutionen, die vormalig die „Lebenswelten“ konstituierten, zurückweichen.⁴⁶ Diese Notgedrungenheit wird in der Hilflosigkeit und letztlich auch Wirkungslosigkeit deutlich, mit der der Staat mit den neuerworbenen „Privilegien“ umgeht.

Wenn die Familie aufhört, Kindern das Sprechen und grundlegende Konventionen im Umgang miteinander beizubringen, oder Familien verlernen, für sich selbst sorgen zu können, sich gesund zu ernähren und grundlegende Dinge des Alltags zu meistern, dann sieht der Staat sich gezwungen, einzugreifen. Hiermit ist die Spirale in Gang gesetzt, die prinzipiell keine natürlichen Grenzen hat. Womöglich wird es irgendwann zur Pflicht, die Neugeborenen aus der Entbindungsstation in ein „Qualification Centre“ abzugeben, wo ein „Kompetenz-Team“ aus Erziehern, Sozialarbeitern, Psychologen und Personalmanagern sie rund um die Uhr betreut, ihnen sprechen, lesen, schreiben, kochen, waschen, in einem Wort: leben beibringt, und sie irgendwann nach dem Studium⁴⁷, also etwa mit 32, in die Freiheit (d.h. betreutes Wohnen und Jobcenter) entlässt.

Ein kritisch-hinterfragendes Staatsbürgertum, die Politik evaluierend, Daten- und Umweltschutz einfordernd, erfinderische Tätigkeiten oder kulturelle Meisterstücke leistend, wird es unter diesen Menschen nicht geben. Schon deshalb müsste selbst die linksliberale Intelligenz ein Interesse daran haben, es nicht so weit kommen zu lassen.

Aber auch wenn die Zustände freilich noch nicht derart überspitzt sind, so ist klar, dass der angedeutete Prozess ab einem gewissen Punkt nahezu irreversibel wird, denn einer, den man heute im Porsche chauffiert, da er gestern das Fahren verlernte, wird morgen unwahrscheinlich Fahrrad fahren. Weder wollen noch können. Und angesichts steigender Spritpreise und einer immer kleiner werdenden Anzahl Chauffeure, von denen zudem immer mehr frustriert auswandern, wird schnell deutlich, dass es sich bei dieser Spirale um eine existenzielle Frage handelt.

Die heillose Lage des Staates ist es, eigentlich eingreifen zu müssen, aber durch reine Hilfe in der Regel alles zu verschlimmern. Lösung bringen allein Impulse, die freiwillig und auf Einsicht in die Notwendigkeit beruhend von den Individuen ausgehen. Diese zu fördern,

⁴⁶ Auslösend für dieses Zurückweichen könnten unter Umständen auch diejenigen gewesen sein, die mit Verweis auf den „Muff von tausend Jahren“ gegen viele dieser Institutionen ankämpften, wobei sie der Intention nach doch gerade *gegen* einen totalitären Staat waren. Aber diese Logik würden Habermas und Co. natürlich weit von sich weisen.

⁴⁷ der Sozialpädagogik

ohne dabei den Einzelnen die Eigenverantwortlichkeit zu entziehen, ist das Kunststück, das im Folgenden beispielhaft erörtert wird.

Deutschunterricht für in Deutschland geborene Kinder mit deutschem Pass aus Einwandererfamilien ist ein anschauliches Beispiel. Dass der Staat Schulkindern das Sprechen der Landessprache beibringt, weil die Eltern es nicht hinbekommen, wäre wohl von einem den Sozialstaat persiflierenden Satiriker in den sechziger oder siebziger Jahren als zu übertrieben grotesk zurückgewiesen worden, wenn man es ihm als Sujet für sein Programm vorgeschlagen hätte. Aber dieser Tage ist es Realität, und wenn es nach dem oben exemplarisch zitierten Kenan Kolat geht, soll es gar noch ausgeweitet werden. Den Eltern die Eigenverantwortlichkeit für eine ihrer grundlegendsten Rechte – bzw. Pflichten aus gesellschaftlicher Sicht – zurückzugeben, ist in diesem Falle recht einfach: Sprachkurse für Schul Kinder werden sofort abgeschafft mit der schlichten Erklärung, das könne wohl nicht Aufgabe des Staates sein. Die Reifeuntersuchung, die jedes Vorschulkind auf seine Schulfähigkeit anhand physischer Gesichtspunkte testet, wird um eine Sprachprüfung ergänzt, da dies ebenfalls für die Schulfähigkeit Voraussetzung ist. Ist ein Kind nach Einschätzung des prüfenden Experten nicht fähig, auf einem hinreichenden Niveau an der Verständigung im Unterricht zu partizipieren, wird es in den Kindergarten zurückgeschickt und vorerst für ein Jahr zurückgestellt, wie es ebenfalls passiert, wenn das Kind für z.B. motorisch unterentwickelt gehalten wird. Die Kindergeldzahlungen für dieses Kind werden eingestellt, mit dem Argument, der deutsche Staat zahle nicht für Bürger, die ihm im Gegenzug einen derart geringen Respekt entgegenbringen, dass sie ihren Kindern nicht einmal die Landessprache beibringen. Wie sie das tun, sei nicht sein Problem, es übersteige seine Kompetenz und auch Befugnis, hier regulierend in derart grundlegende elterliche Rechte und Pflichten einzugreifen. Falls das Kind eine doppelte Staatsbürgerschaft hat, wie seit 2000 üblich, wird ihm die deutsche bis auf weiteres entzogen, was argumentativ zu rechtfertigen auch problemlos ist, denn wie immer man die Eigenschaft einer Person, „deutsch“ zu sein, definiert, so ist wohl die deutsche Sprache als absolutes Minimum „Common Sense“, und jemand, der nicht deutsch spricht, muss dann auch nicht de jure „deutsch“ sein. Zudem wird der aufenthaltsrechtliche Status der Familie überprüft.

Es ist abzusehen, dass ab dem Tag des Inkrafttretens dieser Maßnahmen ganz plötzlich so gut wie alle Vorschulkinder fabelhaft deutsch sprechen und die drakonischen Strafen überhaupt nicht zur Anwendung kommen.

Dieses Prinzip verspricht den Ausweg aus der fatalen Spirale: Der Staat greift ein, aber nur insofern, als er durch Anreize und Abschreckung, positive und negative Sanktionen die Eigenverantwortlichkeit der Bürger fördert. Er gibt die Befugnisse und Pflichten an die

Staatsbürger zurück, weicht aber danach nicht zurück und übt sich im Laisser-faire, sondern belohnt in Anspruch genommene und bestraft ungenutzte Eigenverantwortlichkeit.

Einer der dringlichsten Fälle ist sicherlich der Komplex Beschäftigung. Ob Arbeitslosigkeit selbst verschuldet ist oder strukturelle Ursachen hat, ist längst keine empirische, sondern eine ideologische Frage geworden. Fest steht, dass Sockelarbeitslosigkeit und bestimmte Umstände dazu führen, dass kurzfristig keine Vollbeschäftigung möglich ist. Damit steht auch fest, dass ein großer Teil der Arbeitslosen daher nicht für seine Arbeitslosigkeit bestraft werden darf, da sie in vielen Fällen alternativlos ist. Auf der anderen Seite gibt es sicherlich auch eine signifikant große Minderheit, deren Passivität und Einstellung zumindest einen partiellen Erklärungswert für ihre Situation haben.

Amerikaner pflegen im Smalltalk zu fragen: „What do you do for a living?“ Im Deutschen ist es eher unüblich, die Frage nach dem Beruf eines Gesprächspartners derart zu formulieren. Dieser Satz nämlich impliziert, dass das, was das Gegenüber tut, primär der Finanzierung seines Lebensunterhalts dient. Bei uns liegen die Prioritäten meist ganz woanders. Da geht es um Selbstverwirklichung, um Spaß oder Prestige. „Spargel stechen“ oder „Koffer tragen“ will keiner gern auf die Frage nach seinem Beruf antworten. Vermutlich auch in Amerika nicht. Aber Spargel stechen, „um sein Leben zu finanzieren“, ist als Antwort wahrscheinlicher als Spargel stechen als *Beruf*, als Berufung, Bestimmung, Selbstverwirklichung also. Dieser Mentalitätsunterschied trägt vermutlich mehr als die verschiedenen hohen Besteuerungen dazu bei, dass es in den USA sehr viele Dienstleistungstätigkeiten gibt, die hierzulande wohl kaum jemand durchführen würde. Dass durch Arbeit primär das eigene Leben finanziert werden soll, ist bei vielen Menschen in Deutschland offenbar in den Hintergrund gerückt. Die Existenz sichern? Das macht doch der Staat! Folgerichtig entstehen Diskussionen darüber, ob man Mindestlöhne derart anheben müsse, dass sie sich signifikant davon unterscheiden, was der jeweilige Arbeitnehmer erhalten würde, wenn er anstatt zu arbeiten Sozialhilfe bezöge. Mindestlöhne können zwar zuweilen angebracht sein, aber *diese* Funktion haben sie garantiert *nicht*. Das Leben auf Kosten der Allgemeinheit als prinzipielle Opportunität heranzuziehen, führt Sinn und Zweck des Sozialstaats restlos ad absurdum. Der Sozialstaat soll Menschen auffangen, die aufgrund verschiedenster Umstände nicht mehr für sich selbst sorgen *können*, er soll keine Einkunftsmöglichkeit für prinzipiell jeden in der Gesellschaft sein, zugunsten derer er jederzeit auf Arbeit verzichten kann, wenn ihm der finanzielle Mehrertrag letzterer im Verhältnis zum viel größeren Aufwand nicht lohnend erscheint. Im liberalen Staat gilt: Der Mensch ist primär für sich selbst verantwortlich, das ist sein gutes Recht und seine Freiheit, und nur wenn er dies nicht kann, springt der Staat ein, wenn möglich lediglich vorübergehend. Dieser Grundsatz spiegelt sich in der oben angeführten amerikanischen Redewendung wider: Was tust Du, um leben zu können?

Schlussendlich muss endlich Konsistenz geschaffen werden: Wenn wir einen liberalen Staat haben wollen, wo die Rechte des Einzelnen an aller erster Stelle stehen, seine staatsbürgerlichen Pflichten für die Gemeinschaft bis auf die praktisch ohnehin schon bis zur Unkenntlichkeit aufgeweichte Wehrpflicht gleich null sind, dann müssen wir auch Eigenverantwortlichkeit von diesen Menschen verlangen. Alles andere wäre sinnlos. Ein Staat, der dem Individuum keinerlei gemeinschaftsbezogene Pflichten auferlegt, es ganz sich „selbst verwirklichen“ lässt, der kann nicht in kollektivistischer Façon ausufernd eingreifen sollen, wenn ein Großteil dieser Selbstverwirklichungen schief läuft. Das unterminiert nämlich wieder die für heilig erklärten Rechte derjenigen Individuen, die sich mittels immer höherer Abgabenlast in Zwangssolidarität üben müssen, ob sie wollen oder nicht. Wer a priori gesetzte Kollektivnormen wie eine verbindlich festgelegte Sprache oder andere kulturelle Elemente als obrigkeitsstaatlich ablehnt, der darf dann nicht nach dem Obrigkeitsstaat rufen, der das dann entstandene Kulturchaos a posteriori mit riesigen Mengen Steuergeldern zu mildern versuchen soll.

4. Entfremdung und Gruppenhass vorbeugen

Die Mehrheit der Deutschen meint, es gäbe „Probleme zwischen Deutschen und Türken“.⁴⁸ Umgekehrt fühlen sich fast 60% der Türken in Deutschland „unerwünscht“.⁴⁹ Und laut bundesweiter Schülerbefragung des Bundesinnenministeriums stimmen zwei Drittel der deutschen Schüler der Aussage zu, in Deutschland gebe es „zu viele Ausländer“, ein Drittel sogar „voll und ganz“.⁵⁰ Dies deutet eine Steigerung an, denn bei den Erwachsenen sind es „nur“ etwa 40%, die meinen, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“.⁵¹

Dies sind keine spezifisch deutschen Zustände:

„Vierzig Prozent der Moslems des Landes wünschen die Einführung der Scharia in gewissen Landesteilen. 32 Prozent sind der Meinung, Moslems sollten sich für die Beseitigung der ‚dekadenten und amoralischen‘ westlichen Zivilisation engagieren. 20 Prozent hegen Verständnis für die Motive der U-Bahn-Attentäter vom 7. Juli 2005. Gleichzeitig glauben magere siebzehn Prozent der Nicht-Muslime, dass Moslems und Nicht-Moslems auf Dauer friedlich zusammen leben können. Und ein Viertel der Wähler kann sich vorstellen, für eine rechtsradikale Partei zu stimmen: Willkommen in Großbritannien und seiner, so das British Council, ‚richly diverse, open-minded, multi-cultural society‘.“⁵²

Es scheint ein Problem in den westlichen Industrieländern zu geben, aber welches? Glaubt man den üblichen Parolen, so handelt es sich hier um die „Scherben einer verfehlten Integrationspolitik“. Und da die „Integration“ in der Vergangenheit „verfehlt“ war, ist klar, was in Zukunft die Lösung bringen kann: „Mehr Integration“. Mit „Integration“ meinen diese Forderungen freilich *nicht* „Wiederherstellung eines Ganzen“, [...] Angleichung an Wertstrukturen und Verhaltensmuster [...] zwischen verschiedenen Gruppen, Schichten, Klassen, Rassen einer Gesellschaft“.⁵³ Denn dies würde ja bedeuten, dass sich ebendiese „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“ von Einwanderern und Einheimischen „angleichen“

⁴⁸ vgl. Forsa-Umfrage in: Stern, 20. Februar 2008: www.stern.de/politik/deutschland/forsa/611665.html

⁴⁹ nach Jörg Säuberlich 2008: Mehrzahl der Türken fühlt sich in Deutschland unerwünscht, in: Spiegel, 12. März 2008: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,541136,00.html

⁵⁰ vgl. z.B. Tagesspiegel, 17. April 2008:

www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit;art2647,2514738

⁵¹ Oliver Decker/Elmar Brähler 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

⁵² Ernst Hillebrand 2006: Dicke Luft in Londonistan. London: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 1.

müssten, und das würde dem Konzept der „richly diverse“, „multicultural society“ diametral entgegenstehen. Wer heute „Integration“ meint, meint im Wesentlichen: Segregation. Er meint nicht „Angleichung der Wertstrukturen und Verhaltensmuster“ aller Beteiligten, um eine stabile, „integrierte“ Gesellschaft zu schaffen, sondern er meint Anerkennung des Fremden als fremd im Namen von „Diversität“ und „Multikulturalität“. Das Einzige, das sich „angleichen“ soll, sind in der Regel Einkommen und Bildung. Dies spiegelt wider, worin sich von Sozialisten bis Neoliberale alle einig zu sein scheinen: Was zählt, ist das Geld. Obgleich sich Linkspartei und FDP wohl als krasse Antipole betrachten, so haben sie doch allen Anscheins nach im Kern dieselbe Weltsicht, mit dem Unterschied, dass die einen mehr umverteilen wollen und die anderen weniger. Die „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“ finden dabei in der Regel keine Beachtung. Gelungene Integration würde nach vorherrschender Sichtweise bedeuten: Deutsche und Migranten verdienen im Schnitt gleich und hätten prozentual ebenso viele Abiturienten. Würden, wenn dies erreicht wäre, plötzlich nicht mehr zwei Drittel der deutschen Schüler „zu viele Ausländer“ beklagen? Würden sich nicht mehr drei Fünftel der Türken hier unerwünscht fühlen?

Erkennbar hat hier die eindimensionale Konzeptualisierung von „gelungener Integration“ mit „Egalisierung des Anteils am gesellschaftlichen Konsum“ Erklärungsschwächen. Es scheint vielmehr eine kulturelle Entfremdung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vorzuliegen, die darin wurzelt, dass „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“ zu stark divergieren, und die nicht mit materiellen Verteilungsprozessen gemindert werden kann. Dies ist keine einseitige Angelegenheit, denn nicht nur die Autochthonen fühlen sich „überfremdet“, sondern auch die Allochthonen empfinden durch diese Divergenz ein Unbehagen in der neuen Heimat. Diesem Umstand wird in keinster Weise Rechnung getragen. Stattdessen fordert etwa Raimund Nowak, niedersächsischer Grünen-Chef, eine „Migrantenquote“.⁵⁴ Die Kölner Stadtverwaltung vergibt an „Bewerber, die schlechter Deutsch sprechen“, „Bonuspunkte“, um „den Anteil der städtischen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund [zu] erhöhen“.⁵⁵ Hier wird also entgegen aller „Gleichheits“-Rhetorik am Migranten zuallererst der Migrationshintergrund gesehen, ob dieser will oder nicht. Hier deuten sich immer absurdere Szenarien an. Wird Grünen-Chef Nowak jemanden mit ausländischer Mutter, der aber z.B. „Jürgen Schmidt“ heißt, als „Migranten“ anerkennen, oder ist sein Name dafür zu unglaubwürdig? Könnte er das evtl. durch einen ausländischen Akzent wettmachen? Oder genügt ein „Nachweis über ausländische Herkunft“ in Form der Geburtsurkunde der Mutter? Würden auch seine Kinder noch in den Genuss der Quotenbevorzugung kommen, wie viele

⁵³ Karl-Heinz Hillmann 1994⁴: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S.377.

⁵⁴ vgl. taz, 18. Mai 2007: www.taz.de/digitaz/2007/05/18/a0029.1/textdruck

⁵⁵ zit. nach Chris Merting 2008: Wer schlecht Deutsch kann, bekommt einen Bonus, in: Express, Köln.

Generationen darf laut Nachweis denn der letzte Migrant in der Familie her sein?⁵⁶ Am Besten nennt er seine Kinder Juan oder Ahmat, um möglichen Zweifeln vorzubeugen. In ihrer Bestrebung, „Integration“ zu fördern, begünstigen diese Maßnahmen das möglichst Unangepasste, möglichst Fremde, möglichst Nicht-deutsche.⁵⁷ Das wird von entsprechender Seite natürlich gerne aufgegriffen:

„Die Türkische Gemeinde in Deutschland hat eine Neuausrichtung der Integrationspolitik verlangt. Dazu sei bei Einstellungen im öffentlichen Dienst eine Migrantenquote von zehn Prozent, Türkisch-Unterricht an Schulen und ein neues Schulfach „Interkulturelles Leben“ nötig, heißt es in einem Fünf-Punkte-Papier. [...] Dazu gehöre auch, dass eingebürgerte Türken ihre türkische Staatsangehörigkeit behalten dürften.“⁵⁸

Dies ist ein schlüssiges Konzept, denn wenn die neuen deutschen Staatsbürger ihren türkischen Pass nicht behalten dürften, müssten sie sich womöglich für die Bewerbung auf der Polizeischule extra eine Art „Migrariernachweis“ ausstellen lassen, um ihre Eignung für die Quote nachzuweisen.

Jedenfalls scheinen diese Konzepte mitnichten auf „Integration“ im Sinne der oben angesprochenen Angleichung abzielen, sondern auf das Gegenteil, auf Abgrenzung, Betonung der Unterschiede in der Herkunft, obwohl diese doch scheinbar keine Rolle spielen dürfen. Dies ist nicht nur ein Problem verschiedener Begriffsdefinitionen. Die Zahlen, die eingangs zitiert wurden, legen nahe, dass es in diesem Land wie auch anderswo eine zunehmend feindselige Atmosphäre zwischen Gruppen verschiedener ethnischer und religiöser Herkunft gibt. Wozu dies führen kann, um dies zu zeigen müssen nicht Ruanda, Sudan oder der Kongo herangezogen werden. Die Massaker im ehemaligen Jugoslawien im Europa der 1990er Jahre zeigen, wozu Vielvölkerstaaten tendieren *können*, gleichwohl nicht müssen. Auch in Westeuropa, etwa in Belgien oder Spanien, von Nordirland ganz zu schweigen, können Feindseligkeiten, obgleich zwischen ethnisch und kulturell sehr nahe-stehenden Gruppen, begleitet von segregationistischen Bestrebungen beobachtet werden. Die Ausschreitungen in den Vorstädten Frankreichs, Dänemarks und den Niederlanden kündigen an, wozu es bei zusätzlichen Pluralisierungsprozessen kommen kann. Selbst die

⁵⁶ Bei der Generationenzahl u.a. könnte man sich vielleicht daran orientieren, wie dies bei den früheren Pendanten zu den heutigen Nachweisen über die rassische Herkunft geregelt war.

⁵⁷ Vgl. den bezeichnenden Titel eines „deutsch-türkischen Hörspielwettbewerbs“ des öffentlich-rechtlichen Senders WDR: „Sind sie zu fremd, bist du zu deutsch“(!). Dem interessierten Leser muss leider mitgeteilt werden, dass der Einsendeschluss schon am 29. Februar 2008 war. Es hätte für die Teilnahme lediglich eines Nachweises über einen „türkischen Einwanderungshintergrund“ bedurft.

⁵⁸ Frankfurter Rundschau, 29. Februar 2008: Türkische Gemeinde fordert neue Politik: www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1296423

vermeintlichen Vorzeige-„Multikulti“-Gesellschaften der USA oder Australiens erscheinen in einem anderen Licht, wenn man sich bewusst macht, dass dort bis in die 1960er Jahre eine rassenorientierte Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik betrieben wurde. Bei rechtlicher und faktischer kultureller Dominanz eines „White America“ lässt sich natürlich leicht über die eigene liberale Weltoffenheit sinnieren. Seit wenigen Jahrzehnten ist die Rassentrennung aufgehoben, aber das interkulturelle bzw. interethnische Konfliktpotenzial noch lange nicht aus dem Wege geräumt, insbesondere angesichts der demographische Entwicklung der kommenden Jahre, durch die die Weißen bis Mitte des Jahrhunderts zur Minderheit werden und große lateinamerikanische und asiatische Blöcke entstehen. Auch am Ende 2008 gewählten, neuen US-Präsidenten Obama wird oft zuallererst die Hautfarbe hervorgehoben, um dann zu betonen, dass seine Wahl ein Indiz dafür darstellen könnte, dass Hautfarben keine Rolle mehr spielten.⁵⁹

Dies sind zunächst die nüchternen Beobachtungen, anhand von welchen man konstatieren muss, dass Pluralisierungen von Gesellschaften mit Bedrohungen für die Stabilität korrelieren können. Um hier Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge aufdecken zu können, muss man sich der Funktion menschlicher Kultur bewusst werden. Kultur, als die oben genannten „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“ verstanden, stellt Gemeinsamkeiten für die Menschen einer Gesellschaft dar. Es geht also nicht um die individuellen Wertepreferenzen oder Verhaltensvorlieben der Mitglieder, sondern um die *kollektiv bindenden* Elemente wie Sprache, Normen, Sitten, Konventionen etc. Soziale Interaktionsprozesse sind durch sie geregelt, indem die Teilnehmer durch gleiche Sprache, Mentalität, Werte usw. das Handeln des anderen antizipieren können, Kommunikation ermöglicht wird und letztlich diese Interaktionsprozesse dadurch gelingen. Zwei Menschen, die sich auf der Straße begegnen, tun dies nicht in völliger Unsicherheit über den anderen wie die Indianer und der an Land gehende Kolumbus. Stattdessen weiß der eine, dass, wenn er den anderen nach der Uhrzeit fragt, dieser ihn versteht, seine Intention erkennt, den gleichen Konventionen der Zeitrechnung folgt, und ihm in erwartbarer Weise antwortet. Dies verringert die sogenannten Transaktionskosten jeder Interaktion.⁶⁰ Da die Rahmenbedingungen, i.e. Sprache, Kenntnisse über Konventionen der jeweiligen Situation u.a., beiden bekannt sind, kann die Interaktion effizienter vonstatten gehen, als wenn dies alles unter Ungewissheit völlig neu ausgehandelt werden müsste.

⁵⁹ Dieser bestechenden Logik folgend argumentierte der Journalist Michel Friedman in der TV-Sendung bei Johannes B. Kerner am 20. November 2008.

⁶⁰ „[...]features of social organization, such as trust, norms, and networks, [...] can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“ (Robert D. Putnam 1993: Making Democracy Work. Princeton/ Ney Jersey: Princeton University Press, S.171).

Der Mensch in der modernen, arbeitsteiligen Massengesellschaft ist ohne diese kollektiv geteilten Rahmenbedingungen völlig lebensunfähig. Er hat notwendigerweise die Freiheit des „Raubtieres“ eingeübt, welches auf dem Hügel stehend das bewaldete, unbewohnte Tal überblickt und mit zusammengekniffenen Augen ein potenzielles Opfer anvisiert.⁶¹ Er ist durch die Sesshaftwerdung in Siedlungen mit ausdifferenzierter Gesellschaftsordnung zu jenem Mängelwesen⁶² geworden, das unweigerlich „Kultur“ als menschengemachte Ordnung, im Gegensatz zur ursprünglichen „Natur“, benötigt. Alle vom Kollektiv geteilte Ordnung, insbesondere eben „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“, tragen dazu bei, dass er sein spezialisiertes Dasein (z.B. als Werbedesigner) führen kann, und trotzdem überlebensfähig ist, da er in ein Institutionengefüge aus Regeln, Normen, Konventionen eingebettet ist (politisches, ökonomisches, kulturelles System usw.⁶³), das sein Überleben ermöglicht. Dies schafft bei ihm *Erwartungssicherheit*. Es schafft zusätzlich ein Gefühl der Vertrautheit, Gewohnheit, Heimat. Denn: Es macht keinen objektiven Unterschied, *welche* Konventionen in einer Gesellschaft vorherrschen. Es ist nur unabdinglich, *dass* bestimmte Konventionen *kollektiv verbindlich* geteilt werden. Ob man zu einem Kopf nun „Kopf“ oder „testa“ oder „head“ sagt, ist lediglich Konvention, ohne dass das eine irgendwie objektiv nachvollziehbar „besser“ wäre als das andere. Es ist lediglich entscheidend, dass diese Konvention von allen in einer Gesellschaft geteilt wird, damit Mensch A weiß, was Mensch B meint, wenn er etwa sagt, er werde ihm den „Kopf“ einschlagen. Wir können unsere Konventionen, Normen etc., sprich: unsere Kultur nicht individuell *erfinden*⁶⁴, sondern sie ist uns exogen vorgegeben, und der Grund dafür liegt in ihrem kollektiv verbindlichen Charakter, ohne den gesellschaftliches Zusammenleben erschwert bis verunmöglicht werden würde.

Dieser grundlegenden Erkenntnis jeder gesellschaftlichen Realität steht das Konzept einer kulturpluralen, oder „multikulturellen“, Gesellschaft gegenüber. Hat man einmal die Funktion von Kultur für menschliches Zusammenleben verinnerlicht, müssen einem diese Konzepte zwangsläufig als realitätsfremde Hirngespinnste vorkommen, höchstens zur Beschreibung

⁶¹ vgl. Oswald Spengler: Der Mensch und die Technik, in: ders.: Aufsätze. Paderborn: Voltmedia.

⁶² Johann Gottfried Herder, Arnold Gehlen, vgl. letzterer 1961: Anthropologische Forschung, Reinbek: Rowohlt.

⁶³ vgl. funktional differenzierte Systeme in den Systemtheorien bei Talcott Parsons, Niklas Luhmann.

⁶⁴ Auch wenn es die Moderne, z.B. durch Art. 2 GG, oftmals suggeriert, und dem Individuum völlige „Selbstentfaltung“ garantieren will, so, als wäre es in ein Vakuum hineingeboren. Dies geht auf liberale Theorien zurück, die einen fiktiven „Naturzustand“ propagieren, in welchem sich Menschen ohne jegliche kulturelle Bindung auf eine gewisse minimale Gesellschaftsordnung per „Vertrag“ einigen. Aus dieser Fiktion, die alle Realitäten des auf kulturelle Bindungen angewiesenen „Mängelwesens“ leugnet, wird die liberale Gesellschaftsordnung normativ hergeleitet (vgl. z.B. die bekannten Ansätze John Rawls' hierzu). Um die empirische Gültigkeit ihrer Kopfgeburten zu testen, sei diesen Theoretikern doch mal empfohlen, eine hundertköpfige Gruppe aus Eskimos, Beduinen, kongolesischen Pygmäen, rumänischen Sinti, Hopi-Indianer, New Yorker Großstädter und dem Findelkind Kaspar Hauser auf einer karibischen Insel auszusetzen und abzuwarten, welcher „Gesellschaftsvertrag“ sich daraus ergibt. Meistens wird bei diesen liberalen Theorien unbewusst eine gewisse kulturelle Homogenität vorausgesetzt, indem man z.B. die angelsächsischen „Founding Fathers“ der USA vor Augen hat, die eine liberale Verfassung entwerfen, wobei die weitgehende ethnische, religiöse, sprachliche, sittliche usw. Homogenität dieser Gruppen einfach unter den Tisch gekehrt wird und so getan wird, als sei dieses Ergebnis auf

eines mangelhaften Ist-Zustandes einer Gesellschaft tauglich, nie und nimmer aber als normativer Ziel-Zustand. Die Vertreter dieses Konzeptes verstehen „Kultur“ dagegen nicht als diese grundlegenden, Erwartungssicherheit, Vertrautheit und letztlich Funktionalität schaffenden Kollektivmerkmale an, sondern sehen darin irgendeine Art Folklore, wo es letztlich völlig beliebig ist, ob diese von allen Einwohnern geteilt wird oder ob es 80 Millionen verschiedene gibt. Da eine Einheitlichkeit ja irgendwie langweilig erscheinen muss, so die Denkweise, müsse jede Pluralisierung prinzipiell eine „Bereicherung“ darstellen. Sinnbildlich dafür ist, dass als beliebteste Beispiele stets Pizza und Döner, Jazz oder „Bollywood“ herhalten müssen.

Nun ist es ein erkennbarer Unterschied, ob in einem Ort fünf verschiedene Nationalgerichte in den Gaststätten angeboten werden, oder ob fünf verschiedene Landessprachen gelten. Alle Merkmale von Kultur, alle „Wertstrukturen und Verhaltensmuster“, lassen sich entsprechend der Wichtigkeit ihrer kollektiven Verbindlichkeit einstufen:

Tabelle 2: Verbindlichkeitsstufen von kollektiven Merkmalen:

Kollektive Verbindlichkeit	Beispiele
1 - sehr niedrig	Essensgewohnheiten, Musik, Kunst
2 - niedrig	Lokale Traditionen, Bräuche
3 - mittel	Kleidung, Mentalität, Sitten
4 - hoch	Religion, ethnische Identität, Sprache
5 - sehr hoch	Verfassung, Gesetze

Die „kollektive Verbindlichkeit“ gibt also an, wie zwingend es ist, dass diese Merkmale in ihrer entsprechenden Ausprägung für eine lokale Gesamtheit an Menschen verbindlich sind, damit diese stabil sein kann. *Wie* diese Ausprägung ist, also ob die vorherrschende Sprache jetzt spanisch oder swahili ist, wird dabei nicht bewertet, nur *dass* es eine solche Ausprägung *allgemeinverbindlich* gibt.

1 – sehr niedrig: Diese Merkmale sind fast völlig beliebig vom Individuum wählbar, ohne dass von deren Unterschiedlichkeit irgendeine Beeinträchtigung ausgeht. Daher werden Versuche, die „multikulturelle Gesellschaft“ als „Bereicherung“ zu verkaufen, auch fast ausschließlich auf dieser Ebene argumentieren: Was soll denn daran bitte schlecht sein, chinesisches Essen und italienische Malerei genießen zu dürfen?

alle beliebigen Menschenansammlungen übertragbar, z.B. auf eine sich rapide schnell pluralisierende „Einwanderungsgesellschaft“.

Nur Heino im Radio und kein Bob Marley, jeden Tag Bratwürste und nie Tapas oder Gyros, das wöllten die Gegner einer multikulturellen Gesellschaft etwa? Hier wird Kultur auf ihre unterste Stufe, die größtmöglichen Beliebigkeiten, reduziert.

Dass diese Merkmale hier aber dennoch nicht *völlig* beliebig sind, sollte noch angemerkt werden. In Pakistan Schweinebraten oder in Indien Kalbsschnitzel zu präferieren könnte zu Engpässen bei der individuellen Nahrungsversorgung führen. Auch bestimmt allein schon rein technisch das begrenzte typische Supermarktangebot die Beliebigkeit, denn, um zwei Klischees (ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes) zu bedienen, wird ein Franzose nicht überall auf der Welt Froschschenkel finden und ein Asiate wird im Regal oft vergeblich nach Katzen suchen. Es kann auch unter Umständen zu sozialen Sanktionen (irritierte Blicke, Ächtung...) kommen, wenn etwa ein Geschäftspartner zum Essen eingeladen wird, und man setzt ihm etwas vor, was seinen Erfahrungsschatz an Gerichten, nun ja – „bereichert“. Es ist also nicht *völlig* egal, welche individuelle Präferenz man auf diesen Gebieten hat, aber der Verbindlichkeitsgrad ist trotzdem sehr gering.

2 – niedrig: Diese Gebiete schaffen, wenn sie von allen geteilt werden, eine gemeinsame Lebenswelt, bspw. der gemeinsame Regentanz, das Tischgebet oder ein Erntedankfest. Sie tragen zur Vertrautheit der Menschen untereinander bei. Aber klar ist, dass in einem und demselben Ort nicht *alle* Einwohner im Frühling Maibäume aufstellen müssen, ohne welches die gesellschaftliche Stabilität gefährdet wäre. Trotzdem könnte es zu Abgrenzungsprozessen kommen, sollten mehrere Traditionen mit identitätsbildendem Charakter gleichzeitig vorherrschen, etwa dass zur selben Zeit auf dem Marktplatz ein Teil der Bewohner das Erntedankfest feiert, während sich der verschiedenartige kulturelle Hintergrund eines anderen Teils der Bewohner darin ausdrückt, dass sie zur gleichen Zeit auf der Festwiese einen Regentanz veranstalten. Dies kann zu „Wir“-Identifikationen in Abgrenzung zu „denen“ führen, weil einem das „andere“ nicht vertraut ist. Es kann dann das Zusammenleben verschiedener Gruppen erschweren, und z.B. zu größerer Homogamie innerhalb der Gruppen führen, allein dadurch, dass unterschiedliche Bräuche für die Hochzeitszeremonie vorherrschen.

3 – mittel: Hier herrscht schon eine gewisse von den Gesellschaftsmitgliedern internalisierte Verbindlichkeit vor. Weicht etwa ein Individuum in seinem Kleidungsstil stark von den allgemeinen Normen ab, so muss er mit sozialen Sanktionen rechnen, die von verdutzten Blicken bis zu einer Ablehnung im Bewerbungsgespräch reichen. Trotzdem ist es natürlich völlig irrsinnig, diese Bereiche juristisch festlegen zu

wollen. Dies ist, beispielsweise was die Mentalität angeht, auch praktisch gar nicht möglich. Messbare Unterschiede in der Mentalität gibt es etwa derart, dass Untersuchungen ergeben haben, dass der durchschnittliche Abstand, den zwei Menschen während eines Gespräches z.B. auf der Straße zueinander unbewusst einhalten, im arabischen Raum ungefähr 30 Zentimeter geringer ist als unter Europäern. Dies ist weder eine bewusste Angelegenheit noch Gegenstand irgendwelcher staatlichen Normierungen. Doch solche und andere Mentalitätsunterschiede können womöglich dazu führen, dass Menschen sich in einer bestimmten sozialen Umgebung vertrauter fühlen als in einer anderen, da z.B. die völlig unbewusste geringere Distanz einer Person als „auf die Pelle rücken“ empfunden werden kann – obwohl dies nicht im geringsten so intendiert ist. Mentalitäten oder Sitten entwickeln sich über die Jahrhunderte und werden selten reflektiert, was oft auch gar nicht möglich ist. Erst im Falle der Pluralisierung dieser Bereiche spürt das einzelne Gesellschaftsmitglied unter Umständen Unterschiede, da ihm gewisse Handlungen fremd vorkommen, obwohl er gar nicht explizit definieren könnte, was denn die entsprechenden „nicht fremden“, also seiner Kultur eigenen Varianten dieser Handlungen sein sollen.

Ein treffendes Beispiel ist der Streit über die Frage, ob Lehrerinnen an deutschen Schulen ein Kopftuch tragen dürften. Die Argumente dagegen sind entweder, ein Kopftuch symbolisiere eine Unterdrückung der Frau, oder aber, religiöse Symbole seien an Schulen nicht erwünscht. Beide Argumente gehen am eigentlichen Grund für die Auseinandersetzung vorbei. Es ist viel simpler: Die Verschleierung entspricht nicht den hiesigen Vorstellungen über angemessene Kleidung und Äußeres. Eine Lehrerin, die mit rot und grün gefärbten Punk-Stachelhaaren und im Bikini im Deutsch-Unterricht erscheint, würde wohl auch Proteste bei Eltern und Kollegen hervorrufen. Dies würde nicht aus dem Grunde geschehen, dass rote und grüne Stachelhaare und Bikini frauenverletzende oder religiöse Orientierungen ausdrückten. Sondern deshalb, da dies bestimmten Ästhetik- und Stilnormen, was die Bekleidung einer Lehrerin in der Schule angeht, widerspricht. Klar ist also, dass sich anhand von Pluralität in diesen Bereichen sehr leicht Fronten bilden und verhärten können, die zu einer Entfremdung zwischen verschiedenen Gruppen oder der Gesellschaft insgesamt führen können, ohne dass die Gründe dafür allen bewusst, oder gar Gegenstand rechtlicher Regelungen sind:

„Etikette ist etwas, das unsere Generation allenfalls vom Marmeladenglas her kennt. Was Manieren, Erscheinungsbild oder Ernährung angeht, liebt die Generation Doof es geschmacksfrei. Korrektes Auftreten? Das zählt für uns ebenso wenig wie

angemessene Kleidung. In puncto Essen sind wir beim Wunschspeiseplan eines Fünfzehnjährigen stehen geblieben. Woran liegt es, dass uns scheinbar grundlegende Eigenschaften abgehen, die man einem normal intelligenten und vernunftbegabten Menschen zuschreiben würde?“⁶⁵

Die Frage, die Stefan Bonner und Anne Weiss hier stellen, ist natürlich völlig daneben. Was haben „Manieren“ oder „angemessene Kleidung“ mit Intelligenz zu tun? Das sind Konventionen, kulturelle Normen der mittleren Verbindlichkeitsstufe. Sie sind selbstverständlich nirgends rechtlich festgelegt, aber wenn sie aufhören, verbindlich zu existieren, macht sich wie bei den beiden genannten Autoren ein Gefühl des Unbehagens breit. Von der Autorität und dem „Muff von tausend Jahren“ (dazu gehören die Bonner und Weiss angemahnten „Etikette“, „korrektes Auftreten“ usw.) befreit, dümpelt die jüngere Generation dahin und wundert sich, wenn sich durch die weggefallenen Gemeinsamkeiten Entfremdung und Fragmentierung in der Gesellschaft breit machen, weil die Funktionen der jeweiligen kulturellen Elemente einfach nicht reflektiert werden.

4 – hoch: Auf der Stufe hoher kollektiver Verbindlichkeit finden sich Identifikationsgegenstände wie Religion oder Nation. Die Einordnung dieser Merkmale in die hochverbindliche Kategorie ergibt sich schon empirisch aus den unzähligen Menschen, die Tag für Tag in Bürgerkriegen, bürgerkriegsähnlichen Zuständen und ethnisch oder religiös motivierten Nachbarschaftsangriffen ihr Leben verlieren, ob der Konfliktherd nun Kashmir, Balkan, Gaza, Irak oder Kenia heißt. Auch aus Regionen, aus denen die Tagespresse für gewöhnlich kaum berichtet, kommen immer wieder Meldungen von Entführungen, Zwangskonversionen, Enthauptungen und anderen Gräueltaten, etwa zwischen Moslems und Christen in Südthailand, auf der indonesischen Insel Sulawesi oder in Ägypten.

Hier könnte nun eingewandt werden, Religion oder Nation seien hier jeweils nur vorgeschoben, und eigentlich ginge es um Klassen- oder Machtkämpfe. Dies mag im Einzelfall, vor allem in Bezug auf bestimmte Führer, zutreffen, kann aber nicht generalisiert werden. Es ist letztlich sogar egal, ob Katholiken und Protestanten sich in Nordirland gegenseitig aufgrund theologischer Differenzen umbrachten, oder ob das immanente oder gar nur sozialpsychologische Faktoren zur Ursache hatte, und die Religion überhaupt keine Rolle spielte.⁶⁶ Fakt ist, dass diese Merkmale

⁶⁵ Stefan Bonner/ Anne Weiss 2008: Generation Doof. Bergisch Gladbach: Lübbe, S.34.

⁶⁶ Bei z.B. islamischen oder tamilischen Selbstmordattentätern kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass Religion oder Kollektivbindung keine Rolle spielten; hier ist der Ansatz, in jegliche Gewaltaktionen materielle Interessen hineinzuzinterpretieren, gänzlich fehl am Platze.

kollektive Identifikationsmuster darstellen und eine Pluralisierung dieser zur Fragmentierung der Gesellschaft führt, gleichwohl ob diese nun tatsächlich theologisch induziert ist oder nicht.

Insbesondere in einer Demokratie ist eine weitgehende Homogenität hier essentiell: Die Bereitschaft, eigene Belange als Teilbelange eines Kollektivs anzusehen, dem man angehört, ist die Voraussetzung dafür, dass Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden, die über die eigenen Umstände mitentscheiden, und auch gegen eigene Bedürfnisse und Einstellungen gerichtet sein könnten. Fehlt diese Kollektividentifikation, und identifizieren sich viele primär mit einer Partikulargruppe, so werden die Entscheidungen der Politik zuweilen nicht akzeptiert und es bilden sich ethnische und kulturelle Fronten. Das führt dazu, dass entweder eine nach ethnischer Zugehörigkeit aufgestellte Quotierung in Regierung und Parlament die Vertretung der Partikulargruppen garantieren soll, wie es in vielen Ländern üblich ist (beispielsweise in Mazedonien oder im Libanon), was zu Frontenverhärtung und bürgerkriegsnahen Spannungen, in jedem Falle aber zu einer gesellschaftlichen Segregation führt, die das demokratische Ideal, dass über die staatsbürgerliche Inklusivität hinaus Herkunft, Rasse, Religion usw. keine Rolle spielen sollen, gänzlich über den Haufen wirft. Oder aber, was noch fataler wäre, diese Gesellschaft kann nur noch von einem obrigkeitsstaatlichen Unterdrückerregime zusammengehalten werden, was etwa aus dem Irak bekannt ist, der in ein unbeschreibliches Chaos zerfiel, nachdem der Diktator gestürzt war, in dem das Leben von Minderheiten wie Kurden und Christen nichts wert ist.

- 5 – sehr hoch: Schließlich gibt es noch die Bereiche mit sehr hoher kollektiver Verbindlichkeit, in denen eine Pluralisierung logisch unmöglich ist. Die Gültigkeit eines Gesetzes fordert die zwingende Nicht-Gültigkeit aller ausgeschlossenen Implikationen. Rechtsverkehr schließt Linksverkehr aus. Recht auf körperliche Unversehrtheit schließt körperliche Strafen wie Handabhacken bei Diebstahl aus. Daraus folgt, dass in einem politischen Raum in einem bestimmten Bereich die Ausprägung einer einzigen kulturellen Vorstellung gilt und alle anderen das Nachsehen haben. Hier gibt es keine Kompromisse, keine „Bereicherungen“. Eine Rechtsordnung mit den Prämissen „Recht auf Leben“ und „Gleichheit sexueller Orientierungen“ kann beispielsweise nicht mit der kulturellen Rechtsnorm „Todesstrafe für Homosexuelle“ bereichert werden.

Eine Gesellschaft mit Pluralität in den niedrigen Verbindlichkeitsbereichen ist kein Problem. Pluralität in den mittleren und hohen Bereich kann zu ernsthaften Stabilitätsproblemen,

Entfremdungen verschiedener Gruppen voneinander bis hin zu offenem Hass führen. Pluralität im sehr hohen Bereich ist unmöglich. Es kann keine Gesellschaft mit unterschiedlichen Straßenverkehrsordnungen, unterschiedlichen höchsten Verfassungswerten usw. auf ein und demselben Territorium geben. Gottesgnadentum und Laizismus, rechts vor links und links vor rechts, die Freiheit der Weltanschauungen und das Verbot der Apostasie, das schließt sich jeweils aus. Eine „multikulturelle Gesellschaft“ in diesen Kulturbereichen ist definitorisch *ausgeschlossen*, und es ist Heuchelei, dies zu leugnen. Ob man diese Bereiche, wie der Politologe Bassam Tibi und später die CDU, eine „Leitkultur“⁶⁷ nennen will, oder anders, ist egal, aber sie existieren, das muss jedem völlig offensichtlich sein. Diese Tatsache verdrängen und so zu tun, als *könnten* prinzipiell beliebig viele Kulturen auf einem und demselben Fleck ohne die geringsten Souveränitätseinbußen der jeweiligen kulturellen Vorstellungen zusammenleben, ist grober Unfug und degradiert „Kultur“ zu dem, was oben unter den niedrigen Stufen zusammengefasst wurde: Folklore, Essen, Regentanz, Weinfest, Musiktheater. Wenn die die Multikultur propagierenden PolitikerInnen ehrlich wären, würden sie zu den Vertretern der kulturellen Minderheiten gehen und sagen: „An Eurer Kultur interessieren uns Eure Vorspeisen und Eure Popmusik, und weil wir so nett sind, dürft ihr auch in irgendwelchen Kulturvereinsheimen ein paar Flaggen und Bilder aufhängen, aber Eure Werte, Eure Sprache, Eure Religion, die *kann* hier juristisch nie gleichberechtigt sein. Aber hey, ihr bereichert uns total, denn wir sind eine multikulturelle Gesellschaft, und wir respektieren Euch immens, wir lieben Eure Kultur⁶⁸, es ist alles so toll hier, kommt, wir machen ein interkulturelles Straßenfest.“

Das dürfte den 40% der Muslime in Großbritannien, die gerne ihr eigenes Rechtssystem statt dem englischen hätten, leider nicht reichen.⁶⁹ Wie man auch immer zu Scharia und deren möglichen Auslegungen stehen mag, es zeigt einfach die Unehrllichkeit der europäischen Eliten im Umgang mit ihren Einwandererkulturen: Man verspricht ihnen zwar eine „multicultural society“, aber z.B. ihr Rechtssystem, grundlegender Bestandteil ihrer Religion aus Sicht vieler Muslime, wird ihnen vorenthalten. „Multikulturell“ heißt in diesem Falle: Die eine Kultur bestimmt, wo es langgeht, und die andere darf sich Bärte wachsen lassen, Falafel

⁶⁷ Eine solche „Leitkultur“ wird bekanntlich von der Mehrheit der Parteien im Bundestag sowie der liberalen Medienöffentlichkeit vehement abgelehnt. Vergegenwärtigt man sich jedoch die Funktion von Kultur und ihre abgestufte Verbindlichkeit, wie hier dargestellt, so muss einleuchten, dass ohne eine Leitkultur oder wie immer man das nennen will keine Gesellschaft existieren kann. Diese Tatsache abstreiten kann nur, wer das kulturelle und soziale Fundament einer Gesellschaft komplett ignoriert. Dabei ist klar, dass selbst die „Menschenrechte“-Doktrin essentiell eine „Leitkultur“ darstellt.

⁶⁸ Grünen-Chefin Claudia Roth, in einem Interview mit einem türkischen TV-Sender gefragt, was sie von der Türkei halte, antwortete, sie liebe die türkische Kultur, und in der darauffolgenden Aufzählung, was sie alles an der türkischen Kultur liebe, tauchten auch Kuriositäten wie „türkische Konflikte“ auf... Wie wir das auch immer verstehen dürfen, jedenfalls scheint sie ein liebevoller Mensch zu sein.

⁶⁹ Auch in Deutschland steht „jede vierte deutsche Moschee unter Islamismusverdacht“ des Verfassungsschutzes, zit. nach Werner Menner 2007: „Wie ein Lauffeuer in Europas Straßen“, in: Münchner Merkur, 02. Mai 2007.

essen und derlei „kulturelles“ Zeug eben. Würde die Scharia dagegen allgemeinverbindlich in England eingeführt werden, würden erkennbarerweise die einheimischen Briten auf diese Weise benachteiligt werden. Würde dagegen, wie es zuweilen gefordert wird, die Scharia eingeführt werden, aber *nur* für die muslimischen Bewohner Englands verbindlich, wären aus einer Gesellschaft zwangsläufig zwei geworden. Es würde dann auf ethnisch-kulturelle Trennung hinauslaufen, wo Schulen, Krankenhäuser, Gerichte, Gefängnisse, Parlamente, Verlage, Standesämter und Sportplätze jeweils mit „Muslims only“ oder „Non-Muslims only“ gekennzeichnet wären. Der rechtlichen würde die räumliche Segregation folgen und Großbritannien wäre wieder „Empire“, wenn auch auf das Gebiet der britischen Inseln beschränkt, wenn sich die muslimischen Gebiete nicht ohnehin von der Krone lossagen würden. Bis dahin müssten wir „längst überwunden“ geglaubte Rassengesetzgebungen reaktivieren, denn ob ein Mann nach britischem oder islamischem Recht verurteilt würde, hinge nun an seiner ethnischen und kulturellen Herkunft, ganz gleich ob es sich etwa um einen pakistanischstämmigen, aber überhaupt nicht religiösen Mann handeln würde. Durch eine „Antidiskriminierungs“-Doktrin wäre man zur vollendeten diskriminierenden Gesellschaft gelangt.

Wer dies ernsthaft als Option in Betracht zieht, dem sei angemerkt, dass dies wohl nicht nur ein mit unseren vielzitierten europäischen Werten völlig im Widerspruch stehender, sondern auch ein höchst instabiler Zustand wäre. Würden sich die Muslime mit der Teilautonomie zufrieden geben? Oder würden die Figuren maßgeblich die Agenda bestimmen, die wie Sheikh Omar Bakri Mohammed oder Abu Hamza al-Masri lieber ganz England unter islamischem Banner sehen würden? Würden sich alle Briten widerstandslos in die, wie es für die Einheimischen erscheinen muss, Reservate treiben lassen? Oder würden die British National Party und andere Gruppierungen die Unterstützung des Volkes erheischen können? Zu erwarten sind wohl Zustände wie im Libanon, im Kashmir oder gar in Gaza.

Stattdessen ist die naheliegendere, wenn auch für viele überzeugte Linksliberale wohl unangenehme Lösung die, von Anfang an das Multi-Kulti-Versprechen erst gar nicht abzugeben. Das Interesse jedes persistenzwilligen Staates *kann nur* eine weitgehende Homogenität der Kultur seiner Bewohner sein, zumindest was die höheren Verbindlichkeitsstufen angeht. Das muss ganz klar definiert sein. Eine wäge Mischung aus versprochener und nicht erfüllter Multikultur ist sowohl für die Einheimischen als auch für die Zugewanderten untragbar. Sie führt zu Zuständen der Unsicherheit und des Vertrauensverlustes bis hin zu Instabilität und Gruppenhass. Dies kann in niemandes Sinne sein.⁷⁰

⁷⁰ Selbst zynische Herrschaftsstrategien à la „divide et impera“ können letztlich nicht im Interesse der Herrschenden liegen, bedroht Instabilität ab einem gewissen Grade doch auch deren Besitz, Position und gar Leben. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Meldung aus Bremen, wo im „linksalternativen Ostertor-

Aber so eine Homogenität lässt sich schlecht herbeiregieren. Die modernen Industrienationen wären auch ohne die massive Zuwanderung kulturpluralistisch. Das kann auch zu Schwierigkeiten führen, auch wenn noch nicht bekannt geworden ist, dass eine Gruppe radikaler Heavy-Metal-Fans (in der Presse dann wohl Heavy-Metallisten genannt) ein Hiphop-Konzert gesprengt hätte. Man hat aber durch die unkontrollierte Zuwanderung neue Dimensionen der Entfremdung zugelassen, die weit tiefgreifender sind. Und hier ist daher die erste, grundlegende Frage zu stellen, der man sich in Deutschland dadurch entzieht, dass man sie nur die Rechtsextremen stellen lässt, nämlich die Frage, wie viele und welche Zuwanderer die Gesellschaft verkraften kann. Vielleicht müsste dazu gesagt werden, dass der Grund, warum nur die Rechtsextremen sie stellen, derjenige ist, dass jeder, der sie stellt, fortan als Rechtsextremer gilt, ob er will oder nicht. Dass die Bundesrepublik „zu viele“ Ausländer beherbergen könnte, ist in allen gängigen Studien zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine Aussage, welche zu bejahen den Interviewten als Rechtsextremist ausweist.⁷¹ Der Witz dabei ist natürlich, dass diese „Messung“ nicht irgendwie aus der Natur ableitbar ist. In den 1980er Jahren war es noch weitestgehend Konsens, dass Zuwanderung beschränkt und die Zahl der hier lebenden Zuwanderer sogar aktiv reduziert wird. Im Wahlkampf zwischen Kohl und Schmidt versprach Kohl, die Zahl der Ausländer in Deutschland zu halbieren, während Schmidt klarstellte: „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze“⁷². Denn: „Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag“.⁷³ Von den Bürgern in Deutschland meinten 1981 79%, in Deutschland lebten „zu viele Ausländer“⁷⁴, und 68% wünschten, die Gastarbeiter sollten „wieder in ihr Land zurückkehren“⁷⁵. Nach heutigen Maßstäben führten also im Jahre 1982 zwei rechtsextreme Kanzlerkandidaten einen Wahlkampf um die Führung eines Volkes, das zu vier Fünftel aus Rechtsextremen bestand. Ein weiterer Rechtsextremer, der SPD-Ausländerbeauftragte Heinz Kühn, nannte einen 10%-igen Anteil an Zuwanderern als die Grenze, bevor ein Volk

Viertel“, in dem „der Ausländeranteil [...] gering, der Anteil an Akademikern und Grünen-Wählern hoch“ ist, Eltern über 14 Jahre eine illegale Schule betrieben (zit. nach Christian Jakob 2007: Illegale Schule – ein Bremer Experiment, in: Tagesspiegel, 18. Oktober 2007: www.tagesspiegel.de/weltspiegel/art1117,2401794).

Über 250 Kinder, deren Eltern „auch Lehrer staatlicher Schulen“ waren, „die ihr Kind lieber in eine illegale Schule schickten“ (ebd.), wurden so wirksam jener Realität entzogen, die die Eltern bei den Wahlen mithalfen, zustande zu bringen. Aber die Ostertor-Viertel bleiben nicht für immer Ostertor-Viertel. Die Zustände, die etwa aus dem Berliner Rollbergviertel jedem bekannt sind, verbreiten sich metastasenartig, und irgendwann hilft auch die Flucht in die „Speckgürtel“ der Großstädte nicht mehr. Symptomatisch ist auch die Aussage Berlins regierenden Bürgermeisters Wowereit, seine Kinder nie auf etwa die Rütli-Schule schicken zu würden. Bekanntlich hat er keine, daher kann er ja weiter fleißig daran basteln, dass diese Zustände die ganze Stadt ergreifen.

⁷¹ vgl. die zu Anfang dieses Kapitels zitierte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und das entsprechende Item der „Überfremdung“, oder die Schülerumfrage mit den „zu vielen“ Ausländern, wobei jeweils die Bejahung als Messung für das Konstrukt Rechtsextremismus fungiert.

⁷² zit. nach der ZEIT vom 05. Februar 1982, im Archiv online nachlesbar: www.zeit.de/1982/06/Die-Politikermuessen-Farbe-bekennen [26.11.2008].

⁷³ Schmidt auf einer Veranstaltung des DGB in Hamburg im November 1981.

⁷⁴ Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1981, zit. nach Robert Hepp 1988: Die Endlösung der Deutschen Frage. Tübingen: Hohenrain, S.144.

⁷⁵ EMNID-Umfrage aus dem Jahre 1982, zit. nach Hepp 1988 (Fn. 74), S. 148.

„rebellisch“ werden würde.⁷⁶ Damals wurde die Debatte also, wenn auch von Rechtsextremen, zumindest noch geführt in Politik und Gesellschaft. Heute haben wir 20% Zuwanderer, in Großstädten 40%, bei den Kindern 35%, in Großstädten zwei Drittel.⁷⁷ Und die Debatte, obwohl dringender denn je, wird nicht mehr ehrlich geführt. Die Rechtsextremen führen sie zwar noch, aber sie kommen landesweit stets auf stolze 1% der Stimmen, werden vom Verfassungsschutz beobachtet oder arbeiten für ihn. Angesichts dieser völlig absurden, an satirischem Unterhaltungswert kaum mehr zu übertreffenden Umwertung von Meinungen und Debatten, die vor 25 Jahren von nahezu der gesamten Gesellschaft inklusive ihrer Politiker geteilt bzw. geführt wurden, und man nun nicht nur an den gesellschaftlich geächteten, extremistischen Rand gedrängt wird, wenn man sie aufgreifen will, sondern auch Gefahr läuft, juristisch dafür belangt zu werden, gibt es leider nur eine Lösung: Die Frage *muss* einfach öffentlich diskutiert werden, selbst wenn die Beteiligten dann rechts-populistische, rechtsradikale Rechtsextremisten sind, am besten dadurch, dass so viele Menschen sie aufgreifen, bis dem Zeitgeist der ewig gleiche Rechtsextremismus-Vorwurf langweilig wird. Es ist eben leider eine der drängendsten Fragen überhaupt für Deutschland und die restlichen Industrieländer. Daran, ob man sie beantwortet oder weiterhin tabuisiert, hängt nicht nur das Wohl der heutigen und zukünftigen Deutschen, sondern auch das der hier lebenden Migranten. Denn es nützt diesen Menschen nichts, wenn sich die Politik um klare, ehrliche Ansagen drückt, wenn sie doch selbst unter der Entfremdung und den Konflikten zu leiden haben, die daraus resultieren.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour fordert eine „permanente, legale Migration“ „auch für Niedrigqualifizierte“.⁷⁸ Offenbar intendiert er, die Seinesgleichen zahlenmäßig zu vergrößern, wobei unter letzteren wohlgerne nicht unbedingt die Migranten gemeint sind. Klar ist, dass eine Partei mit solchen Mitgliedern am Machterhalt mehr interessiert ist als am vielbeschworenen „Gemeinwohl“. Und da ist die Rechnung denkbar einfach: Da unter Migranten, zumal unqualifizierten, der Anteil der Grünen- und SPD-Wähler gravierend höher ist als unter den Einheimischen, birgt jeder zahlenmäßige Anstieg der Eingewanderten verbunden mit deren immer leichteren Einbürgerung einen ziemlich sicheren Wählerstimmengewinn. Dieser ist so weitaus einfacher zu haben, als ihn sich mittels guter Politik zu erarbeiten. Dass dies eigentlich schon fast ein Straftatbestand darstellen müsste, versteht sich von selbst. Angesichts des Schwurs, den Minister leisten, ihre Kraft zum Wohle des deutschen Volkes einzusetzen und Schaden von ihm abzuwenden, und dessen Agenda eigentlich auch Bundestagsabgeordnete als „Volksvertreter“ verpflichtet

⁷⁶ zit. nach Hepp 1988 (Fn. 74), S. 52.

⁷⁷ vgl. Fn. 14, 15.

⁷⁸ Omid Nouripour 2007: EU Migrationspolitik: Note unbefriedigend, [www.nouripour.de/index.php?id=einzelansicht&type=98&tx_ttnews\[ttnews\]=127377&cHash=10b27dd606](http://www.nouripour.de/index.php?id=einzelansicht&type=98&tx_ttnews[ttnews]=127377&cHash=10b27dd606) [04.07.2007].

sind, könnte solches Verhalten mit guten Gründen kriminell genannt werden. Denn wie bisher dargelegt wurde, bringt eine mutwillige ethnische und kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft vor allem Konfliktpotenzial mit sich, also „Schaden“, der doch eigentlich „vom deutschen Volke abgewendet“ werden soll. Welche Ideologie auch immer dahinter stehen mag, rational betrachtet ist es eine schädliche Agenda, zumal, wenn ganz offen von „Niedrigqualifizierten“ die Rede ist. Deutsche Politiker arbeiten also planmäßig und offen gegen das Wohl des Volkes, das sie vertreten. Ob dies ein struktureller Defekt der Parteidemokratie sein könnte, sei dahingestellt. In einer autokratischen Herrschaft kann zwar ein derartiges Verhalten nicht mit der Intention, dadurch Wählerstimmen zu gewinnen, passieren. Andererseits kann in einem solchen Staat aufgrund eines warum auch immer erfolgten volksfeindlichen Politikeragierens keine Abwahl derer geschehen. Bei uns könnte es. Könnte.

Auf die Frage, wie die Entfremdung („Parallelgesellschaften“, „Ghettos“, „Rassismus“, „Islamophobie“, „Bevölkerungsaustausch“ und alles, was damit zusammenhängt) gemindert werden kann, gibt es meist zwei Ansätze: Wer wiederum als Rechtsextremist gelten will, der verlangt, dass sich Zuwanderer von sich aus „besser anpassen“ (oder gehen); wer etwas auf sich hält, spricht von mehr „Angeboten“, „Chancen“, „Bildung“ usw. Entweder die Zuwanderer hätten also die Bringschuld, sich von sich aus anzupassen, oder aber die Gesellschaft habe die Bringschuld, auf die Zuwanderer zuzugehen, oftmals wird auch beides gefordert. Beide Ansätze sind unzureichend. Denn sie gehen an der Realität vorbei. Die liberalsten Gesellschaften in Westeuropa in dieser Hinsicht, die die meisten Zugeständnisse machen, haben die größten Probleme: Großbritannien⁷⁹, Frankreich, bis vor kurzem die Niederlande, auch Schweden. Trotzdem halten die europäischen Eliten an der sachlich falschen Agenda fest, die Staaten mit den möglichst liberalen Einwanderungsgesetzen betrieben die beste Integrationspolitik.⁸⁰ Da dürfen sich die entsprechenden Institutionen

⁷⁹ Großbritannien hat trotz teilweise absurder Zugeständnisse an seine Zuwanderergruppen die größten Probleme mit islamischem Extremismus. Als nach den versuchten Anschlägen auf den Glasgower Flughafen neun Terrorverdächtige in Birmingham festgenommen wurden, sagte der Vorsitzende der dortigen Zentralmoschee, Dr. Mohammad Naseem, straflos, dies „beweise“, dass Muslime in England „verfolgt“ werden würden wie die Juden in Nazi-Deutschland (The Scotsman vom 03. Februar 2007). In den seit 2002 verpflichtenden „citizenship lessons“ an britischen Schulen, in denen „instead of patriotism, pupils are taught to focus on diversity“, darf allen Schülern nun auch in Pflichtstunden „islamische Traditionen“ beigebracht werden (Daily Mail vom 19. Juli 2008). Auf der anderen Seite wurde der Holocaust, aber auch die Kreuzzüge, vom Lehrplan gestrichen, damit Muslime dadurch nicht beleidigt (sic!, durch den Holocaust!) werden könnten. Die Begründung war, dass in den Moscheen darüber möglicherweise anders unterrichtet werden würde und man hier keine Verwirrung stiften wolle (Daily Mail vom 02. April 2007). Zwei christlichen Priestern wurde seitens eines Polizisten mit Arrest gedroht, weil sie Flugblätter über das Evangelium verteilten. Dies stelle ein „hate crime“ dar, da es sich um eine „Muslim area“ gehandelt haben soll (Telegraph vom 02. Juni 2008). Am 17. Januar 2008 meldet schließlich die Daily Mail, dass die britische Regierung islamischen Terrorismus per Deklaration von nun an „anti-Islamic activity“ nenne. Intention: „to woo Muslims“.

⁸⁰ Der „Migrant Integration Policy Index“ (MIPEX) der EU misst die Güte der Integrationspolitik ihrer Mitgliedsstaaten. Dabei werden in verschiedenen Sachgebieten Punkte vergeben, wobei stets die liberalsten Einwanderungs- und Einbürgerungsdirektiven die meisten Punkte bekommen. So bekommt dasjenige Land drei Punkte beim Thema Familiennachzug, welches keinerlei Beschränkungen aufstellt, während ein Land wie

nicht beklagen, dass sie Anlass für Verschwörungstheorien aller Art geben. Auf der anderen Seite ist es auch realitätsfremd zu glauben, Einwanderer würden sich in der Regel von sich aus anpassen. Es liegt vielmehr in ihrer Natur, sich in Richtung der zumal ständig wachsenden, schon vorhandenen Einwanderer-„Communities“ ihrer Herkunft zu orientieren. Der springende Punkt ist, dass danach gefragt werden muss, *wohin* sie sich überhaupt integrieren, *an was* sie sich anpassen können oder sollen. Es leuchtet sofort ein, dass selbstbewusste Kulturen Einwanderer besser aufnehmen können als Gesellschaften, die sich restlose Beliebigkeit zur Doktrin gemacht haben.

Wenn beispielsweise ein Tourist in eine deutsche Großstadt kommt, findet er zwar noch ein paar Bauwerke als Fotomotive, aber wenn er daheim gefragt werden würde, wie denn Deutschland und die deutsche Alltagskultur so sei, dann müsste er wohl antworten, dass im Grunde im Vergleich zu den anderen europäischen Großstädten, die er bereits bereist hat, die gleichen Stahlbetonklötze im Zentrum, die gleichen Plattenbauten an den Stadträndern, die gleichen Modeketten in den gleichen Fußgängerzonen neben den gleichen amerikanischen oder türkischen Fastfood-Tempeln, der gleiche Konsumterror auf den gleichen riesigen Werbeplakaten in der gleichen dümmlich anglisierenden Sprache, die gleiche amerikanische Musik in den gleichen „Szenebars“, die gleichen grauen Anzüge, in denen die gleichen BWL-Absolventen die gleichen „business solutions“ entwickeln, die gleichen arabischen und afrikanischen Einwanderer in den gleichen heruntergekommenen Vorstadtvierteln, die gleichen TV-Formate, die Popstaridole, denen im Verfahren der Massenteenhaltung in lagerartigen Industriehallen gefrönt wird, letztlich sogar die gleichen „Rebellen“ mit den gleichen rebellischen Slogans in den gleichen Klamotten am Bahnhof zu finden sind. An das Deutschland, wie es noch bis mindestens in die 1960er Jahre war, erinnern bestenfalls noch ein paar Straßenschilder.

Erst wenn die Gesellschaft sich *für sich* darüber im Klaren ist, *was* sie eigentlich ist, kann sie dies auch *Anderen* gegenüber kommunizieren. Erst dann kann von Migranten „Anpassung“ gefordert werden, erst dann ist es auch überhaupt sinnvoll, vom Staate „Angebote“, „Initiativen“ usw. für die Integration von Zuwanderern zu verlangen, denn erst dann ist der Begriff „Integration“ inhaltlich belegt.

Die deutsche Kultur ausfüllend und abschließend zu definieren ist ein unsinniges Unterfangen. Dies würde bei keiner Kultur gelingen. Trotzdem sind nicht alle Kulturen absolut beliebig. Wie oben gezeigt wurde, gibt es einige hoch verbindlichen Elemente, die selbstverständlich genannt werden können. Die Verfassung gehört dazu, die Geschichte, die

Dänemark, das ein Mindestalter für einwandernde Ehefrauen vorgeschrieben hat, um arrangierte und Zwangsehen zu bekämpfen, die geringste Punktzahl bekommt. Das führt dann am Schluss zu „Best Practice“-Staaten, die eine besonders „gute“ Integrationspolitik – sprich: möglichst viel erlauben, möglichst gar nichts beschränken oder gar fordern – betreiben, und zu den gegenteiligen Fällen, die geächtet gehören.

Sprache, auch die Religion.⁸¹ Nur wenn dies bewusst vertreten und gelebt wird, kann ein Zugewanderter eine solche Identität übernehmen. Dies geschah früher, geschieht heute aber nur noch selten. Indikator dafür ist beispielsweise, dass bei jüdischen Einwanderern aus Osteuropa oder Hugenotten aus Frankreich meist schon die erste Generation ihre Kinder „Karl“ oder „Gottfried“ nannte und oft sogar den Nachnamen „eindeutschte“. Heute ist es dagegen üblich, dass selbst binationale Paare ihren Kindern Namen aus der Herkunftskultur des zugewanderten Elternteils geben, selbst wenn dieses schon in der zweiten oder dritten Generation hier lebt. „Integration“ gelingt also dann am besten, wenn die Aufnahmekultur über eine stabile Identität verfügt, die sie selbstbewusst vorträgt, und welche Eingewanderte, zumal deren Nachkommen, übernehmen können. In Deutschland sieht es gegenwärtig aber so aus, dass „typisch deutsch“ ein pejorativer Terminus für etwas Schlechtes ist und „deutsche Tugenden“ wie alles an der deutschen Geschichte und Identität „faschistopetal oder faschistofugal“ erscheinen, wie es der Staatsrechtler Josef Isensee unübertrefflich ausgedrückt hat.⁸² Eine derart neurotisierte Identität kann und will kein Zuwanderer übernehmen, auch kaum ein Einheimischer. Stattdessen wird deutsche Kultur und Identität zur Beliebigkeit, unterstützt durch die individualistische Agenda des Zeitgeistes (und dessen Auslegung des Grundgesetzes), in der individuelle „Selbstverwirklichung“ keine Grenzen durch irgendeinen „Muff von 1000 Jahren“ erfahren soll.

Abschließend kann also festgestellt werden, dass kultureller Entfremdung am besten vorgebeugt bzw. selbige reduziert werden kann, wenn klargestellt wird, dass die *deutsche* Kultur maßgebend in *Deutschland* ist und es da keine „multikulturellen“ Kompromisse geben kann. In den weniger wichtigen Bereichen der Kultur ist Vielfalt möglich, in den entscheidenden nicht, wenn man auf Instabilität und Gruppenhass verzichten will.

Da kulturelle Homogenität schlecht von oben diktiert werden kann, ist es daher unerlässlich, Einwanderung bis auf weiteres auf ein minimales Maß zu reduzieren. Ansonsten hat man zusätzlich zu den Migranten der dritten Generation, die bekanntlich größere Schwierigkeiten bereiten als diejenigen der zweiten Generation, immer wieder auch neue Migranten der

⁸¹ Deutschland ist ein christliches Land. Dies ist keine normative, sondern eine empirische Aussage. Die deutsche Kultur ist von keinem anderen Element beeinflusst worden wie vom Christentum. Der deutsche Staat verstand sich 1000 Jahre lang als Stellvertreter der abendländischen Christenheit von Gottes Gnaden, die Religion prägte alle Bereiche des Alltages, die Reformation auf deutschem Boden machte den Weg frei für eine Verbindung von Glauben und kritischem Rationalismus, deren Initiator Martin Luther schuf mit seiner Bibelübersetzung den Grundstein für das kodifizierte Neuhochdeutsch, Klöster und Orden waren zentrale Institutionen des Bildungs- und Militärwesens und gründeten Städte und Ländereien (z.B. Ostpreußen, das vom Deutschen Orden im 13. Jahrhundert besiedelt wurde). Rechtliche, sittliche, kulturelle Vorstellungen haben ihre Wurzeln im Christentum, der Alltag ist durch die Sieben-Tage-Woche, den gregorianischen Kalender und die christlichen Feiertage organisiert, Namen und Sprichwörter sind biblischen Ursprungs, sogar das Essen (z.B. Brezeln als Kreuzsymbol) prägte die Religion. Eine Kultur ist eben nicht das Produkt einer rein zufällig gerade eben zusammengewürfelten Menschenansammlung, sondern historisch gewachsen und nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Das müssen auch Nicht-religiöse anerkennen, wenn sie reflektieren, wie ihre Existenz, Identität, Sprache, Lebensart, zustande kam.

⁸² Josef Isensee 1986: Die Verfassung als Vaterland, in: Armin Mohler [Hrsg.]: Wirklichkeit als Tabu [s. Fn. 9], S. 13.

ersten Generation, die in den ständig wachsenden Zuwanderercommunities, welche in den jüngeren Altersklassen der Großstädte längst Teil einer Multiminoritätengesellschaft ohne einheimische „Mehrheitsgesellschaft“ sind, aufgehen und sich eher dorthin „integrieren“ als in die deutschstämmige Minderheit. Belässt man den Eingewandertenanteil über längere Zeit konstant, kann so etwas wie eine Angleichung der verschiedenen Bevölkerungsteile stattfinden, welche zuvorderst über sprachliche Assimilation erreicht werden kann. Der Anteil der Zuwanderer, 2005 bundesweit bei etwa 20%, wird sich selbst bei Reduktion aller Außenwanderung auf Null (d.h. auch der deutschen Auswanderung) in den kommenden Jahren auf 35% erhöhen, da die Kinderkohorte 2005 diesen Anteil aufwies. Auch ohne weitere Einwanderung kann sich dadurch um 2025 eine einheimische Minderheit bei den Kindern ergeben. Weitere Einwanderung lässt dieses Problem unwillkürlich außer Kontrolle geraten. Dies kann, und das muss nochmals mit Nachdruck betont werden, in *niemandes* Interesse sein, auch und schon gar nicht im Interesse der hier bereits lebenden Zuwanderer, die von sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Zuständen überproportional betroffen sein werden. Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) stellte 2004 dazu klar: „Aber wenn man fragt, wo denn multikulturelle Gesellschaften funktionieren haben, kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, daß sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, daß wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten.“⁸³

Des Weiteren ist dringend das seit 2000 geänderte Staatsbürgerschaftsrecht zu überdenken. Das Ziel der Politik muss wie gesagt sein, eine kulturell weitgehend homogene Gesellschaft anzustreben. Die Einbürgerung stellt grundsätzlich eine Option dar, nämlich die, eine erfolgte Assimilation mit der Staatsbürgerschaft zu belohnen (und nicht etwa die Umkehrung dieses Grundsatzes, nämlich erst einmal Staatsbürgerschaften zu verteilen, und darauf zu hoffen, dass damit die Integration besser gelänge. Aus dem Datenreport 2006 geht hervor, dass zwischen 1996 und 2004 die türkischen Einwanderer eine erhöhte Bleibeabsicht entwickelten und auch zu einem immer höheren Teil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen – gleichwohl jedoch immer *weniger* deutsch sprechen und *weniger* Kontakt zu Einheimischen pflegen.⁸⁴ Dies zeigt die Unwirksamkeit eines ohne größere Verbindlichkeiten ausgeweiteten Staatsbürgerschaftsrechtes). Während bei hier lebenden Ausländern eine „Integration“ ausreichend ist, die ihnen etwa ihre kulturelle Identität belässt, kann bei Eingebürgerten sinnvollerweise nur eine „Assimilation“ gefordert werden, was bedeutet, dass diese eine deutsche Identität annehmen, wenn diese nicht zur Beliebigkeit neutralisiert werden will. Hierbei müssen Mechanismen in Kraft treten, die erschweren, dass die deutsche Staatsbürgerschaft als bloße Garantie sicheren Aufenthaltsrechts erworben wird, aber die kultur-

⁸³ Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ am 24. November 2004, nachlesbar im Internet: www.abendblatt.de/daten/2004/11/24/367848.html [26.11.2008]

⁸⁴ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2006, S. 571

ellen und identitären Probleme bestehen bleiben. Zunächst ist das *Ius sanguinis* unverzichtbar, das 2000 de facto abgeschafft wurde. Die Vererbung der Staatsangehörigkeit ist ein Faktor, der die kulturimmanente Sozialisation sehr begünstigt, während das seit der Jahrtausendwende geltende *Ius soli* z.B. Kindern von oftmals so genannten „Importbräuten“, welche von diesen faktisch in der Heimatkultur sozialisiert werden, die deutsche Staatsbürgerschaft gewährt. Stattdessen wäre folgendes wirkungsvoll: Prinzipiell erhält die Staatsbürgerschaft, wer deutsche Eltern hat. Zusätzlich kann die Staatsbürgerschaft im Nachhinein erworben werden. Dies garantiert, dass die Aufnahme in den Staatsverband eine bewusste Bemühung des ausländischen Bewerbers voraussetzt, und diesem nicht qua bloßer Existenz zugesichert wird, obwohl er womöglich der Sozialisation nach und auch des individuellen Empfindens nach eigentlich der ausländischen Herkunftskultur zuzuordnen ist. Des Weiteren kann nur so die Zahl der hier lebenden Migranten potenziell kontrolliert werden, indem beispielsweise deren Heimatländer bei grobem Verstoß gegen hiesiges Recht und Sitten ihre völkerrechtliche Verpflichtung wahr- und Ausgewiesene aufnehmen. Dies betrifft selbstverständlich nur eine straffällig gewordene Minderheit. Aber es gibt kein Menschenrecht auf Aufenthalt in der BRD. Sind aber Migranten in größerer Zahl in den *Staatsverband* aufgenommen worden (gegenwärtig acht Millionen, vgl. Fn. 14), so stellen sie zusätzlich zu den traditionellen Konfliktlinien wie Arbeit – Kapital, Kirche – Staat usw.⁸⁵ eine neue potentielle gesellschaftliche Spaltung dar, anhand der sich sogar Parteien gründen könnten. Für die Stabilität des Parteiensystems und den demokratischen Staatsaufbau allgemein ist daher weniger gewichtig, wie hoch die nominelle Migrantenzahl in einer Gesellschaft ist, sondern vielmehr, wie viele davon Staatsbürger sind.⁸⁶ Grundsätzlich muss also die Maxime handlungsleitend sein, dass je schwerer die Aufnahme im Staatsverband ist, desto wahrscheinlicher es sein wird, dass die Applikanten sich von sich aus hinreichend mit dem Land identifizieren.

⁸⁵ Vgl. zu diesen gesellschaftlichen Konfliktlinien die „Cleavage“-Theorie von Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein 1967: *Party Systems and Voter Alignments*. New York/London.

⁸⁶ Die Verkomplizierung traditioneller gesellschaftspolitischer Gegensätze durch eingebürgerte, nicht-assimilierte Migranten wird deutlich, wenn man sich etwa vor Augen hält, dass die überwältigende Mehrheit der eingewanderten Muslime in Deutschland eine Partei links der Mitte wählt, während ihre gesellschaftlichen Ansichten, beispielsweise zu Religion, Tradition, Abtreibung, Homosexualität oder Frauenemanzipation, oft zutiefst konservativ sind. Sie wählen trotzdem eine linke Partei, da sie davon ausgehen, dass diese ihnen mehr Freiheiten beim Erhalt ihrer kulturellen Identität zugesteht, ein freizügigeres Immigrationsrecht anstrebt (was etwa Familienmitgliedern oder Freunden zukünftig den Nachzug erlaubt) usw. Dies wird in Zukunft das deutsche Parteiensystem entweder insofern verändern, als innerhalb der linken Parteien die ehemals typisch linken Standpunkte weniger Rückhalt finden (und man sich daher auf einen „common sense“ wie ein liberales Einwanderungsrecht beschränkt), oder aber es werden sich neue Parteien und Gruppierungen bilden.

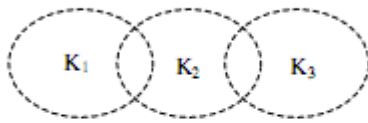
5. Teilautarkie in der globalisierten Welt anstreben

Ein internationales System ist desto stabiler, je autarker die es konstituierenden Einheiten sind. Diese Behauptung muss jedem, der die Glaubensbekenntnisse der gegenwärtigen Politik und Volkswirtschaftslehre auch nur ansatzweise internalisiert hat, lächerlich und falsch vorkommen. Aber eins nach dem anderen.

Die wirtschaftliche und politische Interdependenz der Staaten wird dem unbedarften Beobachter sowohl als quasi-naturgesetzlicher, linearer Prozess, als auch als normativ positiv besetztes Modell verkauft. Dies ist politiktheoretisch und rechtsphilosophisch höchst problematisch, wie im Folgenden gezeigt werden wird. Zunächst sind zwei Idealtypen⁸⁷ denkbar: Diffusion oder (Teil-)Autarkie (vgl. Abbildung 2).

⁸⁷ Dieser Begriff deutet nicht etwa auf besonders erstrebenswerte „Typen“ hin, sondern meint in der Tradition Max Webers Gedankenkonstrukte, die in einer relevanten Dimension prinzipielle Alternativmodelle darstellen, die durch die einseitige Überbetonung bestimmter Merkmale innerhalb dieser Dimension theoretisch entstanden, aber in der Realität nie in dieser Überspitzung auftreten. Die „Realtypen“ stellen vielmehr stets ein Gemisch aus den Merkmalen der Idealtypen dar. Letztere sind jedoch für die Wissenschaft insofern von Nutzen, als sie veranschaulichenden Charakter besitzen und einfache Hypothesen ableiten lassen. Jedes sozialwissenschaftliche Modell stellt ja eine Reduktion der Realität dar, um Erkenntnisse gewinnen zu können, die in der überkomplexen Realität unmöglich abgeleitet werden könnten. Jede Typologie arbeitet so, von wissenschaftlichen Modellen politischer Kultur (bekannteste Hauptvertreter: Gabriel Almond und Sidney Verba) bis hin zu „Psychotests“ der „Bravo“.

Fall A: Diffusion



Verschwimmen der staatlichen Grenzen zwischen den Kulturen (K_1 bis K_3) durch Internationalisierung von Märkten und Politik.

Folgen:

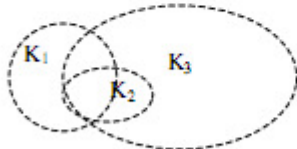
- Konkurrenz zwischen Volkswirtschaften, Gesellschaften, Kulturen, Interdependenz
- Effiziente Allokation von Gütern, Wohlstandswachstum

Probleme:

- Anreiz, auf Kosten anderer zu leben (Rent-seeking)
- Überleben des Stärkeren, Verdrängung der Schwächeren (Sozialdarwinismus)

Mögliche Langzeitfolgen:

- Weitestgehend homogene Weltkultur nach Phase extremer Konflikte

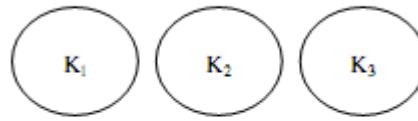


Unterschiedliche demographische und wirtschaftliche Wachstumsgeschwindigkeiten führen im begrenzten Raum zu Verdrängungsprozessen.



Mögliche Langzeitfolge: Weitestgehend homogene Weltkultur.

Fall B: Autarkie



Kongruenz zwischen Staaten und Kulturen (K_1 bis K_3) (klassisches Nationalstaatskonzept), wirtschaftlich und politisch tendenziell autarke Staaten.

Folgen:

- Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Entitäten
- Relative Autarkie, geringe Interdependenz

Probleme:

- Schwierigkeit, Status quo als normative dauerhafte Realität zu erklären
- Wohlstandseinbußen gegenüber dem Diffusionsmodell.

Mögliche Langzeitfolgen:

- Erhaltung der Kulturpluralität, damit aber des möglichen Konfliktpotenzials

Abbildung 2: Typen internationaler Systeme hinsichtlich der Trennschärfe ihrer Konstituenten

Fall A: Das Modell der Diffusion

In diesem Fall wird das, was gegenwärtig der Universalbegriff Globalisierung beschreibt, dahingehend fortgesetzt, dass nach Märkten auch Politik internationalisiert wird und schließlich Gesellschaften diffundieren. Dass dies im Realfall nicht zwingenderweise eine homogene Weltkultur nach sich ziehen muss, versteht sich von selbst. Dargestellt werden hier Idealtypen, wobei „ideal“ nicht einen besonders erstrebenswerten Fall indiziert, sondern einen gedanklich konstruierten Extremfall, der in der Realität nicht in dieser Zugespitztheit anzutreffen sein wird (vgl. Fn. 87).

Freier Handel, Migration und Kommunikation haben in diesem Modell dazu geführt, dass die Vernetzung der Welt zugenommen hat. Die Selbstverantwortlichkeit der Nationalstaaten und Kulturen hat abgenommen. Lokale Krisen werden dadurch global. Es entsteht ein Anreiz zur Passivität, zur Aufwandsminimierung bei Krisenbewältigung und Wohlstandsaufbau. James M. Buchanan hat dies unter dem Begriff „Rent-seeking Society“ zusammengefasst. Ohne Selbstverantwortlichkeit ist es für eine Einheit in einem System einfacher, auf Kosten des Kollektivs zu leben. Es ist für eine strukturschwache Region innerhalb der EU beispielsweise einfacher, Finanzmittel aus Fonds für strukturschwache Regionen anzunehmen, als mittels Eigenaufwand den Status als strukturschwache Region zu beenden. Gleiches gilt etwa auf Bundesebene für den Länderfinanzausgleich. Für Staaten, Organisationen und Verbände ist es in diesem Modell also lohnender, zu versuchen, vom Gesamtvermögen der Welt einen substantiellen Teil an sich nehmen zu können, als dieses selbst aktiv zu vergrößern. Dieses Verhalten überträgt sich auch auf Krisenbewältigung. Es ist für ein Land beispielsweise einfacher, eine dysfunktional hohe Bevölkerungsvermehrung mittels Emigration abzuschwächen als politisch gesteuerte Geburtenkontrolle zu versuchen, wie es China etwa in der Vergangenheit tat.

Mancur Olsen jr. hat in seinen Abhandlungen über die „Logic of Collective Action“ dargelegt, warum eine kollektive Nutzung von Allmendegütern wie etwa natürlichen Ressourcen oder der Umwelt dazu führt, dass diese ineffektiv beansprucht werden. Grenzen beispielsweise drei Länder an einen See, so ergibt sich für das einzelne Land das spieltheoretische Dilemma, dass eine möglichst hohe Fischfangquote den Fischbestand unter das bestands-erhaltende Niveau senken und damit für die Zukunft unbrauchbar machen kann. Eine gemäßigte Fangquote würde aber das Risiko bergen, dass die anderen Länder gewinnmaximierend den See leerräumen und das eigene Handeln somit strategisch nachteilige Wirkungen haben könnte. Deshalb werden alle Länder versuchen, möglichst viel Fisch aus dem See zu bekommen, bevor er leer ist. Würde jedem Land aber ein Hoheitsgebiet zugeschrieben, so würde eine Selbstverantwortung entstehen, welche es jedem Land

freistellen würde, seine Kontingente bestandszerstörend leerzufischen oder nachhaltig zu handeln (gebietsübergreifende Fischmobilität außen vor gelassen). Auf das internationale System übertragen bedeutet dies: Wird nicht einer Gesellschaft ein klar begrenztes Gebiet zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung überlassen, so neigt sie dazu, etwa ihr Bevölkerungswachstum oder andere Faktoren nicht verantwortlich zu steuern, sondern gewinnbringendes Verhalten zulasten der Gemeinschaft gehen zu lassen, indem etwa die natürlichen Ressourcen möglichst intensiv genutzt werden, ein möglichst hohes Bevölkerungswachstum durch Emigration machterweiternd genutzt wird usw.

Dies hat für das Modell der Diffusion nun also die Folgen, dass die verschiedenen Gesellschaften einem strategischem Wettbewerb ausgesetzt sind, dem sie sich nicht entziehen können. Das Verhalten anderer, bezogen etwa auf Bevölkerungswachstum oder Umweltnutzung, kann zum eigenen Nachteil führen, und so befinden sich alle in ständiger Unsicherheit über das Verhalten der anderen. Die Folge ist, dass beispielsweise Demographie zum Machtfaktor wird. Selbst Europa, welches mit den Worten des Bevölkerungswissenschaftlers Gunnar Heinsohn „demographisch kapituliert“ hat, erlebt dies deutlich, wenn es beispielsweise um Abstimmungsmodalitäten innerhalb der EU geht, welche Bevölkerungsgrößen zur Basis haben. Welches Konfliktpotenzial hierin liegt, wurde unlängst z.B. da deutlich, als Polen durch Deutschland verursachte Kriegstote auf seine Bevölkerungszahl gerechnet haben wollte, um mehr Stimmengewicht zu erlangen (auch Charles de Gaulle hatte mit ähnlicher Argumentation erreicht, Frankreich die gleiche Stimmenzahl wie Deutschland zu beschaffen). In anderen Regionen der Welt, wo Länder noch immer ungebremst um den Faktor 3 und mehr pro Generation anwachsen, hat eine verminderte Selbstverantwortung noch gefährlichere Auswirkungen.

Verschwindet die Kongruenz zwischen Nation und Staat, welche sich in Europa entwickelt hat und heute überall Erfolgsmodell zu sein scheint (auf der ganzen Welt gründen sich Staaten auf der Basis einer homogenen Kultur; vom Balkan über Afrika und Asien bis hin nach Westeuropa (Spanien, Belgien usw.) fordern (Minderheits-)Kulturen Selbstbestimmungsrecht in Form eines Nationalstaates), so ist zu fragen, wie die polykulturellen Staaten, die daraus folgen, stabil bleiben können. Die Methode, dies herauszufinden, ist für die Politikwissenschaft mangels experimenteller Möglichkeiten der Vergleich. Kulturplurale Staatengebilde haben überall auf der Welt bestandserhaltende Probleme, ob die ehemalige Sowjetunion, das ehemalige Jugoslawien oder die im Zuge der Kolonialpolitik ungeachtet der Stammes- und Kulturgrenzen erschaffenen Staaten Afrikas, wo Parlamentswahlen wie 2007 in Kenia von ethnisch motiviertem Gemetzel begleitet sind. Ob sich die traditionellen und auch die neueren Einwanderungsländer eher in Richtung Schweiz oder doch eher in

Richtung Libanon entwickeln, ist momentan noch nicht abzusehen. Sicher ist aber, dass das Paradebeispiel Schweiz auf große Staaten mit erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit existierenden Bevölkerungsteilen mit ethnisch, religiös und sprachlich weit verschiedenartigen Hintergründen als die drei bzw. vier Schweizer Sprachgruppen nur bedingt übertragbar ist.

Sicher ist auch, dass ethnische, religiöse und andere kulturelle Merkmale weiterhin identitätsstiftend sind und daher stabilitätsgefährdend in einem internationalen System, welches diese Kulturen nicht mehr in klare (Staats-)Grenzen verweist. Innerhalb eines Landes entstehen so latente Ängste und Ressentiments, die sich etwa derart ausdrücken, dass Minderheiten ihre Assimilation in der Mehrheitsbevölkerung und umgekehrt Mehrheitsbevölkerungen die Überfremdung durch anwachsende Minderheiten fürchten. Man kann dies nicht aus der Welt schaffen, indem man, wie Frankreich etwa, keine ethnisch oder religiös aufgegliederten Bevölkerungsstatistiken veröffentlicht. Argwöhnisch werden tatsächliche oder vermutete Wanderungs- und Geburtenentwicklungen verfolgt, Deutsche fürchten die „Islamisierung“ des Landes, eingewanderte Türken haben vor einer „Germanisierung“ ihrer kulturellen Minderheit Angst usw. Diese Merkmale wie Hautfarbe, Herkunft, Religion sind Gegenstand von Identifizierungen und Abgrenzungen, ob man will oder nicht, auch wenn man sich die farbenblinde, nicht-diskriminierende Gesellschaft auf die Agenda setzt. Als 2007 ein französischer Politiker der Sozialisten bemängelte, in der Fußballnationalmannschaft spielten überproportional viele Farbige, war die öffentliche Entrüstung groß, aber letztendlich lehnen auch die meisten europäischen Einwanderungsbefürworter Prognosen über ein islamisches oder ein „schwarzes“ Europa eher deshalb ab, weil sie es für unwahrscheinlich halten, und nicht deshalb, weil sie dem Eintreffen solcher Prognosen gleichgültig oder gar positiv gegenüberstehen würden. Eine türkische „Tagesschau“-Sprecherin mit Kopftuch oder ein arabischstämmiger Außenminister in Deutschland würden wohl auch bei vielen Deutschen, die sich eigentlich liberal nennen, ein seltsames Gefühl auslösen. Zweifelsohne jedoch sind kulturelle Merkmale und ihr anteilmäßiges Vorkommen in einer Gesellschaft ein sensibles und konflikträchtiges Thema. In einem internationalen System, welches Grenzen verschwimmen lässt und vormalige klare Zuweisungen (in Deutschland wohnen die Deutschen, in der Türkei die Türken etc.) aufhebt, fördert Ängste, wie etwa, in Berlin würde ein „Klein-Istanbul“ entstehen, in Alanya wiederum ein „Klein-Deutschland“ etc. Ob diese Ängste auch in Zukunft noch wirkungsvoll unter der gesellschaftlichen Oberfläche gehalten werden können, ist fraglich. Ob sie berechtigt sind, darüber streiten sich die Bevölkerungswissenschaftler. Die Annahmen reichen von einem spätestens Mitte des 21. Jahrhunderts muslimischen Europa bis zu einem auf lange Zeit weiterhin christlichen bzw. postchristlich säkularen Kontinent. Schlussendlich geht es hier nicht darum, eine weitere

Spekulation in den Raum zu werfen, sondern darum, die reelle Möglichkeit von physischen Verdrängungsprozessen in einem ungesteuerten internationalen System zu unterstreichen. Dass es diese Verdrängungsprozesse gab und gibt, ist aus unzähligen Fällen bekannt. Jährlich sterben Sprachen und Kulturen aus. Die reelle Möglichkeit, dass ihre Kultur untergehen könnte, verbunden mit einer tatsächlichen relativen Abnahme ihrer Mitglieder löst Ängste aus, die wiederum Konfliktpotenzial bergen – unabhängig davon, ob dieser Untergang wirklich bevorsteht oder nicht. Die friedliebende Agenda, unter der die Entnationalisierung des internationalen Systems heutzutage vorangetrieben wird, fördert so möglicherweise mehr Konflikte, als sie beizulegen vermochte. (Zur Funktionalität von Kultur und dem Konfliktpotenzial von Pluralität vgl. ausführlich Kapitel 4.)

Fall B: Das Modell der Teilautarkie

In diesem Modell bleibt das Konzept des freien, souveränen Nationalstaates das Leitbild in den internationalen Beziehungen. Der klassische Staatsbegriff mit seinen Elementen Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt und dem daraus abgeleiteten Selbstbestimmungsrecht der inneren Angelegenheiten bleibt Grundlage einer jeden Gebietskörperschaft. Die Selbstbestimmung umfasst alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereiche und wird nicht von transnationalen Subjekten durch missionarische Heilsversprechen der einzig wahren Religion, des einzig wahren Systems oder des einzig wahren Rechts beeinträchtigt.

Die Staaten müssen sich gegenüber niemandem für ihr Bestehen rechtfertigen. Sie bestehen aus keinem anderen Zweck als um ihrer selbst Willen, um ihre Kultur selbstbestimmt auszuleben und auf unbestimmte Zeit zu bewahren.⁸⁸ Alle Kultur muss aufwändig gegen die chaotische Natur geschaffen und aufrechterhalten werden. Laisser-faire bedeutet Verfall und Niedergang hin zu dieser Natur, im Kleinen wie im Großen, in allen Bereichen des Lebens. Einen von unsichtbarer Hand gesteuerten Fortschrittsprozess mit teleologischer Qualität gibt es nicht.⁸⁹ Daher gibt es in diesem Modell auch keine „fortschrittlichen“ und „weniger fortschrittlichen“ Kulturen, da „Fortschritt“ an sich durch Ambivalenz gekennzeichnet ist, und es keiner Instanz zusteht, anhand ihrer subjektiven moralischen Maßstäbe eine Kultur als fortgeschritten oder nicht zu klassifizieren, und dadurch ein Eingreifen in ihre inneren

⁸⁸ „Ein Staat, d.h. die politische Einheit eines Volkes“, schrieb Carl Schmitt 1928 in seiner „Verfassungslehre“ dazu, „ist einer Rechtfertigung, Rechtmäßigkeit, Legitimität usw. so wenig fähig, wie in der Sphäre des Privatrechts der einzelne lebende Mensch seine Existenz normativ begründen müsste oder könnte.“

⁸⁹ Vgl. zu diesem und den beiden vorigen Sätzen: Einleitung, S. 10 f.

Angelegenheiten zu rechtfertigen. Weder bestimmt Pakistan in diesem Modell, was in Dänemark gezeichnet wird, noch bestimmt Dänemark, wie in Pakistan mit Frauen umgegangen wird.⁹⁰ Völliges Selbstbestimmungsrecht und völlige Selbstverantwortlichkeit für alle nationalstaatlich organisierten Völker garantieren deren friedliches Fortbestehen. Undurchsichtige und illegitime, von einer bestimmten kulturellen Idee zulasten aller anderen inspirierte politische internationale Institutionen fördern Konflikte eher, als diese zu verhindern. Eine Außenpolitik, die bestimmte Zustände in manchen Ländern anprangert und gar mit Waffengewalt ändert, in anderen jedoch nicht, gerät unweigerlich in die Falle der Doppelmoral und zieht mehr Wut auf sich, als sie zu lindern vermag. Es gibt in der Logik dieses Modells keine universellen Normen, Werte, Religionsvorstellungen und anderes, es gibt sie immer nur in Bezug auf ein spezifisches Volk.

Auch wirtschaftlich zieht dies entgegen der landläufigen Meinung, internationale Arbeitsteilung sei das Allheilmittel⁹¹, die Konsequenz nach sich, dass Autarkie das Leitbild

⁹⁰ Dieses Argument mag vor allem bei Frauenrechtler/innen auf Widerspruch stoßen. Aber letztendlich ist die Respektierung der Souveränität eines Staates oder einer Kultur als Prinzip die moralisch unverfänglichere Variante gegenüber einem partiellen Eingreifen in einen, aber eine Nicht-Intervention im anderen Falle. Zudem wird die Perzeption einer Befreiung als solche nicht immer von allen geteilt. Westliche Frauenrechtlerinnen, die sich gegen das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung wehren, bekommen von selbstbewussten Musliminnen zu hören, das geschehe auf freiwillige Art und Weise, ja, „Frauenrecht“ bedeute sogar, dass die Frau das Recht habe, ein Kopftuch zu tragen. Nun gibt es sicherlich die freiwilligen als auch die unfreiwilligen Fälle. Sicher ist jedoch, dass eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Kulturen Reflexe auslöst, die womöglich den Konflikt verschärfen, anstatt ihn beizulegen. Wenn Intervention dringend geboten ist, z.B. im Falle auseinanderbrechender Staaten, in denen erkennbar kein staatliches Gewaltmonopol mehr vorhanden ist, ist dem Subsidiaritätsgedanken entsprechend auf der Ebene der „Großräume“ (Carl Schmitt), sprich der anliegenden Staaten, legitime Lösungen zu finden.

⁹¹ Diese Lehren fußen vor allem auf Überlegungen der klassischen Ökonomen David Ricardo und Adam Smith, die anhand von einfachen Zwei-Länder-zwei-Sektoren-Modellen herleiteten, dass der internationale Wohlstand bei Arbeitsteilung selbst dann steigt, wenn ein Land eigentlich alles effektiver produzieren könne. Die heutige Realität hat einige Parameter vorzuweisen, die Ricardo oder Smith notwendigerweise nicht mit einberechnen konnten. So partizipieren etwa von den 1,4 Milliarden Einwohnern Chinas oder den fast ebenso vielen Bewohnern Indiens jeweils weniger als die Hälfte am Wohlstand. Diese riesigen „industriellen Reservearmeen“ können nicht nur, wie Marx & Co. argumentierten, die nationalen Gehälter niedrig halten. Sie könnten bei gegebener Mobilität des Kapitals auch die Tätigkeiten ausführen, die in anderen Ländern gegenwärtig zu vielfach höheren Kosten vollbracht werden. Diese Länder können sich verständlicherweise nicht damit zufrieden geben, die „einfachen“ industriellen Produkte herzustellen, während die Industrienationen im High-Tech-Bereich tätig sind. Sie schließen vielmehr auch im universitären Bereich gegenwärtig unter unglaublichen Anstrengungen auf, sie möchten auch PKWs bauen, Pharmaprodukte entwickeln und Mikrochips herstellen. Das strukturelle und demographische Potenzial hätten sie dafür theoretisch. Es erscheint also nur mehr eine Frage der Zeit, bis alle nicht explizit lokal gebundenen Tätigkeiten (Friseur, Fensterputzer, Fernfahrer...) der deutschen Volkswirtschaft in der chinesischen ausgeführt werden könnten. Die 800 Millionen Chinesen, die zehnfache Zahl der Einwohnerschaft Deutschlands, die für diese Tätigkeiten zur Verfügung stünden, konnte Ricardo nicht miteinbeziehen, da die Mobilität und Produktivität der Technik und des Kapitals damals nicht ansatzweise absehbar waren.

Aber selbst wenn angenommen wird, es gäbe Branchen (etwa im Hochtechnologiebereich), in denen Deutschland langfristig trotz höherer Arbeitskosten konkurrenzfähig bleiben kann, ist eine entscheidende Variable in der Argumentation nicht ausblendbar. Interdependenzbefürworter argumentieren folgendermaßen:

Öffnet ein Land eine Branche für den Welthandel, in der Produktpreise und Arbeitskosten anderswo niedriger ausfallen, so wird es auf diesem Gebiet zum Importeur.

Die Wohlstandsgewinne durch die höhere Konsumentenrente infolge der sinkenden Preise übersteigen die Verluste der niedrigeren Produzentenrente durch die wegfallende Inlandsproduktion.

Damit die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten aber gleich hoch bleibt (und damit die Konsumentenrente steigen kann), müssen die Konsumenten freilich weiterhin in gleichem Maße kaufkräftig sein. Das sind sie aber nicht, wenn sie ihre Arbeitsplätze in der inländischen Produktion verlieren.

Folglich müssen die Arbeitnehmer umsatteln in jene Bereiche, in denen die nationale Produktion international konkurrenzfähig ist. →

wirtschaftlichen Handelns ist, welches in seiner Radikalität selbstverständlich nie gänzlich erreicht, aber *tendenziell* (!) verwirklicht werden soll. Nur so kann erreicht werden, dass länderspezifische Unterschiede in Arbeitskultur, -ethos, Vorstellungen über gerechte Löhne, Arbeitszeiten und anderes im internationalen Konkurrenzdruck nicht zu einheitlichen Standards diffundieren, die den kulturell verschiedenen Vorstellungen von Arbeit und Gerechtigkeit den Raum für Selbstbestimmung nehmen. Wenn in Land A die 30-Stunden-Woche, 10 Wochen Jahresurlaub, Rente mit 58 und ein Mindestlohn von 70% des Durchschnittlohnes gelten, in Land B aber 80-Stunden-Wochen ohne jeden Urlaub üblich sind, dann steht es niemandem zu, zugunsten der einen oder anderen Variante auf Basis einer wie auch immer gearteten Argumentation („gerechter“, „effizienter“ o.a.) einen internationalen Standard einführen zu wollen. Gleichzeitig sind diese Unterschiede aber auch ohne normative Setzung im internationalen Konkurrenzraum nicht haltbar und werden sich im Wettbewerb an das wohl effektivere Land B angleichen.⁹² Dies unterminiert wiederum die kulturelle Selbstbestimmung von Land A, weshalb der freie Wettbewerb im Idealfall dieses Modells an den Landesgrenzen Halt zu machen hat, um die unterschiedlichen Länder nicht gegen deren Willen zu nivellieren. Das Zollwesen gehört zu den hoheitlichen Rechten eines jeden Nationalstaates, und er muss es im Interesse seiner Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen dürfen, ohne internationale Moralinstanzen, die den freien Markt predigen, aber häufig genug selbst mit Einfuhrbeschränkungen und Handelsbarrieren operieren. Hier ist mit der Scheinheiligkeit aufzuhören, und Handelsbarrieren als existenzielles Mittel zur Gewährleistung der Freiheit und Selbstständigkeit der Nationalstaaten anzuerkennen. Dies bedeutet natürlich nicht, dass es in der Realität keinen grenzüberschreitenden Handel mehr geben soll. Das Modell propagiert lediglich, dass jede Gesellschaft selbstbestimmend darüber entscheiden dürfen soll, auf welchen Sektoren sie unabhängig bleiben möchte. So wäre z.B. denkbar, dass sich ein Staat in den Bereichen Energie, Nahrung oder Rüstung für Handels-

Diese Bereiche aber werden wie gesagt vorwiegend im anspruchsvollen Hochtechnologiebereich sein, zu deren Ausübung ein hoher Qualifikationsgrad nötig ist. Die entscheidende Variable ist also die Umschulungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Diese wird bei Ricardo & Co. selbstverständlich stillschweigend vorausgesetzt. Allerdings: Kurz- und mittelfristig ist eine Umschulung von Landwirten und Fließbandarbeitern zu Biotechnologen und IT-Spezialisten ohnehin illusionär. Langfristig wird es auch nicht gelingen, 80% ihrer Nachkommen akademische Grade zu vermitteln. Es muss einfach, wie in Kapitel 2 ausführlich dargelegt wurde, von dem Wahn Abschied genommen werden, eine Gesellschaft könne sich fast gänzlich auf akademische Elitenberufe „spezialisieren“. Dazu haben in jeder Gesellschaft mindestens 70% nicht die Begabung. Da gegenwärtig das Talent und die Intelligenz im Inland nachgewiesenermaßen abnimmt (siehe wiederum Kapitel 2 für Nachweise), ist es blanker Hohn, zu fordern, Deutschland solle sich der Globalisierung stellen, indem es sich mehr oder weniger vollständig auf akademische Elitenberufe spezialisiert.

⁹² Oft wird argumentiert, ein sogenanntes „Race to the bottom“ fände nicht statt, da im Westen das „Know-How“ und anderes dafür Sorge, dass dessen Staaten weiterhin „Hochlohnländer“ bleiben könnten. Das unterstellt entweder, alle anderen Länder besäßen die erbliche Unfähigkeit, mittelfristig die politische Stabilität, Infrastruktur und das Bildungsniveau des Westens zu erreichen, oder aber verfällt im Gegenteil der eingangs beschriebenen Fortschrittsillusion, nach der jeder Winkel der Erde unabänderlich dazu prädestiniert ist, in allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen, also auch etwa den arbeitsrechtlichen Bedingungen und der Lohnhöhe, zum Leitbild Europa aufzuschließen. Entweder blieben also die anderen Staaten „Niedriglohnländer“ und produzieren nur minder Anspruchsvolles, oder aber sie würden ebenfalls wie Europa zu „Hochlohnländern“ werden und damit könne Europa seinen Standard erhalten. Beide Annahmen sind natürlich reichlich unbegründet.

beschränkungen entscheidet, um die Gefahr der Erpressbarkeit durch substantielle Abhängigkeiten zu vermeiden, andererseits bei Konsumartikeln u.a. keinerlei Einfuhrschränken verhängt.

Dies zieht womöglich Wohlstandseinbußen gegenüber einem Interdependenzmodell nach sich (aber nicht zwingend, vgl. dazu die theoretische Auseinandersetzung in Fn. 91). Zugunsten der freiheits- und stabilitätsstiftenden Wirkungen des Autarkiemodells muss aber auf diesen Wohlstand verzichtet werden. Dies hätte einige für manche wohl schmerzhaftere Umstellungen zur Folge, etwa, dass größere Mengen von Personen, die derzeit ihren Lebensunterhalt damit verdienen, den Menschen immer neue Konsumartikel massenweise in milliarden schweren Werbe- und Marketingkampagnen aufzudrängen, sich wieder produktiven Beschäftigungen, etwa in der Nahrungsmittelindustrie, zuwenden müssten.

Konflikte, wie sie immer auftreten und auch weiterhin auftreten, trotz des tendenziell stabilisierenden Charakters der selbstverantwortlichen Nationalstaaten, müssen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip von den betroffenen sowie den angrenzenden Nationalstaaten geregelt werden. Dies verspricht größtmögliche Legitimität der Konfliktlösung (vgl. Fn. 90).

Der Realfall wird wie gesagt immer zwischen diesen beiden Idealfällen liegen. Es kann aber nur im Interesse der Völker und Kulturen sein, die derzeitige Entwicklung umzukehren, und sich wieder *eher* dem Modell autarker Nationalstaaten anzunähern. Die Möglichkeiten, in einer hinreichend stark entnationalisierten Welt die entfesselten Konflikte wieder unter Kontrolle zu bekommen, sind gering. Das irreversible Verschwinden von Kulturen in diesem Falle aufzuhalten, ebenfalls. Da hier die Persistenz der deutschen Gesellschaft zum analytischen Ausgangspunkt der Überlegungen genommen wurde, ist folglich die Variante der tendenziellen Autarkie die einzig logisch *richtige*. Selbstverständlich sind weder der eine, noch der andere Extremfall je realisierbar. Auch zu Zeiten des ersten Weltkrieges, wo viele Industriebereiche noch stark national organisiert waren, stellte der Außenhandel bereits einen beträchtlichen Teil des Volkseinkommens dar. Aber die Idee demokratisch selbstbestimmter Kulturen gebietet eine die grobe Richtung der Autarkie einschlagende Politik. In der Konsequenz gebietet dies eine schrittweise Abkehr von den allgemein verbreiteten Dogmen der „Globalisierung“ und Interdependenz. Es wäre wie gesagt denkbar, dass dies grundlegende Bereiche wie die Ernährung, Energie oder Rüstung betreffen könnte, wo Unabhängigkeit von der Politik und den äußeren Bedingungen im Rest der Welt eine höhere Priorität besitzt als in anderen Sektoren.

Schlussendlich gibt es dafür auch in globaler Hinsicht gute Gründe. Es ist umstritten, ob der Reichtum der einen Länder auf der Armut der anderen beruht. Aber Berthold Brechts

Formulierung „Wär’ ich nicht arm, wärst du nicht reich“ findet bei der gegebenen Undurchsichtigkeit der globalen Märkte und Machtstrukturen immer ihre Anhänger, vor allem bei den weniger privilegierten Staaten und deren Advokaten. Eine subsidiäre Eigenverantwortlichkeit kann solchen Vorwürfen Wind aus den Segeln nehmen, ob sie nun stimmen oder nicht. Wenn ein Staat es nicht auf die Reihe bekommt, sich in grundlegenden Bereichen selbst ausreichend effektiv zu organisieren, kann zumindest niemand anderes dafür verantwortlich gemacht werden, weder die „weißen Imperialisten“, noch die „Israel-Lobby“, die Freimaurer oder sonst wer.

V. Schlusswort

„SPD-Parteitag uneins über Koalitionsvertrag“. „CDU-Spitze fordert Steuerentlastung“. Die innenpolitischen Schlagzeilen dieser Tage suggerieren zuweilen, die dringlichsten Aufgaben der Politik seien Partei-Personalien und das Vorbringen von Schlagwörtern, die in Maßnahmen ausgestaltet werden, deren Wirkung in Intensität und Extensität in keinem Verhältnis zu Dauer und Aufwand, unter denen sie zustande gekommen sind, steht.

Die Unfähigkeit, die Realität signifikant zu beeinflussen, hängt nicht nur mit den beschränkten Möglichkeiten einer pluralen Parteiendemokratie zusammen. Ein viel tiefgreifenderer Grund liegt darin, die Realität überhaupt nicht als veränderungsbedürftig anzusehen. Dieses Phänomen, das Faktische zur normativen Kraft zu heben, stellt nicht nur den klassischen naturalistischen Fehlschluss dar (vom Sein auf das Sollen zu schließen), sondern leugnet auch die ihrer Aufgabe nach normsetzende Rolle der Politik. Ein passendes Beispiel bietet die Feststellung, Deutschland sei ein „Einwanderungsland“. Diese Aussage leitet sich nicht etwa aus irgendwelchen konzeptualen Prämissen, wie etwa einem Vorhaben zur Besiedlung von Brachflächen anhand eines regelmäßigen, formell festgelegten Immigrationskontingents, her, wie es etwa in den USA oder Australien früher der Fall war, sondern hat meist die bloße Tatsache, dass Menschen nach Deutschland eingewandert sind, zur Ursache. Als empirische Aussage ist dies demnach gültig, denn mit 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund 2005 kann man nicht zu Unrecht von einem „Einwanderungsland“ sprechen. Aber als normativen Zielbegriff einer die Gesellschaft gestaltenden Politik ist er völlig ohne Grundlage.⁹³ Hier wurde einfach mangels theoretischer Konzepte und Bereitschaft zu deren praktischem Umsetzen die Realität, auf die man keinen Einfluss hatte, zum Ideal deklariert.

Diese Vorgehensweise findet sich in vielen Themenkomplexen. „Wir sind nunmal ein pluralistischer Staat mit vielen verschiedenen Kulturen und Religionen“, „in Zeiten der

⁹³ Das zeigt nicht zuletzt die historische Entwicklung des Begriffes „Einwanderungsland“. Dass Deutschland ein solches sei, wurde auch von der SPD-Regierung unter Schmidt heftig verneint, war bis in die 1980er und 1990er eine gesellschaftlich nicht konsensfähige Aussage und wurde es erst vor wenigen Jahren, nachdem die Statistiker das wahre Ausmaß der Einwanderung offenbarten und auch den „Migrationshintergrund“ in die Zahlen miteinbezogen, was den Migrantenanteil schlagartig mehr als verdoppelte. Einfacher als eine restriktive Einwanderungs- und Ausweisungspolitik einzuführen war es dann für die Politik, die gegebenen Verhältnisse zu legitimieren, und so wurde die Mär von der benötigten Einwanderung aufgrund des demographischen Wandels geboren. Ein umfassendes Konzept, Deutschland zum Einwanderungsland aufgrund bewusster Regelmäßigkeiten zu machen, gab es nie. Angesichts des weit überdurchschnittlich hohen Anteils der Migranten an den Niedrigqualifizierten und Transferempfängern ist selbstverständlich auch jedes Gerede vom Einwanderungsland aufgrund des demographisch bedingten Fachkräftemangels unhaltbar.

Globalisierung gibt es hier nunmal kaum mehr Arbeit in der verarbeitenden Industrie“, „in den modernen Industriestaaten werden nunmal nur halb so viele Kinder geboren, wie zur Bestandserhaltung notwendig wären“, „der Nationalstaat hat in einer globalisierten Welt nunmal kaum mehr Einflussmöglichkeiten“ usw. usf. – Mit dem Hinweis, ein gewisser Sachverhalt sei „modern“, „im 21. Jahrhundert“, „in Zeiten der Globalisierung“, „liberal“ oder „pluralistisch“, wird dieser Sachverhalt als „nunmal“ hinzunehmen beschrieben, eine Art Naturgesetz, das man gefälligst anzuerkennen habe, so wie ein Flugzeugkonstrukteur seine Pläne nicht entgegen den Gesetzen der Physik entwerfen könne.

Das ist selbstverständlich eine für eine verantwortungsvolle Politik völlig inakzeptable Herangehensweise. Nicht, ob etwas einer diffusen Modernitäts- oder Globalisierungsvorstellung entspricht, sondern wie es sich zum stabilen Fortbestehen der Gesellschaft verhält, ist für die Politik relevant. Dies liegt im Wesen jeder Regierung, sowohl wenn man ihr mit Machiavelli die Stabilität und das Überleben des Staates als Richtlinie gibt, als auch an den konkreten demokratischen Strukturen in Deutschland abzulesen, etwa dem Amtseid der Minister. Legt man also das Gemeinwohl als Maßstab gesellschaftlicher Phänomene wie oben beschrieben an, so kann man nur zu dem Schluss kommen, dass etwa eine Kulturpluralisierung oder ein Machtverlust des Nationalstaates diesem Gemeinwohl dezidiert *schädlich* gegenüberstehen, ganz gleich als wie „modern“ sie gelten.

Es ist nicht fünf vor Zwölf, es ist auch nicht fünf nach Zwölf. Es ist, mit den Worten des Demographen Herwig Birg, „dreißig Jahre nach Zwölf“. Die dramatischen Fehlentwicklungen, die nun schon seit über drei Jahrzehnten beobachtbar sind, lassen sich weder durch kleinere Korrekturen an den fatalen Strukturen korrigieren, noch werden sie sich mit der Zeit von selbst beilegen, je länger man untätig wartet oder je weniger man darüber spricht. Es ist auch nicht so, dass man sehenden Auges in die Katastrophe rennen könnte, um dann danach mal eben wieder etwas besser Funktionierendes aufzubauen. Gewisse Entwicklungen sind *irreversibel*. Gleich einer exotischen Tierart, deren letztes Exemplar durch eine Wilderer-Kugel erlegt wird, können auch ausgestorbene Traditionen oder etwa Dialekte, verschwunden gegangene strukturelle und kulturelle Errungenschaften und anderes nicht einfach mal eben wieder per Gesetz eingeführt werden. Es gilt in dieser Hinsicht, keinem falschen Optimismus zu erliegen. „Optimismus ist *Feigheit*“ (Oswald Spengler). Für eine realitätsorientierte Politik, die das Ruder im großen Stile herumreißt, gibt es jetzt noch ein kleines Zeitfenster. In wenigen Jahren könnte sich dies für immer geschlossen haben. Die Weichen sind dann unabänderlich gestellt. Das Land und die Kultur, um die es hier ging, verschwinden dann aus der Weltgeschichte, dem Weltgericht (Schiller), das gnadenlos wertfrei aussortiert.

VI. Anhang

1. Sterben die Deutschen aus? Eine Modellrechnung

Demographischer Wandel, Migration, Überfremdungsängste – Das vermeintlich bevorstehende Aussterben der Deutschen ist in aller Munde. Ob das allerdings passiert, hängt im Wesentlichen davon ab, was man als „deutsch“ definiert. Einige Gewissheiten gibt es aber, die es nicht kleinzureden gilt.

Dass die Deutschen „aussterben“, glauben die meisten Deutschen schon allein deshalb nicht, da sie ja selbst deutsch sind und auch Unmengen anderer Deutscher kennen.⁹⁴ Hinzu kommt, dass insbesondere die Jüngeren innerhalb ihres eigenen Lebenshorizontes, der die Erfahrungswelt eines relativ kurzen Zeitabschnitts widerspiegelt, keine grundlegenden Veränderungen zu erkennen vermögen. Ihre erfahrene soziale Realität ist aber sowohl in räumlicher wie auch zeitlicher Hinsicht höchst selektiv. Das ihnen bekannte Umfeld sagt nichts über die Gesamtgesellschaft aus, genauso wenig ist aus einer zeitlich begrenzten Lebenserfahrung heraus, die sich zudem schnell auf veränderte Realitäten einstellt, ein Blick fürs Ganze eines in die auch nur nahe Vergangenheit reichenden Prozesses möglich, ganz zu schweigen von einer sinnvollen Zukunftsprognose.

Weil die Lebenswelt des Einzelnen nicht ausreicht, bestimmte Dynamiken zu überblicken, ist die Überraschung umso größer, wenn wissenschaftliche Prognosen Dinge ankündigen, die außerhalb jeder von aktuellen Parametern betriebenen Vorstellungskraft liegen. Demographie wird daher zuweilen als unverlässliche Kaffeesatzleserei abgetan, Horrorszenarien von den aussterbenden Deutschen demzufolge als Humbug abgelehnt. Der Historiker Thomas Etzemüller etwa behauptet, dass „uns unser Aussterben als Volk seit hundert Jahren prophezeit“ wird.⁹⁵ Und da es bis jetzt nicht eintrat, gebe es keinen Grund zur Hysterie. Die Demographen seien unpräziser, als sie uns glauben lassen wollten.

Fakt ist aber: Die Eltern von morgen sind bereits geboren. Ihre Zahl muss nicht geschätzt werden, sie kann anhand der Geburtenzahlen der vergangenen Jahre ganz einfach abgelesen werden. Im Folgenden wird eine Modellrechnung aufgestellt, die sich auf das Wesentliche bezieht. Sie betrachtet die Entwicklung der Frauen im gebärfähigen Alter in der Bundesrepublik, was erkennbar entscheidender für die Entwicklung Deutschlands ist als absolute Zahlen, wie die momentane Einwohneranzahl. Als entsprechende Alterskohorte werden demzufolge Frauen im Alter von 15 bis 39

⁹⁴ „Die Blindheit der Masse war im untergehenden Ägypten, im untergehenden Mesopotamien, im untergehenden Rom nicht anders. Leben wir denn nicht, fragten sie? Essen, trinken, rauchen, lachen, weinen, malen, schreiben, musizieren, singen wir nicht?“ (Joachim Fernau).

⁹⁵ Etzemüller, Thomas in: Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 10. Februar 2007.

Jahren betrachtet. Hat eine Frau dieses Alter überschritten, scheidet sie in der Regel aus der Menge der potenziellen (Neu-)Mütter aus⁹⁶.

Betrag 1985 die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter noch 14,24 Millionen, fielen im Jahre 2005 schon nur noch 11,18 Millionen in diese Kohorte⁹⁷. Im Jahre 2020 wird diese Zahl bei nur noch 9,74 Millionen liegen. Diese Frauen sind ja alle schon auf der Welt, wir kennen also ihre genaue Zahl, unberücksichtigt bleiben lediglich zukünftige Ein-, aber auch Auswanderungsbewegungen.

In gerade einmal etwas mehr als einer menschlichen Generation ist die reproduktive Basis in Deutschland also auf 68,4% ihres vormaligen Wertes gefallen. Dieser Prozess ist historisch einmalig, und in seinen Auswirkungen beispiellos. Keinen Wert haben also Analysen, die auf ähnliche Prognosen vom Aussterben der Deutschen von vor 100 Jahren verweisen, weil wohl nie in der Geschichte der Deutschen vor 1970 eine Gesellschaft weniger Kinder bekam, als für ihre Bestandserhaltung notwendig wäre.

Dieser Prozess hat darüber hinaus eine eingebaute Zeitverzögerung, sodass die Folgen eines Ausbleibens des Nachwuchses erst 20-30 Jahre später spürbar werden, wenn aus keinen Kindern nun keine Eltern geworden sind. Die steigende Lebenserwartung und Einwanderung taten ihr übriges dazu, dass die absolute Einwohnerzahl in der Bundesrepublik noch nicht sank. Prognosen dieser Art werden daher von manchen als Horrorszenario empfunden, dass doch wohl bestimmt nicht eintreten wird, schließlich ist man an die (kurzweilige) Realität gewöhnt, und in der gab es seit dem Krieg nie mehr schrumpfende Einwohnerzahlen. Tatsache ist aber, dass dieser schleichende Prozess, der historisch betrachtet überhaupt nicht schleichend, sondern überaus rasant stattfindet, längst begonnen und die Weichen für die nahe Zukunft gestellt hat. Die Zahl der möglichen Eltern wird bis 2020 im Vergleich zu 1985 um fast ein Drittel zurückgehen, selbst wenn ab heute jede Frau hierzulande zehn Kinder bekäme.

Diese reproduktive Basis, deren Zahl 1985 noch über 14 Millionen betrug, kann bis 2044 auf 6,33 Millionen, bis 2070 auf rund 4 Millionen, und bis Ende des Jahrhunderts auf gerade noch 2,5 Millionen absinken, und wäre damit innerhalb eines einzigen Jahrhunderts um 91% zurückgegangen. Dieses Szenario tritt ein, wenn die Kinderzahl pro Frau bei den heutigen 1,3 Kindern bleibt, die Außenwanderung ausgeglichen ist, und alle anderen Faktoren konstant bleiben. Dieses Szenario muss nicht eintreten, aber wenn die heutigen Lebensweisen und Umstände so bleiben wie sie sind, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass es nicht eintritt. Soll heißen: Wer davon nicht überzeugt ist, ist Gegenbeweise schuldig. Bis jetzt deutet alles darauf hin, dass es so ablaufen wird, und da wir die Zukunft nicht kennen, und mögliche Einflussfaktoren in beide Richtungen nicht miteinbeziehen können, ist es vernünftig, von dieser auf heutigen Tatsachen basierenden Analyse auszugehen. Dieser

⁹⁶ Potenzielle Mutterschaften im Alter von 40 und älter (oder unter 15) werden demnach hier nicht berücksichtigt. Dafür werden auch die Todesfälle vernachlässigt, die vor einer potenziellen Mutterschaft innerhalb der betrachteten Kohorte geschehen. Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, das Lebensalter der Kohortengrenzen nicht zu erreichen, liegt in Deutschland laut aktueller Sterbetafeln bei 1,463% (gemittelter Wert aus den Angaben bis zum 15. bzw. bis zum 39. Lebensjahr).

Logik folgen auch etwa die Berechnungen zur Lebenserwartung. Sie ist vernünftig, andere Rechnungen müssen auf den Faktoren Vermutung, Hoffnung, oder eben Kaffeesatzleserei beruhen.

Denkbar wäre nun natürlich, dass zukünftige Zuwanderung ausgleichend auf diesen Bevölkerungsverlust wirkt. Um das jetzt schon feststehende Defizit bis 2020 auszugleichen, und allein den Bestand von 2005 aufrechtzuerhalten, sind in diesen 15 Jahren über 1,4 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter aus dem Ausland nötig. Da Zuwanderung aber nicht nur in Form von Frauen im gebärfähigen Alter geschieht, und diese Gruppe selbst bei erheblich jüngerem Altersdurchschnitt der Zugewanderten nicht mehr als 20% ausmachen wird, beliefe sich die benötigte Zuwanderung in den kommenden Jahren bis 2020 also mindestens auf 7 Millionen Menschen. Das wäre im Jahresschnitt etwa drei Mal so viel wie in den vergangenen Jahren üblich.

In diesen Zusammenhang fällt die von manchen Bürgern geäußerte Angst vor „Überfremdung“. Ob eine Gesellschaft „überfremdet“ wird oder nicht, ist eine reine Definitionssache, da Überfremdung sich nicht wie Temperatur oder Windstärke messen lässt. Tatsache ist, dass 2005 im gesamtdeutschen Durchschnitt 35% aller Kinder einen „Migrationshintergrund“ besaßen, deren Eltern also selbst Ausländer oder Eingebürgerte sind, oder von ausländischen Elternteilen abstammen. In Ballungsgebieten wie Nürnberg, Frankfurt oder Stuttgart sind diese Kinder bereits in der 2/3-Mehrheit. Auf Überfremdung weist das trotzdem nicht unbedingt hin, da Überfremdung ein gefühlsabhängiger Begriff und ohnehin schwer in Zahlen ausdrückbar ist. Präzise ausrechnen lässt sich aber, wie der Anteil an Zugewanderten sich in naher Zukunft entwickeln wird. Ob der Einzelne dies dann als Überfremdung empfindet, bleibt ihm selbst überlassen.

Die Kohorte der gebärfähigen Frauen 2020 lässt sich auf Basis des Anteils an den Geburten 1981 bis 2005 (gemittelt wohl um die 30%) ungefähr in einen Teil ohne (6,82 Millionen) und einen Teil mit Migrationshintergrund (2,92 Millionen) aufteilen. Nicht berücksichtigt sind hier Ein- und Auswanderung. 2005 emigrierten etwa 145.000 Deutsche, während das Saldo der Migranten bei 224.000 Zuzügen lag. Nimmt man – wie oben – an, dass der Anteil der Frauen im betrachteten Alter an diesen Bewegungen jeweils bei etwa 20% liegt, kann man mit einem jährlichen Schrumpfungsprozess der deutschen Frauen (ohne Migrationshintergrund) von 29.000, sowie einer jährlichen Zuwachsrate der Migrantinnen um etwa 45.000 rechnen. Dazu kommen unterschiedliche Geburtenraten, realistische Werte sind 1,7 Kinder bei den Frauen mit, sowie 1,1 bei den Frauen ohne Migrationshintergrund. Berücksichtigt man diese Annahmen, so korrigieren sich die Zahlen für 2020 auf 3,6 Millionen Frauen mit und 6,39 Millionen ohne Migrationshintergrund. Schon eine Generation später, um 2044 also, haben sich die Verhältnisse umgedreht, behält man oben angenommene Parameter konstant. Zu diesem Zeitpunkt ist die Kohorte der einheimischen Frauen dann auf 2,81 Millionen gefallen, während die der zugewanderten nun bei 4,14 Millionen liegt. (Nicht berücksichtigt wurden dabei Mischehen, deren Kinder auch zu denen „mit Migrationshintergrund“ zählen, was die Verhältnisse noch weiter zuspitzt.)

⁹⁷ Alle im Folgenden verwendeten Angaben beruhen, soweit nicht anders ausgewiesen, auf Quellen des Statistischen Bundesamts, insbesondere der zusammenfassenden Übersichten „Eheschließungen, Geborene und Gestorbene“ (Statistisches Bundesamt 2007, Wiesbaden).

Irgendwann um 2035 wird die reproduktive Basis der Zugewanderten, die gegebenen Annahmen vorausgesetzt, also die der Einheimischen überholen. In den Großstädten ist dies längst geschehen.

Ob man dies nun als Hinweis auf drohende „Überfremdung“ aufnimmt oder nicht, bleibt einem selbst überlassen. Ein „Migrationshintergrund“ an sich sagt ja auch noch nichts über Art und Umfang der Anpassung dieser Kinder an die deutsche Gesellschaft aus. Von einer „Mehrheitsgesellschaft“ zu sprechen lohnt sich jedenfalls nicht mehr.

Was man daraus für Konsequenzen sieht, ist also wie gesehen jedermanns persönliche Sache. Die Realität impliziert für gewöhnlich weder eine Wertung noch eine Handlungsempfehlung. Man sollte sich jedoch keinen Illusionen hingeben. Nur weil man bestimmte Umstände gar nicht anders gewohnt ist, heißt das nicht, dass sie für immer so bleiben. Es hilft einem dabei auch kein aus der Vergangenheit herangezogener Vergleich, um sich einzureden, dass diese historisch nie dagewesene Dynamik schon auch wieder in geordnete Bahnen verlaufen wird.

2. Was ist das Gemeinwohl?

Ein Staat existiert nicht des Selbstzweckes wegen, sondern um das Gemeinwohl zu realisieren. Diese Maxime ist seit jeher die Grundlage europäischer Staatsphilosophie. Bei Aristoteles ist die Gemeinwohldienlichkeit das Unterscheidungskriterium zwischen guten und schlechten Staatsformen, bei Cicero heißt es: Res publica res populi.

Was das Gemeinwohl jedoch konkret sei, darüber streiten sich insbesondere heute die Geister. In der Antike war es das gute Leben, die eudaimonia, welche im Raume stand und lediglich erkannt werden musste, vornehmlich von den Philosophen. Im Mittelalter war es der göttliche Wille, der, aus der Heiligen Schrift interpretiert, umgesetzt werden musste. Heute ist das Gemeinwohl ein recht diffuser Begriff, oft in materieller Verengung mit sozialer Gerechtigkeit gleichgesetzt, oft aber auch schlicht als vordemokratisches Relikt abgekanzelt und für inhaltsleer erklärt.⁹⁸

Dies hat seinen Grund in der liberalen Umwertung des Begriffes des Eigeninteresses, welches vormals im Staatsbetrieb als schädlich und zu unterbinden galt, seit Adam Smith und den liberalen Staatstheoretikern aber plötzlich den legitimen Antrieb des Gemeinwesens darstellte, welcher von der „unsichtbaren Hand“ gesteuert bessere Ergebnisse zustande brächte als staatliche Vormundschaft. Im gesellschaftlichen und politischen Bereich blieb das Individualinteresse trotzdem noch eine Zeit lang verpönt. Der Amtsethos von Regierenden und Beamten war integraler Bestandteil der politischen Kultur. Der Dienst an der Gemeinschaft war stets die Norm, das Verfolgen des Eigeninteresses die schändliche Abweichung, der Ausspruch Friedrichs des Großen, erster Diener seines Staates zu sein, fasst die traditionelle Forderung an Politiker zusammen, dem Gemeinwohl zu dienen. Bis heute hat diese Vorstellung etwa in dem Schwur der Minister auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes überlebt.

Damit ist das erste Merkmal des Gemeinwohls erfasst, nämlich die Transzendenz gegenüber bloßen Eigeninteressen. Zum Bezugspunkt hat es das Kollektiv als emergente Einheit, als suprapersonale Existenz, eingebettet in ein Kontinuum aus Vergangenheit bis Zukunft. Diese Qualitäten des Kollektivs erklären z.B., warum die heutige deutsche Regierung moralische Verpflichtungen aus dem zweiten Weltkrieg herleitet, obgleich sie selbst freilich nicht daran beteiligt war. „Deutschland“ ist eben nicht die bloße Summe der gerade existierenden Menschen auf einem angebbaren Gebiet, sondern zeit- und personenübergreifende Idee, Kultur. An dieser Stelle genügt es, diese recht diffus und undefiniert zu lassen; der springende Punkt ist lediglich der kollektive Charakter des Begriffes. Dieses erste Merkmal bezieht sich also auf den Wortteil „gemein“ im Terminus des Gemeinwohls.

Als zweites Merkmal wird nun folgerichtig auf das „Wohl“ einzugehen sein. Hier wird schnell klar, dass es wenig objektive Kriterien eines „Wohls“ für ein Kollektiv gibt. Mögen die einen beispielsweise das „Wohl“ des Landes darin sehen, das Staatsgebiet auszuweiten, um zu mehr Siedlungsraum und Roh-

⁹⁸ Diese Inhaltsleere postulieren beispielsweise Herfried Münkler und Karsten Fischer [Hrsg.], die es trotzdem schaffen, ein vierbändiges Werk zum Thema „Gemeinwohl und Gemeinwohl“ herauszugeben (2002, Berlin: Akademie), sowie auch Gunnar F. Schuppert und Friedhelm Neidhardt [Hrsg.], die ihren Sammelband zwar „Gemeinwohl – auf der Suche nach Substanz“ betiteln (2002, Berlin: Ed. Sigma), aber jeden „substanziellen“ Gehalt des Begriffes paradoxerweise schon zu Beginn vehement abstreiten.

stoffen zu gelangen, so sehen die anderen mit einigem Recht das Wohl des Landes eher darin, sich diesbezüglich zu beschränken, um ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu denjenigen anderen Ländern, zu denen diese Gebiete gehören, aufrechterhalten zu können. Selbst ein auf den ersten Blick recht einleuchtendes Merkmal wie der gesamtgesellschaftliche Wohlstand, der doch schon rein aufgrund der etymologischen Verwandtschaft mit dem Gemeinwohl diesem zuträglich zu sein scheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ambivalent. In Kapitel 1 (vgl. insbesondere Fn. 24) wurde etwa der negative Zusammenhang zwischen Wohlstand und Bevölkerungswachstum verdeutlicht.⁹⁹ Hinzu kommt beispielsweise die Überlegung, dass in großem materiellen Wohlstand aufgewachsene Generationen „postmaterielle“ Werte (Inglehart) entwickeln, welche von Anspruchshaltungen und Hedonismus gekennzeichnet sind, was dazu führen könnte, dass diese Generation in der Mehrzahl nicht mehr in der Lage ist, plötzlich eintretende Krisen zu überwinden. Diese Überlegungen zeigen, dass es nicht einfach ist, bestimmte gesellschaftliche Ziele eindeutig dem „Wohl“ der Allgemeinheit zuzuordnen, hinlänglich bekannte andere gesellschaftliche Zielkonflikte wie zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit oder Freiheit und Gleichheit seien der Vollständigkeit halber erwähnt. Der gemeinsame Nenner aller Ziele und Mittel, die als dem Wohle der Allgemeinheit dienlich gerechtfertigt werden wollen, ist, dass sie am letzten aller systemischen Bezugspunkte gemessen werden: Der Persistenz der Gesamtgesellschaft. Welche konkreten Inhalte „gemeinwohldienlich“ sind, darüber kann gestritten werden, aber logischer Endpunkt der Argumentation muss immer das Überleben der Gesamtheit sein. Das ist die einzig objektiv setzbare Konstante in dieser Argumentation. Wenn das „Gemein“wesen verschwindet, auf das sich das „Gemein“wohl bezieht, dann ist dem Begriff die Grundlage entzogen.

Will die Politik also etwas als „dem Gemeinwohl dienlich“ deklarieren, so muss nachvollziehbar sein, warum diese Maßnahme für die Persistenz des Kollektivs nützlicher ist als die Handlungsalternativen. Um hier ausdifferenzierte Kriterien zu erhalten, bietet die Systemtheorie des berühmten Soziologen Talcott Parsons einen hilfreichen Ansatz.¹⁰⁰ Parsons zufolge muss jedes System vier grundlegende Funktionen erfüllen: Gegenüber seiner äußeren Umwelt Anpassung und Zielerreichung, nach seinem Innern Integration und latente Strukturhaltung. Anpassung an die äußere Umwelt könnte beispielsweise bedeuten, natürliche Ressourcen zu erschließen, während zur latenten Strukturhaltung etwa die Institutionalisierung bestimmter Richtlinien und Lehrpläne im Erziehungs- und Bildungswesen gehören.

In jedem Falle ist das Gemeinwohl aber nichts, was auf dem Abstimmungswege als Aggregation aller Einzelinteressen einer Gesellschaft zustande kommen könnte. Gesellschaften sind nämlich nicht dazu in der Lage, transitive Präferenzenstrukturen zu bilden und zu aggregieren, was Kenneth J. Arrow

⁹⁹ Tatsächlich wird es wohl ein (umgedrehter) U-förmiger Zusammenhang sein: Ohne ein Mindestmaß an materieller Grundversorgung (Nahrung, Medizin usw.) wird das Bevölkerungswachstum, wie über die Jahrtausende bis ins Mittelalter, sehr begrenzt bleiben. Mit zunehmendem Wohlstand steigt zunächst die Geburtenzahl rasant an, um aber ab einem bestimmten Punkte, ab dem der individuelle Wohlstand so groß wird, dass eigene Kinder ihn potenziell bedrohen, wieder abzunehmen – der weitverbreitete Begriff der „demographischen Transition“ – und sogar zu dem zu führen, was heute in den Industrieländern die Regel ist, nämlich Bevölkerungsabnahme.

¹⁰⁰ Talcott Parsons 1976: Zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag.

schon 1951 bewies.¹⁰¹ Gibt es beispielsweise drei Individuen X, Y und Z in einer Gesellschaft, welche die drei Ziele A, B und C jeweils in unterschiedlicher Rangfolge präferieren (Person X hält A für das wichtigste Ziel, gefolgt von B und C, Person Y hat die Präferenzenrangfolge B/C/A und Person Z schließlich C/A/B), so kann damit keine gesamtgesellschaftliche Präferenzordnung abgestimmt werden, da bei einer Abstimmung A gegenüber B eine Mehrheit hätte, B gegenüber C präferiert werden würde, aber inkonsistenterweise C wieder A vorgezogen werden würde.

Zu der Inkonsistenz kommt erschwerend die zeitliche Instabilität und die Manipulierbarkeit der Masse hinzu, von der nach einer Untersuchung des Psychologen Philip Converse lediglich 2,5-3,5% in der Lage sind, ideologisch konsistent zu denken, die Mehrheit aber nur Mitläufer- oder gar keine Meinungen vertritt.¹⁰²

Auch Verfechter demokratisch induzierter Gemeinwohlprozesse kommen schnell in Erklärungsnot, wenn sie mit den gängigen Umfrageergebnissen konfrontiert werden, nach denen eine Mehrheit nicht bereit ist, bestimmte Umweltschutzmaßnahmen zu tragen, obwohl Umweltschutz doch der Gemeinwohltopos schlechthin zu sein scheint.

Das Gemeinwohl kann also nicht mit einem demokratischen Ergebnis unabhängig von dessen Inhalt identifiziert werden, wie es einige Autoren (vgl. Fn. 98) versucht haben. Es ist vielmehr an die abstrakten Überlebensbedürfnisse der Gesamtgesellschaft gebunden und die Dienlichkeit bestimmter Maßnahmen für jene muss auf ihre *Richtigkeit* hin überprüft werden, nicht auf ihre Massenabstimmungstauglichkeit. Das widerspricht auch nicht den demokratischen Prinzipien unseres Staatsaufbaus, da eine repräsentative Demokratie Aufgaben stets vom Souverän einer Regierung delegiert, welche diese Aufgaben im Idealfall nach bestem Wissen und Gewissen und nicht anhand der aktuellen Infratest-Umfrage meistern soll.

Auf die Art und Weise, die Dringlichkeit bestimmter Aufgaben für die Systempersistenz zu prüfen, ist die Auswahl der fünf Themenkomplexe in der vorliegenden Abhandlung geschehen. Die Lösungsvorschläge sind dem besten Wissen und Gewissen nach hinsichtlich ihrer Richtigkeit, basierend auf analytischen und empirischen Überlegungen, formuliert worden.

¹⁰¹ Arrow, Kenneth J. 1951: Social Choice and Individual Values. New York.

¹⁰² Philip E. Converse 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter [Hrsg.]: Ideology and Discontent. New York: Free Press, S. 206-261.